BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
20. Wahlperiode

Plenarprotokoll 20/98
05.11.2014

98. Sitzung

Mittwoch, 5. November 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der **Tagesordnung** 7303

Aktuelle Stunde 7303

GRÜNE Fraktion:

Dramatischer Weltklimabericht und giftige Abgase in Hamburg – Untätigkeit des SPD-Senats ist fahrlässig

Jens Kerstan GRÜNE 7303
Dr. Monika Schaal SPD 7304
Birgit Stöver CDU 7305, 7312
Dr. Kurt Duwe FDP 7306
Dora Heyenn DIE LINKE 7307, 7313
Jutta Blankau, Senatorin 7308
Martin Bill GRÜNE 7310
Matthias Albrecht SPD 7311
Dr. Till Steffen GRÜNE 7312

FDP-Fraktion:

Frühkindliche Bildung statt Verwahrung: Kita- und Krippen-Qualität darf kein SPD-Stiefkind bleiben

mit

Fraktion DIE LINKE:

Für eine bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung!

und

CDU-Fraktion:

Kita-Proteste gegen SPD-Politik: Billig reicht nicht, Hamburg braucht eine bessere Krippenbetreuung

Finn-Ole Ritter FDP 7314, 7319
Dr. Melanie Leonhard SPD 7315
Ralf Niedmers CDU 7316
Katharina Fegebank GRÜNE 7317
Dora Heyenn DIE LINKE 7318

SPD-Fraktion:

HSH Nordbank besteht EZB-Stresstest: Ermutigendes Signal auf weiter schwierigem Weg

(Fortführung am 6.11.2014)

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl von acht Beisitzenden und deren Stellvertretungen für den Landeswahlausschuss für die Wahl zur Bürgerschaft am 15. Februar 2015
– Drs 20/13200 – 7319

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drs 20/13364 – 7319

sowie

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drs 20/13498 – 7319

Ergebnis 7320

Große Anfrage der SPD-Fraktion:

Das Hamburger Integrationskonzept: Entwicklung der Integrationsindikatoren
– Drs 20/12843 – 7320

Kazim Abaci SPD 7320, 7328
Nikolaus Haufler CDU 7321, 7329
Phyliss Demirel GRÜNE 7322
Martina Kaesbach FDP 7324
Cansu Özdemir DIE LINKE 7326
Detlef Scheele, Senator 7327

Kenntnisnahme 7329

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. Juli 2014: "Qualitätsentwicklung in der Ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS) auch weiterhin im Dialog mit den Kooperationspartnern fortsetzen" – Drs. 20/12324
– Drs 20/13220 – 7329

Ulrike Hanneken-Deckert SPD 7329
Karin Prien CDU 7330, 7338
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 7332, 7337
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP 7333, 7338
Dora Heyenn DIE LINKE 7334
Ties Rabe, Senator 7335
Dr. Walter Scheuerl fraktionslos 7337
Lars Holster SPD 7338

Kenntnisnahme 7339

Antrag der CDU-Fraktion:

Keine weiteren Fakten schaffen – Haushaltsmittel für die sogenannte Busbeschleunigung sperren
– Drs 20/13418 (Neufassung) – 7339

mit

Antrag der FDP-Fraktion:

Busbeschleunigung an Papenhuder Straße und Hofweg stoppen
– Drs 20/13415 – 7339

Klaus-Peter Hesse CDU 7339, 7340, 7341
Ole Thorben Buschhüter SPD 7341
Dr. Till Steffen GRÜNE 7344
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 7345
Heike Sudmann DIE LINKE 7347
Christoph Ahlhaus CDU 7348

Beschlüsse 7349

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Flüchtlingen Zugang zu gesetzlichen Leistungen schneller gewähren
– Drs 20/13413 – 7349

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Mehr Personal für die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung
– Drs 20/13547 – 7349

Beschlüsse 7349

Antrag der FDP-Fraktion:

Auf den Lehrer kommt es an – Auswahlverfahren für angehende Lehrer
– Drs 20/13416 – 7349

Beschluss 7350

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Wohnen statt Unterbringen: endlich ein nachhaltiges Konzept auf den Weg bringen, das menschengerechtes Wohnen für alle zum Ziel hat
– Drs 20/13161 – 7350

mit

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Schaffung einer unabhängigen Kommission für die öffentliche Unterbringung und die Zentrale Erstaufnahme
– Drs 20/13275 – 7350

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Medizinische Eingangsuntersuchung von Flüchtlingen in der Zentralen Erstaufnahme
– Drs 20/13535 – 7350

und

Antrag der FDP-Fraktion:

Bessere Information der Flüchtlinge über ihnen zustehende Rechte
– Drs 20/13536 – 7350

und mit

Antrag der CDU-Fraktion:

Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadtteilen gewährleisten
– Drs 20/13365 – 7350

Cansu Özdemir DIE LINKE 7350, 7359
Uwe Lohmann SPD 7352
Zwischenbemerkung von Heike Sudmann DIE LINKE 7353
Dr. Friederike Föcking CDU 7354
Antje Möller GRÜNE 7355
Martina Kaesbach FDP 7357

Beschlüsse 7361

Senatsantrag:

Haushaltplan 2013/2014, Haushaltsjahr 2014 Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP)
1.000 Bäume für die Stadt: Bereitstellung von Mitteln zur Aufstockung des Programms "Mein Baum – Meine Stadt"
Einzelplan 9.2 'Allgemeine Finanzverwaltung'
Einrichtung des neuen Titels 9810.971.03 "Zentral veranschlagte Mittel für Baumpflanzungen"
– Drs 20/13271 – 7362

mit

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. Juli 2014: "Bäume – ein Geschenk für die Stadt! Möglichkeiten für eine Aufstockung des erfolgreichen Programms 'Mein Baum – meine Stadt' prüfen" – Drs. 20/12329
– Drs 20/13246 – 7362

Beschlüsse 7362

Beginn: 15.04 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen, abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats, übereingekommen sind, die Tagesordnung um einen weiteren Punkt zu ergänzen. Dabei handelt es sich um die Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses. Die entsprechende Drucksache liegt Ihnen vor und wurde als Tagesordnungspunkt 3a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Des Weiteren haben die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, die für heute vorgesehenen Debatten zu TOP 38 und TOP 44 zusammenzufassen und gemeinsam als sechsten Debattenpunkt vorzusehen.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GRÜNEN Fraktion

> Dramatischer Weltklimabericht und giftige Abgase in Hamburg – Untätigkeit des SPD-Senats ist fahrlässig

von der FDP-Fraktion

> Frühkindliche Bildung statt Verwahrung: Kita- und Krippen-Qualität darf kein SPD-Stiefkind bleiben

von der Fraktion DIE LINKE

> Für eine bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung!

von der SPD-Fraktion

> HSH Nordbank besteht EZB-Stresstest: Ermutigendes Signal auf weiter schwierigem Weg

und von CDU-Fraktion

> Kita-Proteste gegen SPD-Politik: Billig reicht nicht, Hamburg braucht eine bessere Krippenbetreuung

Die Fraktionen sind übereingekommen, das zweite, dritte und fünfte Thema gemeinsam zu debattieren.

Ich rufe nun zunächst das erste, von der GRÜNEN Fraktion angemeldete Thema, auf. Herr Kerstan von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE: Meine Damen und Herren! Alle, die sich in Hamburg für den Umweltschutz interessieren, für die Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt und für unsere Lebensgrundlagen und deren Zukunft, beschäftigen sich dieser Tage vor allem mit zwei Themen. Heute verhandelt das Verwaltungsgericht über die Klage eines Anwohners der Max-Brauer-Allee. Er wehrt sich vor Gericht gegen die Untätigkeit und die fehlende Bereitschaft des Senats, überhaupt irgendetwas gegen die Belastung der Luft mit Stickoxiden zu tun, die regelmäßig die gesetzlichen Grenzwerte überschreiten. Es ist eine traurige Tatsache in dieser Stadt, dass Bürgerinnen und Bürger vor Gericht gehen müssen, damit dieser Senat seine Arbeit macht.

> (Beifall bei den GRÜNEN und bei *Birgit Stöver CDU*)

Gleichzeitig beschäftigt uns der Synthesebericht des Weltklimarats, der vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde und wirklich dramatisch ist. Dieser Bericht hat eigentlich nur eine einzige Botschaft: Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn es überhaupt noch gelingen soll, das Ansteigen der Welttemperatur auf 2 Grad zu beschränken. Das sind die Themen, die diejenigen Menschen in der Stadt beschäftigt, die sich für die Umwelt und die Lebensqualität der Menschen einsetzen. Dieser Senat gehört nicht dazu. Das sind keine Themen für diesen Senat, und das ist leider auch keine Überraschung.

> (Beifall bei den GRÜNEN und bei *Birgit Stöver CDU*)

Er spielt auf Zeit und beantragt Fristverlängerung bei der EU-Kommission, obwohl er weiß, dass die EU-Kommission keine Fristverlängerung gewähren wird angesichts der Tatsache, dass dieser Senat überhaupt keinen Willen zum Handeln erkennen lässt. Deshalb rennt dieser Senat sehenden Auges in ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission. Das kann Hamburg teuer zu stehen kommen.

> (Beifall bei den GRÜNEN)

Worum geht es? Die Schadstoffe, die die Luft in unserer Stadt am meisten belasten, haben vor allem zwei Quellen, den Autoverkehr und die Schifffahrt.

> (*André Trepoll CDU:* Schiffe raus aus dem Hafen!)

Die Handlungsmöglichkeiten liegen deutlich auf der Hand. Es geht zum einen um die Reduzierung des Autoverkehrs. Mittel dazu wären mehr Tempo-30-Zonen, Parkraumbewirtschaftung und eine Citymaut, für die sich der Senat auf Bundesebene einsetzen müsste. Den Autoverkehr zu begrenzen, wird natürlich nur dann funktionieren, wenn es auf der anderen Seite Angebote gibt, die den Menschen das Umsteigen einfach machen und ihre Mobilität aufrechterhalten, also ein Ausbau des öffentlichen Nachverkehrs. An erster Stelle wären

(Jens Kerstan)

das der Bau einer Stadtbahn und die Förderung von Fuß- und Radverkehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Birgit Stöver CDU – Dirk Kienscherf SPD:* Ah, die Stadtbahn! Das habt ihr doch selber nicht hingekriegt!)

Zu den Handlungsmöglichkeiten bei der zweiten Schadstoffquelle, dem Schiffsverkehr. Wir brauchen in dieser Stadt nicht nur umweltverträgliche Stromversorgung für Kreuzfahrtschiffe, sondern auch für alle Containerschiffe, denn die stoßen den Großteil der Schadstoffe aus. Auch da gibt es die Möglichkeiten des Landstroms oder der liquiden Gasversorgung. Man muss es nur wollen und auch handeln wollen. Aber diese Bereitschaft hat dieser Senat nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt ein Muster, wie dieser Senat mit Umweltproblemen umgeht: solange ignorieren wie irgend möglich und auf keinen Fall selber aktiv handeln. Wenn dann Umweltverbände vor Gericht gehen, um schlicht und einfach die Einhaltung geltenden Rechts einzuklagen, dann denunzieren SPD oder Senat sie als Wirtschaftsfeinde. Aber vor Gericht ist die Geschichte eine andere. Vor Gericht und von der EU-Kommission muss sich dieser SPD-Senat sagen lassen, was in den Gesetzen steht. Das ist dann ein bitteres Erwachen, ein Ankommen in der Realität. In solchen Situationen hat dieser Senat kein Konzept. Das war bei der Elbvertiefung so und genau das Gleiche droht jetzt bei der Luftreinhaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser Ignoranz und dem demonstrativen Desinteresse an Umwelt und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt schadet dieser Senat den Menschen, die unter hochbelasteter Luft oder gesundheitsschädlichem Lärm leiden. Dabei wäre es doch so einfach. Man könnte nämlich durch ein modernes Mobilitätskonzept gleichzeitig etwas für die Luftqualität, den Lärmschutz und den Klimaschutz tun und viel für die Lebensqualität der Menschen in dieser Stadt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das hättet ihr mal machen sollen!)

Die Ignoranz des Senats gegenüber all diesen Fragen schadet den Menschen in dieser Stadt. Es wird höchste Zeit, dass sich das ändert. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal von der SPD-Fraktion.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was die GRÜNEN außerhalb und innerhalb des Parlaments zu diesem Thema inszenieren, ist reiner Wahlkampfklamauk.

(Beifall bei der SPD)

In der Tat wird aktuell vor dem Hamburger Verwaltungsgericht die Klage eines Anwohners der Max-Brauer-Allee verhandelt. Ob und was das Gericht entscheidet, ist überhaupt noch nicht klar; die Verhandlungen laufen seit heute Mittag.

Der Senat hat 2012 fristgerecht einen Luftreinhalteplan eingereicht. Das 200 Seiten umfassende Konvolut beschreibt 80 Maßnahmen zur Luftverbesserung. Unser Hauptproblem sind die Grenzüberschreitungen bei den Stickoxiden und beim Feinstaub. Beides wird im Wesentlichen von Dieselfahrzeugen produziert.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Und vom Schiffsverkehr!)

Insofern geht es nicht, dass die EU auf der einen Seite die Grenzwerte für die Luftverschmutzung immer weiter anzieht, aber auf der anderen Seite nicht den Mut aufbringt, die Abgasnorm von Fahrzeugen entsprechend zu verschärfen.

(Beifall bei der SPD)

Die EU-Kommission darf die Städte nicht weiter im Regen stehen lassen, denn auch andere Großstädte, selbst solche mit Umweltzone, Citymaut oder Straßenbahn haben die gleichen Probleme wie Hamburg. Auch sie sind bei der EU mit ihren Verlängerungsanträgen und Programmen durchgefallen, übrigens auch die Fahrradmetropole Kopenhagen, die uns gern als Best-Practice-Beispiel vorgehalten wird.

Unser umfangreicher Luftreinhalteplan ist nicht einfach nichts, Herr Kerstan. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Umstellung auf emissionsfreie Busse ab 2020 und die Anschaffung von emissionsarmen oder auch emissionsfreien Bussen schon jetzt sind ein Riesenschritt bei der Verbesserung von Luftqualität und für den Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD)

Immer mehr Menschen steigen um und lassen das Auto stehen. Die Hochbahn ist mit ihren Investitions- und Beschaffungsentscheidungen ein ganz wichtiger Treiber für effiziente, emissionsarme beziehungsweise emissionsfreie und umweltfreundliche Antriebstechnologien. Gerade heute hat die Hochbahn ein neues Modell eines schadstofffreien Elektro-Hybridbusses vorgestellt. Dieses Modell wird ab Dezember auf der Linie 109 fahren. Da wollen wir hin, das ist wegweisend.

(Beifall bei der SPD)

Allen Unkenrufen und Verwirrungsstrategien der GRÜNEN zum Trotz optimieren wir unser Bussystem weiter – auch das ist im Sinne des Klimaschut-

(Dr. Monika Schaal)

zes. Da ist nämlich kein Geld gestrichen worden; Sie müssen den Haushaltsplan richtig verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Der Hamburger Hafen entwickelt sich immer mehr zum Eisenbahnhafen. Schon 30 Prozent der Container verlassen den Hafen mit der Bahn. Wir bauen eine Landstromanlage. Die Power Barge in der HafenCity liegt schon da, und schon bald werden die Kreuzfahrer mit sauberem Strom versorgt, sodass die Stadt nicht mehr eingedieselt wird. Auch bei den Containerschiffen wird eine externe Stromversorgung im Hafen bald dafür sorgen, dass die Luft besser wird.

Wir investieren in Elektromobilität und wir schaffen gute Bedingungen für den Radverkehr; das alles dient dem Klimaschutz. Wichtig ist für uns eines: Wir haben den Klimaschutz auf eine neue Basis gestellt und ihn zur ressortübergreifenden Regelaufgabe gemacht. Dadurch fließt mehr Geld in den Klimaschutz, als Schwarz-Grün für das Klimaschutzprogramm jemals zusammensammeln konnte.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne nur den Schulbau, den Hochschulbau, den Bau und die Sanierung von Wohnungen und gewerblichen Gebäuden nach guten Standards des Klimaschutzes, den Ausbau des Nahverkehrs, unsere Radverkehrsstrategie, unsere Freiflächenpolitik mit der Ausweisung von neuen Natur- und Landschaftsschutzgebieten, die Neuanpflanzung von Bäumen – auch das ist Klimaschutz –, die Förderung von Gründächern, die Programme zur Effizienzsteigerung und nicht zuletzt unsere Energiepolitik und auch die nachhaltige Beschaffungspolitik, bei der es nicht nur auf billig, billig ankommt, sondern auf Energieeinsparung. Das ist Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann verstehen, dass es medienwirksamer ist, über die Absenkung des Etats zu jammern, als Beifall zu spenden für das, was die Regierungsfraktion macht. Sie hängen damit aber einer alten Klimaschutzpolitik nach. Auch dafür sind Sie abgewählt worden.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Wir sind nicht abgewählt worden!)

Sie sollten sich jetzt aber auf die Zukunft konzentrieren. Das, was wir tun, hätten Sie alles schon selber machen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Von der CDU-Fraktion bekommt nun das Wort Frau Stöver.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dr. Schaal, an Ihrer wahllosen Auflistung von vermeintlichen Erfolgen sieht man nur eines: Klimapolitik und Hamburg unter der SPD sind zwei Welten.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Die Klimapolitik der Senatorin Blankau ist visionsarm, ideenlos und vor allem kurzsichtig.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das mit den Visionen ist so eine Sache!)

In dieser Legislaturperiode habe ich nicht sehen können, dass der Senat neue, zukunftsweisende Lösungen vorgelegt hätte. Das sind alles Dinge, die schon angedacht waren und die der Senat jetzt umsetzt, aber etwas Neues, Zukunftsweisendes ist nicht dabei.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Frau Dr. Schaal lobt den Masterplan Klimaschutz. Das ist aber keine Erfolgsgeschichte, sondern inhaltlich wie finanziell eine Bankrotterklärung für den Klimaschutz in Hamburg. Das Klimaschutzprogramm aus 2007 hatte eine finanzielle Ausstattung von 25 Millionen Euro; Sie erinnern sich. Für 2015 sind klägliche knappe 7 Millionen Euro vorgesehen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Alle Ressorts sind daran beteiligt!)

Da hilft auch das Argument der behördenübergreifenden Zusammenarbeit nicht weiter, Herr Kienscherf. Das ist wirklich ein kläglicher Versuch und der zieht überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Ressortübergreifend war das Klimaschutzprogramm unseres Senats auch, sonst hätte es keine Projekte wie die UmweltPartnerschaft mit der Wirtschaft gegeben

(*Dirk Kienscherf SPD:* Der autofreie Sonntag für 7 Millionen, so ein Blödsinn!)

oder Schul- und Kitaprojekte für Energieeinsparungen.

Liebe SPD, Sie sparen am Klimaschutz. Sagen Sie es doch ehrlich und streuen Sie den Bürgern nicht Sand in die Augen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Die GRÜNE Fraktion hat das Thema schlechte Luft durch giftige Abgase angemeldet. Bisher hat es offensichtlich keine ausreichenden Maßnahmen gegeben, um den Bürger

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Und die Bürgerin!)

vor den andauernden Überschreitungen der Grenzwerte für gesundheitsschädliche Stickoxide zu schützen. Auch wenn der Luftreinhalteplan 200 Seiten umfasst, kritisiert ihn die EU – und das augenscheinlich zu Recht. Es drohen Sanktionen, und die Klage des BUND vor dem Verwaltungsge-

(Birgit Stöver)

richt spricht ebenfalls Bände. Die Ausrede, andere Städte seien davon auch betroffen, hilft uns nicht weiter, Frau Dr. Schaal.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Das kann man nicht leugnen!)

Die finanziellen Auswirkungen der Sanktionen wird die Stadt Hamburg oder Deutschland trotzdem tragen müssen, denn die EU wird das sanktionieren. Sie wird bewerten, ob es ausreichende Maßnahmen gibt, und die gibt es nicht, weil der Senat untätig war.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Hauptursache sind die Stickoxide und weniger der Feinstaub, da sind wir uns alle einig. Woran liegt das? Hamburg ist unter dem SPD-Senat zur Staustadt Nummer 1 in Deutschland geworden. Die logische Konsequenz haben wir schon gehört: Wir reduzieren den Verkehr. Aber das, meine Damen und Herren, doch bitte intelligent und nicht ohne Sinn und Verstand.

(Beifall bei der CDU)

Noch einmal zur Umweltzone. Das wäre eine Maßnahme ohne Verstand, denn es ist nachgewiesen, dass sie keine signifikante, sondern nur eine marginale Reduzierung der Stickoxide bewirken würde. Wir als CDU setzen auf effektive Lösungen, die schnellstmöglich angegangen werden müssen, damit sie beizeiten Wirkung zeigen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt sind wir sehr gespannt!)

– Dann hören Sie einmal zu, Herr Dressel.

Wir sollten den Verkehr aus Hamburg heraushalten. Das kann gelingen, wenn wir den Autobahnring um Hamburg schließen – Hamburg ist die einzige Großstadt ohne einen Autobahnring – mit der A 20 im Nordwesten und der A 39 im Südosten. Dafür, liebe Kollegen von der SPD, lieber Senat, ist eine Abstimmung mit den beiden Nachbarbundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen erforderlich. Die Blockade Schleswig-Holsteins muss aufgehoben werden.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Zehn Jahre lang haben Sie die Stadt regiert! Das ist ja ein Witz!)

Ein weiterer Punkt ist die Verstetigung des Verkehrs; Herr Kerstan hat es schon angesprochen. Um ein einheitliches Tempo zu erreichen, muss es nicht immer nur Zone 30 heißen, sondern dazu gehören auch die grüne Welle oder eine Baustellen- und Staukoordination, die dieser Senat nicht vornimmt.

Als nächste Maßnahme sind die Stärkung und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zu nennen. Das ist schon angeklungen. Aber Park-and-ride-Gebühren zu erheben ist kontraproduktiv in diesem Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU)

Auch die CDU sagt: Stadtbahn statt unsinnige Busbeschleunigung, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf Binnenschiffe. Landstrom und ein schadstoffarmer Antrieb von Schiffen sollte technologieoffen vorangetrieben werden; LNG scheint hier eine machbare Lösung zu sein.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Hättet ihr doch alles in den letzten zehn Jahren machen können!)

Ich komme zum Schluss. Der Einsatz des SPD-Senats ist und bleibt dürftig, das werden auch die EU und das Verwaltungsgericht in Hamburg so sehen. Der CDU-Senat hat wichtige positive Akzente gesetzt. Die SPD hat die Chancen und den Schwung der Umwelthauptstadt nicht genutzt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Die Stadtbahn haben Sie doch beerdigt, oder nicht?)

Die Klimaschutzpolitik des Senats ist kurzsichtig und kostet Hamburgs Zukunftschancen.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Von der FDP-Fraktion erhält nun das Wort Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleich zwei Themen zur Aktuellen Stunde anzumelden ist mutig. Wenn diese eigentlich gar nicht aktuell, sondern seit langem bekannt sind, gilt das erst recht.

Zum ersten Thema, dem Bericht des Weltklimarats. Der fünfte Sachstandsbericht des Weltklimarats sagt vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen dasselbe wie der vierte Sachstandsbericht: Es besteht Handlungsbedarf. Die GRÜNEN tragen natürlich gleich wieder die Forderung vor sich her, es müsse viel mehr Geld für den Klimaschutz ausgegeben werden. Man sollte erst einmal schauen, wie viel CO_2 eingespart werden kann pro Euro, den Hamburg bezahlt, und dann kann man sehen, wo man investiert. Immer nur mehr Geld zu fordern für irgendetwas, wo Klimaschutz draufsteht, aber nicht drin ist, ist keine Politik für Hamburg.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich komme zum zweiten Thema, zum naturwissenschaftlichen Bereich. Man sollte bei den Fakten bleiben. Ich habe heute in der Weltpresse, der "Hamburger Morgenpost", die Behauptung lesen können, dass drei Viertel des Stickstoffdioxids durch den Verkehr verursacht würden und ein Drittel durch Schifffahrt und Industrie. In diesem Satz sind zwei kleine Fehler. Zum einen ist es so, dass ungefähr ein Drittel auf den Verkehr entfällt, ein

(Dr. Kurt Duwe)

Drittel auf die Schifffahrt, ein Sechstel auf die Industrie und die übrigen Anteile auf den Rest.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Wo kommt der Rest her?)

Zum anderen ist bei drei Viertel plus ein Drittel ein Zwölftel zu viel – so habe ich es zumindest gelernt.

(Beifall bei der FDP)

Soweit zur Stichhaltigkeit dessen, was in der Diskussion teilweise angeführt wird. 13 Zwölftel hört sich eben besser an als 12 Zwölftel, das ist immer schon so gewesen.

Wenn ich höre, was schon wieder gefordert wird, obwohl wir noch gar nicht wissen, wie das Urteil ausfallen wird – Tempo 30 zum Beispiel, eine Citymaut oder was andere Städte so alles anzubieten haben –, dann kann ich nur sagen, dass die meisten dieser Maßnahmen wirkungsvoll und teilweise sogar kontraproduktiv sind, weil sie zu Ausweichverkehren führen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wirkungslos! Sie haben wirkungsvoll gesagt!)

– Wirkungslos, genau. Danke für die Korrektur. Ich bin immer gerne für Korrekturen zu haben, wenn sie richtig sind.

(*Wolfgang Rose SPD:* Wir passen auf!)

Wir müssen sehen, dass alles, was zur Luftreinhaltung führen kann, mittel- oder langfristig angesetzt werden muss. Das geht nicht von heute auf morgen. Einiges ist vom SPD-Senat schon angeschoben worden. Natürlich kann man sich ein höheres Tempo wünschen und sollte das auch tun. Aber da sind oft europäische Richtlinien im Spiel, in der Schifffahrt teilweise sogar weltweit geltende Richtlinien, bei denen es mindestens 15 oder 20 Jahre dauert, bis sich alle Nationen auf Schadstoffbegrenzungen geeinigt haben. Selbst ein Gerichtsurteil des hamburgischen Verwaltungsgerichts wird leider nichts daran ändern können, dass die meisten Containerschiffe in den nächsten zehn Jahren immer noch mit – ich sage es einmal so – Dreck befeuert werden. Das ist leider so. Die Alternative wäre, entweder den Hafen oder den Kraftfahrzeugverkehr in Hamburg abzuschaffen, um die Stickstoffdioxidwerte zu senken. Das sind jährliche Mittelwerte. Das heißt, man muss die Hintergrundbelastung soweit herunterbringen, dass man unter die 40 Mikrogramm kommt. Da nützt es nichts, an einigen Punkten keine Lastwagen fahren zu lassen. Ich bitte also um mehr Respekt vor der Naturwissenschaft, gerade bei diesen Themen. Wenn man Milliarden ausgeben will, dann muss man auch wirklich darauf schauen, ob das optimal gemacht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE bekommt jetzt das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Duwe, es ist nicht so, dass der Kampf gegen den Klimawandel teuer ist, sondern teuer ist es, wenn wir überhaupt nichts machen und den Klimawandel gewähren lassen. Das wird richtig teuer.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei *Birgit Stöver CDU*)

Der Weltklimabericht, der vor einigen Tagen in Kopenhagen vorgestellt wurde, warnt eindringlich – wieder einmal, kann man sagen – vor den Folgen der Erderwärmung. Er hat noch einmal deutlich gemacht und unmissverständlich festgestellt, dass der Klimawandel menschengemacht ist und seine Konsequenzen den Wohnsitz und die Existenz von Milliarden Menschen bedrohen. Kein Teil der Welt wird davon unberührt bleiben. Wenn die globale Erwärmung weiterhin im derzeitigen Tempo voranschreitet, werden weitere Millionen Menschen von Hunger bedroht sein, und wir werden es mit Millionen von Umweltflüchtlingen zu tun bekommen. Davor haben schon viele, viele gewarnt, aber wir sind nicht in der Lage zuzuhören. Die Wissenschaftler haben wieder einmal schnelle Reaktionen angemahnt und darauf hingewiesen, dass die Durchschnittstemperatur um 4 Grad steigen wird, wenn der Ausstoß von Treibhausgasen bis Ende des Jahrhunderts nicht auf null reduziert wird. Und das heißt noch heftigere Stürme, noch mehr Überschwemmungen und noch mehr Dürrephasen. Sie mahnen eine Begrenzung auf 0 Prozent an, und wo stehen wir? Wir sind nicht einmal in der Lage, den Anstieg zu begrenzen. Die Klimaziele haben sich von Konferenz zu Konferenz, von Kyoto über Kopenhagen und Rio, bis heute immer weiter reduziert. Das Ergebnis ist, dass wir den Klimawandel nicht mehr bremsen können, sondern nur noch versuchen können, einen noch größeren Temperaturanstieg zu vermeiden.

Zur Wirtschaft: Die USA sagen, erst müsse China etwas tun, China sagt, die USA müssten handeln, die Entwicklungsländer sagen, das sollten bitte schön die Industrieländer tun und so weiter und so weiter. Ständig wird der Schwarze Peter verschoben und darauf hingewiesen, dass man die vorgeschlagenen Maßnahmen aus wirtschaftlichen Gründen nicht umsetzen könne. Das ist ein Irrglaube.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Was ist jetzt Ihre Lösung?)

Wie sieht es in Hamburg aus? Auch in Hamburg ist die CO_2-Emission in den letzten Jahren wieder stark angestiegen. Das Traurige ist: Es war eigentlich Konsens in diesem Haus, das verbindliche Ziel, die CO_2-Produktion bis 2020 um 40 Prozent

(Dora Heyenn)

zu reduzieren, erreichen zu wollen. Davon sind wir weit entfernt. Wir haben jetzt gerade die Haushaltsberatungen, und wir haben feststellen müssen, dass dem Masterplan Klimaschutz von diesem Senat weniger Geld zur Verfügung gestellt wird. Wir haben aus der Opposition mehrfach nachgefragt, wie Sie das mit den erhöhten Anstrengungen vereinbaren können, die für Klimaschutz erforderlich sind. Dann ist uns gesagt worden, wie eben schon einmal kurz angesprochen wurde, das sei jetzt eine Querschnittsaufgabe für alle Behörden. In allen Behörden würden sich Mittel verstecken – das Wort "verstecken" kam übrigens häufig vor in den Haushaltsberatungen – und alle Behörden würden sich fürchterlich anstrengen, den Klimaschutz voranzubringen. Auf die Frage, wo in welcher Behörde in welchem Haushalt sich denn wieviel Mittel für den Klimaschutz verstecken, gab es bisher keine einzige Antwort. Was hat Frau Kisseler einmal gesagt? Schluss mit Spielchen. Ich sage, Schluss mit den Sonntagsreden und Schluss mit der Symbolpolitik. Bäume pflanzen ist gut und schön, aber wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz sehen wirklich anders aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Hamburg hat die dritthöchste Stickoxidbelastung deutscher Großstädte. Nun sagt die SPD immer, das sei aber alles nicht so schlimm, weil die anderen Großstädte das auch hätten. Genau das Schema pflegen wir jetzt schon mindestens 20 Jahre – immer darauf zeigen, dass es woanders auch nicht besser ist und dass erst einmal die anderen anfangen müssen. Mit dieser bekannten Strategie werden wir eines auf keinen Fall schaffen: den Klimawandel in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mehr als 220 000 Menschen in Hamburg haben keine saubere Luft, weil sie in Stadtteilen wohnen, in denen die Grenzwerte zum Teil deutlich überschritten sind. Bereits 2011 beantragte der Senat bei der EU-Kommission eine Fristverlängerung bis 2015, um Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffausstoßes einleiten zu können. Der Aufschub wurde abgelehnt, und jetzt haben wir ein sogenanntes Luftreinhalteprogramm. Dazu gehören natürlich Radverkehr, ÖPNV und Landstromanbindung. Das ist immerhin etwas, aber es ist zu wenig. Die Autos müssen von der Straße, sie müssen 30 km/h fahren, es müssen mehr 30er-Zonen her, und vor allen Dingen geht eines gar nicht, dass die ÖPNV-Preise noch steigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind der Auffassung, sie müssten kräftig sinken, und komischerweise mit uns auch die Handelskammer; da wird man staunen.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Das glaube ich nicht!)

Sie müssen mindestens um die Hälfte sinken, und Park and ride darf auch nichts kosten, sonst bekommen Sie die Autos nicht von der Straße und die Luft wird immer dicker.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich eines klarstellen: Erstens hat sich die Luftqualität in Hamburg in den letzten 25 Jahren kontinuierlich verbessert.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Graduell!)

Zweitens hat der Senat mit dem Luftreinhalteplan und dem dazugehörigen Maßnahmenbündel die geeigneten Mittel in der Hand, die Luftqualität auch in Zukunft weiter zu verbessern, und er wendet diese auch an. Fakt ist, dass alle Grenzwerte in Hamburg eingehalten werden, bis auf einen einzigen: NO_2. Den Grenzwert für Feinstaub überschreiten wir hingegen im Vergleich zu Berlin nicht. Was Stickstoffoxide angeht, haben tatsächlich viele Städte Probleme mit diesen Emissionen, auch die Fahrradstädte Münster und Kopenhagen, die beide mit überschrittenen Grenzwerten zu kämpfen haben. London hat übrigens erst gar keinen Plan bei der EU-Kommission eingereicht, weil die Werte dort trotz Umweltzone für Lkw und Citymaut so hoch sind.

Meine Damen und Herren! Seit 12 Uhr wird beim Verwaltungsgericht über die gemeinsame Klage eines Anwohners in Altona und des BUND gegen den Luftreinhalteplan verhandelt. Einmal völlig unabhängig vom Ausgang des Verfahrens ist als Positives festzuhalten, dass alle Gerichtsentscheidungen, die bislang in anderen Fällen getroffen worden sind, nach ganz kurzer Zeit gefällt waren, und dieses Gericht setzt sich zurzeit unter anderem mit unserem Luftreinhalteplan argumentativ auseinander. Das ist etwas Positives, denn was der BUND mit seiner Klage fordert, bringt uns aus unserer Sicht in der Sache nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Umweltzone und Citymaut halten wir für völlig ungeeignete Mittel, um den NO_2-Ausstoß zu begrenzen. Die Einrichtung von Umweltzonen kann nicht dabei helfen, den NO_2-Ausstoß zu bekämpfen, denn diese haben die Reduzierung von Feinstaubemissionen zum Ziel, und das ist kein Hamburger Problem.

(Beifall bei der SPD)

Dies hat übrigens Herr Braasch vom BUND richtig erkannt – ich zitiere –:

(Senatorin Jutta Blankau)

> "Die Umweltzone ist als Instrument, wie es derzeit aufgestellt ist, gar nicht mehr das Mittel der Wahl, um die Stickoxidbelastung voranzubringen oder einzugrenzen."

Das können Sie übrigens im Wortprotokoll des Umweltausschusses vom 30. August 2013 nachlesen.

> (*Birgit Stöver CDU:* Da haben Sie recht, und das habe ich auch schon gesagt!)

Auch Geschwindigkeitsbegrenzungen helfen nicht, weil NO_2 auch bei langsamen Fahrten oder beim Stillstand ausgestoßen wird. Tempo-30-Zonen führen nicht zu einer Verringerung des Problems; im Gegenteil stoßen Fahrzeuge bei Tempo 30 mehr NO_X aus als bei Tempo 50.

> (*Uwe Lohmann SPD:* Genau!)

Entsprechend müssen Staus und Stockungen verhindert und eine Verstetigung des Verkehrsflusses erreicht werden, beispielsweise durch Optimierung der Ampelschaltungen, und genau das tun wir.

> (Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir ergreifen Maßnahmen, zum Beispiel bei der Verschiebung des Modal Split hin zu einer emissionsarmen Mobilität.

> (*Jens Kerstan GRÜNE:* Sie schaffen das Rot an den Ampeln ab! – Gegenruf von *Dr. Andreas Dressel SPD:* Rot wird nie abgeschafft!)

Wir schaffen Alternativen zum individuellen Autofahren durch den Ausbau des ÖPNV, die Verlängerung der U4 und den Neubau der U5. Unsere Verkehrsbetriebe sind bereits jetzt Vorreiter bei den emissionsarmen Bussen. Heute hat Senator Horch den ersten batterieangetriebenen Bus, den Frau Schaal schon erwähnt hat, vorgestellt, der ab Dezember schadstofffrei auf der Innovationslinie 109 fährt. Der Bund war heute vertreten und hat die Freie und Hansestadt Hamburg sehr gelobt als Vorreiter bei der Maßnahmenplanung für die Luftreinhaltung.

> (Beifall bei der SPD)

Wir tragen dieser Entwicklung auch mit dem Ausbau der Fahrrad-Infrastruktur Rechnung. Das StadtRad-Netz wird um 40 Stationen erweitert und reicht nun auch bis Harburg, und der Umbau des Harvestehuder Weges zur Fahrradstraße hat begonnen. Durch den Ausbau von Carsharing und Elektromobilität tun wir ein Weiteres.

> (*Dirk Kienscherf SPD:* Wir tun es einfach!)

Der Senat hat im vergangenen August die Entscheidung getroffen, vorrangig Elektroautos als Behördenfahrzeuge zu beschaffen, und das tun wir auch bereits.

> (*Finn-Ole Ritter FDP:* Super!)

Als Nächstes entscheiden wir uns für den Ausbau der Ladesäulen, denn der Elektromobilität in den Städten gehört die Zukunft.

> (Beifall bei der SPD)

Im Hafen wird viel getan, um die Luft auch in den Industriegebieten weiter zu verbessern. Im Projekt smartPORT energy ist vorgesehen, bis 2015 sieben Windenergieanlagen im Hafen zu bauen. Im Rahmen von Unternehmen für Ressourcenschutz fördert die BSU zahlreiche Projekte, um die Luftemissionen einzelner Betriebe zu reduzieren. 30 Maßnahmen sind bereits abgeschlossen und 20 laufen derzeit.

> (*Olaf Ohlsen CDU:* Wer hat Ihnen denn die Rede aufgeschrieben?)

Die Emissionen aus der Schifffahrt wurden ebenfalls vermindert. Seit Jahren gibt es zunehmend Landstromanschlüsse, unter anderem für HADAG-Fähren, Schlepper, Lotsenboote, Wasserschutzpolizei und Schiffe der HPA. Die Landstromversorgung, auch schon eben Thema gewesen, wird ausgedehnt auf Kreuzfahrt- und Containerschiffe. Hier wird das Pilotprojekt einer Green Shipping Line nach Shanghai vorbereitet, und im Cruise Center Altona haben wir am Freitag Richtfest – dazu sind Sie alle herzlich eingeladen.

> (Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP:* Freibier in der Behörde, herrlich!)

Sie sehen also, hier in Hamburg setzen wir unseren Plan um. Wir machen praktisch und konkret etwas für die Luftqualität, und dieses Maßnahmenbündel hat spürbare Wirkung gezeigt. Die Luft ist besser geworden und verbessert sich kontinuierlich weiter. Der Stickstoffoxid-Ausstoß nimmt ab: 2013 gegenüber 2010 um 17 Prozent, gemessen an der Verkehrsmessstation Kieler Straße, und immerhin um 10 Prozent, gemessen an der Max-Brauer-Allee. Die Luft war 2010 – ich erinnere daran, damals gab es eine andere Koalition – schlechter als heute. Das zeigt auch, dass wir mit unseren Maßnahmen auf dem richtigen Weg sind.

> (Beifall bei der SPD)

Um bei der Verringerung weiter voranzukommen, müssen allerdings auch Bund und EU ihre Arbeit machen. Sie müssen klare Signale setzen. Es kann nicht sein, dass Abgasnormen und Grenzwerte der Luft nicht zusammenpassen. Land und Gemeinden jedenfalls sind nicht die Verursacher des Problems, und deswegen mischen wir uns auch im Bund und in Europa ein.

Meine Damen und Herren! Viele der genannten Maßnahmen sind nicht nur gut für unsere Luft, sondern auch für den Klimaschutz.

> (*Finn-Ole Ritter FDP:* Viel geredet, nichts gesagt!)

(Senatorin Jutta Blankau)

Der Klimawandel geschieht weltweit und betrifft uns alle. Er hat Auswirkungen auch auf Norddeutschland und Hamburg. Der aktuelle IPCC-Sachstandsbericht zum Klimawandel zeigt: Wirksamer Klimaschutz ist bezahlbar. Er zeigt auch, dass Klimaschutz und Anpassung dringend notwendig sind. Beiden trägt der Senat Rechnung mit dem Aktionsplan zur Anpassung an den Klimawandel, der 2013 vorgelegt wurde, und mit dem Masterplan Klimaschutz. Er stellt die Umsetzung der klimapolitischen Zielsetzungen des Senats sicher und leistet damit auch einen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende. Nur so kann nachhaltige Politik funktionieren: im Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und sozialen Fragen. Uns ist es wichtig, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die für Wirtschaft, Umwelt und die Menschen in Hamburg etwas Vernünftiges bringen. Nicht nur reden oder Diskonebel sprühen, sondern machen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Herr Bill von der GRÜNEN Fraktion.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Muss man nicht erwähnen, dass sie die achtfache Redezeit gebraucht hat?)

Martin Bill GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Schaal, wenn man in der Diskussion die Argumente eher nicht auf seiner Seite hat, dann beginnt man eine Rede damit, das sei Wahlkampfklamauk.

(*Sören Schumacher SPD:* Ist es ja auch!)

Abgesehen davon, dass ich nicht weiß, was an Wahlkampf in einer Demokratie schlecht sein soll,

(Beifall bei den GRÜNEN)

kann selbst ich mich daran erinnern, dass wir in dem letzten Jahr, seitdem ich in diesem Hause bin, schon etliche Male das Thema Klimaschutz auf der Tagesordnung hatten. Und ich gehe davon aus, Frau Dr. Schaal, dass zumindest Sie auch zugehört haben. Ich weiß auch, dass Sie zugehört haben, aber ich weiß nicht, was in einer Aktuellen Stunde aktueller sein kann als ein Problem, das gerade ganz Hamburg diskutiert und das sogar Bürger in Hamburg vors Gericht führt. Das ist doch wirklich ein aktuelles Thema. Und beim Stichwort Wahlkampf sollten Sie doch einmal schauen, welcher Bus zurzeit vom Bürgermeister eingeweiht wird. Man hat mittlerweile das Gefühl, dass jeder neue Bus, der in Hamburg ankommt, erst einmal eine Taufe vom Bürgermeister bekommt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der LINKEN und bei *Dr. Monika Schaal SPD*)

Dann sagen Sie, andere Städte hätten das gleiche Problem wie wir, das sei gar nicht so schlimm, wir säßen alle in einem Boot und dann machten wir lieber nichts. Andersherum wird ein Schuh draus. Selbst Hamburg hat das Problem, obwohl die Gegebenheiten unserer Lage hier am Wasser eigentlich so sein sollten, dass der Wind die letzten Schadstoffe, die noch vorhanden sind, hinwegbläst. Das ist nämlich einer der großen Vorteile der Lage Hamburgs, und eigentlich müsste es so sein, dass wir alle Grenzwerte einhalten und sogar weit unterbieten. Daher ist es kein Argument, dass andere Städte dieses Problem auch haben. Wenn wir es haben, ist es besonders dramatisch ob unserer Situation am Wasser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jemandem den Schwarzen Peter zuzuschieben, ist in einer Demokratie mit verschiedenen Ebenen natürlich immer leicht: Der Bund macht nichts, die EU macht nichts, die Weltgemeinschaft macht nichts, und dann machen wir in Hamburg doch auch nichts. Hätten wir jetzt noch Gemeinden in Hamburg, dann würde man sagen, die Bezirke und die Gemeinden machten auch nichts, dann machen wir doch alle zusammen nichts.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Genauso ist es!)

Das ist doch echt der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jährlich bekommen wir mehrere Klimaberichte vorgelegt, und in allen steht, wir müssten alle gemeinsam etwas tun, damit uns die Lebensgrundlage nicht abhandenkommt, damit der Meeresspiegel nicht weiter steigt und damit wir das 2-Grad-Ziel halten. Gerade Hamburg als Stadt am Wasser muss da doch sagen: Wir sind Vorbild, wir gehen voran und zeigen, wie es geht.

(*Wolfgang Rose SPD:* Genau das machen wir doch auch!)

Man sieht an der Energiewende, dass das ganz gut klappt. Die Energiewende ist mittlerweile ein Wort, das weltweit bekannt ist, weil es eine Vorbildfunktion einnimmt. In Sachen Klimaschutz und Luftreinhaltung hat Hamburg diese Vorbildfunktion weltweit aber nicht. Und wenn Sie schon die SPD im Bund ansprechen, dann warte ich doch einmal darauf, dass Sie vom Bund aus eine Initiative starten, dass die EU die Abgasnormen senkt. Vielleicht könnten Sie dabei auch gleich die Energieeffizienzklassen der Kraftfahrzeuge ändern, damit die schweren 50-Tonner, die einfach einen effizienten Motor haben, nicht in die gleiche Energieeffizienzklasse eingestuft werden wie ein Kleinwagen. Auch darauf warte ich gerne, vielleicht als Bundesratsinitiative, dann würden wir dem auch zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, wir würden eine alte Klimaschutzpolitik fordern. Wir fordern, dass Grenzwerte eingehalten werden, dass also eine rechtliche Verpflichtung der EU eingehalten wird. Das mag viel-

(Martin Bill)

leicht ein bisschen altbacken sein, aber ich finde, rechtliche Vorgaben einzuhalten, ist eine genau richtige Politik und ein genau richtiges Ziel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir uns doch einmal die verschiedenen Quartiere an. Wir haben an der Habichtstraße enorme Überschreitungen, an der Max-Brauer-Allee haben wir die gleiche Situation, ebenso an der Kieler Straße oder der Stresemannstraße, und es sind gesundheitsbeeinträchtigende Abgaswerte. Man kann es auch so herunterbrechen: Die Untätigkeit der Politik gefährdet die Gesundheit der Hamburgerinnen und Hamburger, und das ist etwas, was wir nicht akzeptieren wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Antwort darauf ist auch nicht, die Umweltzone tauge nichts. Die Umweltzone haben wir mit keinem Wort mehr erwähnt. Der Zug ist abgefahren. Es geht uns um weitaus neuere Ansätze, viele aus dem Verkehrsbereich wie Citymaut, Radverkehr, ÖPNV oder Parkraum. All das könnte man jetzt umsetzen und das hilft auch. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Albrecht von der SPD-Fraktion.

Matthias Albrecht SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Präsidentin des Umweltbundesamtes, Frau Maria Krautzberger, hält das Instrument der Umweltzonen in Deutschland für überholt.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Deshalb fordern wir es auch nicht! – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Sie beantworten Fragen, die gar nicht gestellt worden sind!)

Sie entfalten aufgrund der Flottenerneuerung keine relevante Wirkung mehr. Das Gleiche gilt im Grunde genommen auch für Ihre Citymaut; auch sie wird keine Wirkung entfalten.

(Beifall bei der SPD und bei *Birgit Stöver CDU*)

Es gebe auf den Straßen nur noch wenige Autos, die die geltenden Abgasstandards nicht erfüllten und deshalb aus besonders belasteten Bereichen der Innenstadt herausgehalten werden müssten. Erforderlich sei eine Verkehrspolitik, die auf eine Verlagerung vom Kraftfahrzeug auf umweltverträgliche Verkehrsträger wie Busse, Bahnen oder Fahrräder orientiert sei, so die Präsidentin des Umweltbundesamtes weiter. Und genau das macht die SPD-Regierung: Busbeschleunigung, um die Transportkapazitäten und den Komfort zu erhöhen, Neukauf von nur noch emissionsfreien Bussen ab dem Jahr 2020 – wir haben es gehört, es ging heute schon los mit dem ersten –, Ausbau des Schienenverkehrs, da gehen wir voran mit der S4 und dem U-Bahn- und AKN-Ausbau, und Ausbau des Radwegenetzes und der StadtRad-Stationen insbesondere für die Kurzstrecken.

(Beifall bei der SPD)

Wie Ihre Stadtbahn, die erst in frühestens 10 bis 15 Jahren am Netz sein würde, dabei helfen sollte, die Luftqualität kurzfristig zu verbessern, das müssen Sie mir an dieser Stelle vielleicht auch noch einmal erklären.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens hat Frau Stöver Unrecht, wenn sie behauptet, dass Hamburg die Stauhauptstadt in Deutschland sei. Die deutsche Stauhauptstadt ist Stuttgart, und zwar mit einem Oberbürgermeister Fritz Kuhn von den GRÜNEN. Darüber hinaus hat Stuttgart die schlechtesten Luftwerte in Deutschland,

(Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN)

trotz einer Straßenbahn und trotz einer Umweltzone.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Das nennt man zweidimensionales Denken!)

Auch ein Gutachten, das noch unter Schwarz-Grün in Auftrag gegeben wurde, sieht kaum einen positiven Effekt auf die Luftreinheit in Hamburg durch eine Umweltzone. Es muss schon einen Grund haben, warum dieses Gutachten bei Ihnen in der Schublade verschwand und erst unter der roten Senatsregierung veröffentlicht wurde. Sie haben das Ganze einfach verheimlicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie tun so, als würde die Einführung einer Umweltzone oder einer Citymaut irgendetwas Positives für die Anwohner der betroffenen Straßen bewirken. Das ist Unfug, da wird sich gar nichts ändern. Da helfen auch keine Masken und kein Nebelkerzenwerfen.

(Beifall bei der SPD)

Auch Ihr Vorschlag, der in der letzten Zeit hier schon einmal genannt wurde, mit einer NO_X-Plakette zusätzlich die Zufahrt in eine Umweltzone oder eine Citymaut-Zone zu reglementieren, funktioniert nicht. Hier muss man den Menschen ganz klar sagen, dass diejenigen, die heute eine grüne Plakette haben, dann in Zukunft nicht unbedingt mehr in diese Umweltzone hineinfahren dürften. Um effektiv NO_X umzuwandeln, braucht es spezielle Katalysatoren. Die meisten Fahrzeuge verfügen über den klassischen Dreiwegekatalysator.

(Zuruf von *Jens Kerstan GRÜNE*)

– Hören Sie doch einmal zu, Herr Kerstan.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Sie reden über etwas, was wir gar nicht gesagt haben!)

(Matthias Albrecht)

– Herr Kerstan, in den letzten Wochen haben Sie genau das gefordert. Herr Steffen hat die NO_X-Plakette an dieser Stelle gefordert. Sie brauchen jetzt nicht die Realität zu verdrängen.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP:* Aber ihr hättet es sagen können!)

Ganz im Gegenteil ist der NO_X-Ausstoß, das hat Frau Blankau auch schon gesagt, ein Riesenproblem, weil gerade verbrauchsarme Fahrzeuge, die sehr hohe Temperaturen bei der Verbrennung ihres Sprits brauchen, diese besonders hohen NO_X-Werte haben. Das heißt, wir würden genau diese verbrauchsarmen Fahrzeuge bestrafen und sie dürften dann nicht mehr in die Stadt hineinfahren.

Zu guter Letzt unterschlagen Sie auch andere Schadstoffquellen, die mit einer Umweltzone oder einer Citymaut nicht beseitigt werden: fossile Kraftwerke und insbesondere den Hamburger Hafen mit seinen Schiffen. Moorburg haben Sie trotz Ihrer "Kohle von Beust"-Kampagne genehmigt, und im Hamburger Hafen haben Sie nichts getan. Wir dagegen sind in den Landstrom eingestiegen und legen los, um da Verbesserungen herbeizuführen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Das ist aber gefährlich, in den Landstrom einzusteigen!)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Stöver von der CDU-Fraktion das Wort.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss erst einmal feststellen, dass wir uns bei Umweltzone und Citymaut offensichtlich einig sind. Das ist aber auch ein Novum hier im Hause.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Nix da!)

Eventuell sind die GRÜNEN da noch nicht ganz auf dem Trichter, aber bei der SPD habe ich solche Töne auch noch nicht so häufig gehört.

(Beifall bei *Ralf Niedmers CDU* – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann lesen Sie mal unser Wahlprogramm, das stand schon 2011 drin!)

Umweltzone und Citymaut bringen nur marginale Reduzierungen von Stickoxiden, und es ist gut, dass Sie diese Erkenntnis hier so offen aussprechen; das sollten wir einfach heute einmal so festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Dann immer weiter diese Vergleiche: Die Senatorin zieht Vergleiche, Herr Albrecht zieht Vergleiche. Entschuldigen Sie, wenn ich mit der Staustadt Nummer eins falsch lag, dann sage ich Staustadt Nummer zwei. Aber Sie strengen hier allen Ernstes einen Vergleich mit Stuttgart an, Herr Albrecht. Die geografische Lage von Hamburg ist so günstig und nicht mit Stuttgart zu vergleichen, das in einer Senke liegt und eine Smoglage hat. Und dann zu sagen, Hamburg müsse unbedingt besser sein als Stuttgart – Hamburg ist auch besser als Stuttgart, aber das mit Stuttgart zu vergleichen, ist echt vermessen und infam.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Bei Herrn Albrecht habe ich gedacht, jetzt werde es wieder sachlich, aber auch er hat angefangen mit einer ellenlangen Auflistung von Erfolgen.

(*Gerhard Lein SPD:* Ist das unsachlich?)

Frau Senatorin, Ihre Bilanz in der Umwelt- und Klimapolitik wird nicht besser, je länger Sie die Liste von Erfolgen aufzählen.

(Beifall bei der CDU)

Die Liste der Erfolge wird nicht besser, weil diese nicht zukunftsweisend und zum größten Teil nicht neu sind und weil die Liste auch einige Fehler aufweist. Die HADAG-Fähren, so weiß ich ganz sicher, fahren immer noch nicht mit Landstrom.

(*Gerhard Lein SPD:* Sollen die HADAG-Fähren ablegen oder nicht? – Zurufe von der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Lassen Sie doch Frau Stöver zunächst ihren Gedanken ausführen. Herr Münster, Sie können sich doch melden.

Birgit Stöver CDU (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Was die Senatorin über die NO_X-Werte ausgeführt hat, ist nach meinen Recherchen einfach nicht richtig. In unserer Zeit hatten wir 2009 und 2010 an weniger Messstellen Überschreitungen bei den NO_X-Werten, und wir hatten nicht so hohe Werte. Wo Ihre minus 17 Prozent herkommen, Frau Senatorin, müssten Sie noch einmal darlegen, oder vielleicht muss Ihre Recherche dort besser werden. Ich bleibe dabei, die Bilanz des Senats in der Klima- und Umweltpolitik ist dürftig und muss deutlich verbessert werden. Die Untätigkeit ist das Problem beim SPD-Senat, denn sonst hätte auch die EU-Kommission den Luftreinhalteplan nicht gerügt. Die Untätigkeit ist das Problem.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt erhält Herr Dr. Steffen von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Damen und Herren, meine Präsidentin!

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Meine sehr geehrte Frau Präsidentin!

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Die ist für uns alle da!)

(Dr. Till Steffen)

– Natürlich, so ist es auch.

Es hilft bei diesen Themen, ein bisschen bei den Fakten zu bleiben. Es gibt viele Gelegenheiten, sich mit den Fakten auseinanderzusetzen und sich tatsächlich anzuschauen, welche Maßnahmen wirksam sind und welche unterschiedlichen Voraussetzungen es gibt. Ich selbst bin in Wiesbaden groß geworden, einer Stadt, die ähnlich wie Stuttgart eine Kessellage hat. Das Schlüsselerlebnis, das mich dazu gebracht hat, in der Stadt zu bleiben, war tatsächlich die frische Luft, die man in Wiesbaden typischerweise nicht hat. Das war 1997, also schon lange vor jeglichen Bemühungen, über die wir uns hier unterhalten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Zu rot-grünen Zeiten!)

Sie müssen schon wirklich wenig in der Welt herumkommen, um diese Städte im Hinblick auf Luftreinhaltung mit Hamburg zu vergleichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Bei unseren Ausgangsbedingungen, die wir in Hamburg haben, muss man sich schon gewaltig anstrengen, um tatsächlich diese Grenzwerte der EU zu überschreiten. Das heißt, es liegt einiges im Argen und es gibt auch großen Handlungsbedarf.

Jetzt kommen wir zu den Maßnahmen. Die Senatorin, die gerade nicht mehr interessiert ist, hat aus einer Anhörung im Umweltausschuss zitiert, die wir zusammen mit dem Verkehrsausschuss durchgeführt haben. Und wenn sie dort so aufmerksam war, wie sie es jetzt ist, wird sie mitbekommen haben, welche Vorschläge es dort zum Thema Umweltzone gab.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Da haben die Umweltverbände gesagt – es wurde richtig zitiert –, die Umweltzone in ihrer jetzigen Form sei nicht besonders wirksam, wenn man sie einführen würde. Was war die Konsequenz der Umweltverbände? Die Konsequenz war nicht zu sagen, wir legen deswegen die Hände in den Schoß, sondern die Konsequenz war, dass wir eine weitere Stufe bei den Plaketten brauchen. Eine blaue Plakette war der Vorschlag, das heißt, dass nur die Fahrzeuge, die besonders schadstoffarm sind und die jetzigen Grenzwerte noch deutlich unterschreiten, die blaue Plakette bekämen, sodass man diesen Anreiz, der immer gesetzt wurde in anderen Städten, die mit der Umweltzone gearbeitet haben, zunächst die Fahrzeuge mit roter, gelber und grüner Plakette, dann nur noch gelb und grün und schließlich nur noch grün in die Stadt zu lassen, damit fortsetzen könnte. Wenn wir einen solchen anderen Regelungsrahmen hätten, was wir uns als GRÜNE wünschen, dann könnte man mit der Umweltzone auch etwas erreichen. In der jetzigen Form bringt sie natürlich nichts, weil die Zeit darüber hinweggegangen ist. Das war die Zeit, die Sie verplempert haben. Deswegen bringt die Umweltzone jetzt nichts mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hatte das Vergnügen, zusammen mit dem Bürgermeister vor einigen Monaten nach Stockholm zu reisen. Da ging es auch um den Erfahrungsaustausch von Umwelthauptstädten, und da wurde über vieles geredet. Im offiziellen Programm wurde ein großer Bogen um das Thema Citymaut gemacht. Es ist schon ein bisschen anstrengend, das hinzubekommen, da Stockholm nun einmal als zentrales Instrument eine Citymaut eingeführt hat. Darüber durfte dann nicht offiziell gesprochen werden, aber am Rande wurde eines schon sehr deutlich. Dass die Leute vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, ist in Stockholm in ganz gravierendem Maße durch die Einführung einer Citymaut gelungen; das zeigen auch die Erfahrungen in anderen Städten. Das wäre also eine Option, die wir uns schaffen sollten. Hamburg sollte darauf dringen, dass wir die Möglichkeit bekommen, einen Pilotversuch zu starten, um zu schauen, was ein solches Instrument unter deutschen Bedingungen bedeutet. Das wäre tatsächlich ein wichtiger Schritt. Der Senat könnte sofort losgehen und sich um eine solche Ausnahmeregelung bemühen. Dass er es nicht tut, zeigt, dass er an dem Thema nicht interessiert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Senatorin, ich frage mich, ob Sie den Umweltbericht überhaupt gelesen haben. Wir sollten ihn zwar alle lesen, aber eine Umweltsenatorin müsste natürlich in allererster Linie den Weltklimabericht lesen. Und wenn man den liest, dann bekommt man einen Schreck, man hat Sorgen und man würde eigentlich dazu übergehen müssen, dass man sich sehr verantwortungsvoll mit diesem Thema beschäftigt.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wenn jetzt die GRÜNEN diesen Weltklimabericht auf die Tagesordnung setzen und die SPD das Wahlkampfklamauk nennt, dann kann ich schlicht und ergreifend nur sagen,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Was war das denn gestern?)

dass das absolut verantwortungslos ist.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Und wer, Frau Senatorin, genau zugehört hat, hat vernommen, dass in Hamburg eigentlich alles gut sei und alles besser werde. Hamburg wurde auch schon einmal gelobt: In Hamburg gebe es viel Po-

(Dora Heyenn)

sitives, in London sei die Luft viel schlechter, Feinstaub sei auch nicht Hamburgs alleiniges Problem. Und dann kommt noch der Abgeordnete Albrecht und vergleicht Hamburg mit Stuttgart. In Hamburg kommt aber frischer Wind von der See, Stuttgart liegt im Kessel. Das wäre genauso, als würde man sagen, dass es in Hamburg so viel regnet, daran hat die SPD-Regierung Schuld.

(Zurufe von allen Fraktionen)

– Es freut mich, dass das Thema Klimawandel Sie endlich auch emotional erreicht, das wurde höchste Zeit.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Aber der Gipfel ist, dass die Umweltsenatorin sagt: Land und Gemeinden sind nicht die Verursacher des Klimawandels. Wohnen da keine Menschen, Frau Senatorin? Diese Aussage ist entweder totale Ahnungslosigkeit oder blanker Zynismus. Und ehrlich gesagt, ich weiß nicht, was schlimmer ist.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Ich sehe zu diesem Thema keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann kommen wir zu den Themen 2, 3 und 5 – hier geht es insgesamt um die Krippenqualität –, angemeldet von der FDP-Fraktion

> **Frühkindliche Bildung statt Verwahrung: Kita- und Krippen-Qualität darf kein SPD-Stiefkind bleiben**

von der Fraktion DIE LINKE

> **Für eine bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung!**

und von der CDU-Fraktion

> **Kita-Proteste gegen SPD-Politik: Billig reicht nicht, Hamburg braucht eine bessere Krippenbetreuung**

Somit hat dann der Abgeordnete Ritter von der FDP-Fraktion das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! 4000 Erzieher, Kita-Leitungen und Eltern haben vergangene Woche gegen die Kita-Politik des Senats protestiert. Sie haben damit erneut deutlich gemacht, dass sie nicht damit einverstanden sind, dass die SPD und der zuständige Senator Scheele die Qualität in den Kitas und Krippen dieser Stadt sträflich vernachlässigen. Wieder und wieder wird Hamburg bestätigt, westdeutsches Schlusslicht beim Betreuungsschlüssel zu sein.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Was?)

Das Fazit der Bertelsmann Stiftung lautet: Für unter Dreijährige bleibt Qualität in der frühkindlichen Bildung in Hamburg auf der Strecke. Und die sogenannte Schlüsselstudie, die sich speziell auf Hamburg bezieht, kommt zu dem Schluss: Schlechte, aus wissenschaftlicher Sicht nicht hinreichende Personalschlüssel seien charakteristisch für die Situation in den Hamburger Kindertageseinrichtungen. Und der LEA, die Landeselternvertretung der Kita-Eltern – der SPD durchaus bekannt –, stellt fest, dass die Rahmenbedingungen im Krippenbereich inakzeptabel seien. Die Reaktion vom Senator: Was wollt ihr denn noch? Es gab doch schon so viele Wahlgeschenke für Eltern in Hamburg. Lieber Senator und SPD, Sie werden nicht müde, sich für Ihre Wahlgeschenke zu feiern. Aber Sie vergessen dabei immer wieder zu erwähnen, auf wessen Kosten die SPD-Wahlgeschenke gehen. Sie gehen nämlich auf Kosten der Qualität, auf Kosten der Erzieherinnen und auf Kosten der Kleinsten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es ist eben nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der politischen Prioritätensetzung und des politischen Willens. Das ist allein Ihre Verantwortung, liebe SPD und lieber Senator Scheele.

(Beifall bei der FDP)

Wie Sie damit umgehen, die Proteste der Kita-Leitungen und Erzieher in dieser Form zu ignorieren, macht sehr deutlich, welche Wertschätzung Sie den pädagogischen Fachkräften und Eltern in Hamburg in dieser Situation entgegenbringen, nämlich keine.

(Beifall bei der FDP – *Wolfgang Rose SPD:* So ein Unsinn!)

Wir als FDP-Fraktion sagen, die Proteste der Kita-Leitungen, Erzieherinnen und Eltern sind mehr als berechtigt. Es geht nämlich nicht nur um schlechte Arbeitsbedingungen, sondern es geht um die Kleinsten in unserer Stadt, um Kinder, die einen Anspruch darauf haben, eine Einrichtung zu besuchen, in der Erzieherinnen Zeit für sie haben, Zeit für Zuwendung, Zeit für frühkindliche Bildung und Zeit, eine enge Bindung aufzubauen. Und das sollten Sie, liebe SPD, endlich auf Ihre politische Agenda setzen.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Deshalb fordern wir weiterhin dringend einen besseren Betreuungsschlüssel. Deshalb freue ich mich auch auf die öffentliche Anhörung im Familienausschuss, damit der SPD wieder ein wenig Realitätssinn eingehaucht wird. Ich hoffe, dass Sie, werte Kollegen der SPD und Herr Senator Scheele, die Erzieherinnen und die Eltern endlich zum Wohle der Kinder ernst nehmen, denn es reicht

(Finn-Ole Ritter)

eben nicht, bei jeder Gelegenheit zu behaupten, Sie wollten doch, aber das Geld sei nicht vorhanden. Sie haben sich mit Ihren Projekten zu Beginn und während der Legislaturperiode völlig übernommen, Herr Scheele. Jetzt leidet unter Ihrer politischen Gestaltung die Qualität in den Bildungseinrichtungen in unserer Stadt. Und diesen Zustand haben Sie, lieber Herr Scheele, herbeigeführt, und niemand anders.

(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel: Und was ist der Vorschlag der FDP?)

Also hören Sie endlich auf herumzujammern, Sie könnten gar nicht anders, und hören Sie endlich damit auf, die Verantwortung auf andere oder die Umstände zu schieben, denn das wird der Sache in keinem Fall gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Dr. Leonhard von der SPD das Wort.

Dr. Melanie Leonhard SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der sich zu Ende neigenden Legislaturperiode lohnt sich ein Blick auf den Stand der Dinge bei frühkindlicher Bildung und Betreuung.

Wir sind gestartet mit einer kurz vor der Wahl beschlossenen und für diese Legislaturperiode geltenden Vereinbarung zwischen Landeselternausschuss, dem vielzitierten LEA, und der Hamburger SPD. Die vereinbarten Punkte sind auch Gegenstand unseres Regierungsprogramms, und die Vereinbarung selbst ist ein öffentlich zugängliches Dokument. Jeder kann einen Blick darauf werfen. Dort erklärt man zur Kindertagesbetreuung – ich zitiere –:

"[…] sind sich einig, dass dazu die folgenden konkreten Maßnahmen unerlässlich sind."

All diese konkreten Maßnahmen, die vereinbart worden sind, haben wir umgesetzt. Wir haben damit die frühkindliche Bildung in Hamburg entscheidend vorangebracht.

(Beifall bei der SPD)

Die darin vereinbarten Maßnahmen gingen übrigens auf eine Volksinitiative zurück. Die Eltern in Hamburg haben damit ihren Prioritäten klar Ausdruck verliehen, und die haben wir umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ergebnis: Noch nie haben in Hamburg so viele Kinder so früh und so lange von frühkindlicher Bildung in Krippen und Kitas profitiert wie heute, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Und auch Stadtteile mit großen Herausforderungen holen bei der Betreuungsquote deutlich auf; das war vorher unvorstellbar.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen damit die Eltern ermutigen, ihre Kinder an früher Bildung und Betreuung in Kita oder Tagespflege teilhaben zu lassen. Wir wollen gerechtere und bessere Lebens- und Bildungschancen, mehr Integration und Teilhabe. Qualität ist uns wichtig. Wie mit dem LEA vereinbart – in der Vereinbarung noch "Kita-KESS" genannt –, haben wir Anfang 2013 "Kita-Plus" umgesetzt. An rund 280 Kitas in unserer Stadt in sozial benachteiligten Stadtteilen sind jetzt 280 Erzieherinnen und Erzieher mehr tätig – für mehr Sprachförderung und ein besseres Betreuungsverhältnis.

(Beifall bei der SPD)

Zudem wurden die Hamburger Bildungsempfehlungen für Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen 2012 grundsätzlich überarbeitet, und das übrigens in einem beispielhaften Beteiligungsprozess. Das sagen die Verbände, das sagt der LEA und das sagen die Experten in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich wollen wir auch Qualität im Krippenbereich weiter stärken. Dabei ist der Betreuungsschlüssel ein wichtiger Punkt. Die Bertelsmann Stiftung, von der die Opposition immer nur berichtet, wenn es gerade irgendwie passt,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Dito!)

hat darauf hingewiesen, dass die bei der Anlegung der Maßstäbe erforderlichen Mittel für Hamburg wie für andere Bundesländer kaum zu stemmen sind. Deshalb fordert die Bertelsmann Stiftung ein Bundes-Kita-Gesetz zur Festlegung einheitlicher Standards.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg hat gegen das von den größten Teilen von Gesellschaft und Wissenschaft abgelehnte Betreuungsgeld Klage eingereicht. Bundesweit rund 1 Milliarde Euro sind eine Fehlinvestition schlimmster Art. In Hamburg kennen wir vor allen Dingen zwei Anhänger des Betreuungsgeldes, das sind der Fraktionsvorsitzende der CDU und der Fachsprecher. Alle anderen, glaube ich, sind mit uns der Meinung, dass diese Milliarde Euro in vielen Kitas in Hamburg sehr viel besser verwendet werden könnte,

(*Dietrich Wersich CDU:* 1 Milliarde für die Kitas in Hamburg?)

unter anderem für eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Melanie Leonhard)

Ich möchte noch auf eine Sache aufmerksam machen, die in diesen Tagen viel zitiert und diskutiert wird. Die Hamburger CDU will laut Eckpunktepapier einen Betreuungsschlüssel von 1:4 bei Krippe und Kita. Das kostet angesichts der erreichten, sehr hohen und weiter steigenden Betreuungsquoten – und wir wollen, dass viele Kinder die Kitas nutzen – rund 80 Millionen Euro jährlich. Da erinnern sich die Eltern der ehemaligen CDU-Senate: Büchergeld in der Schule, Studiengebühren an der Uni und massive Gebührenerhöhungen für Kita und Hort.

(*Sören Schumacher SPD:* So war das!)

Die CDU bleibt damit in den Köpfen der Hamburger Eltern die Partei der Bildungsgebühren.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD:* So ist es!)

In diesem Zusammenhang finde ich es wichtig, dass Sie uns einmal erklären, mit welchen Beiträgen Sie welche Eltern belasten wollen, um diese 80 Millionen Euro Kosten für Ihre Versprechen dann über Elternbeiträge hereinzuholen. Das wäre sehr spannend und sehr ehrlich. Ich glaube, das würde viel zur Debatte beitragen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Niedmers von der CDU.

Ralf Niedmers CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass wir heute direkt nach der letzten Plenarsitzung erneut die Qualität der frühkindlichen Bildung in der Aktuellen Stunde debattieren, spricht für sich. Wie bedeutsam die Angelegenheit ist, zeigt die Kita-Demonstration vom vergangenen Donnerstag. Rund 4000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer demonstrierten für mehr Personal in der Kinderbetreuung. Der Widerstand wächst von allen Seiten, von den Erziehern, den Verbänden und ganz besonders auch vonseiten der Elternschaft.

Gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen wollte die CDU an dieser Demonstration teilnehmen und hatte deshalb beantragt, den Beginn der zeitgleich stattfindenden Sitzung des Familienausschusses um eine Stunde – eine Stunde – zu verschieben. Doch die SPD, der die Kritik offenbar ein Dorn im Auge ist, hat unser Anliegen verhindert.

(*Wolfgang Rose SPD:* So ein Quatsch!)

Sie stimmte mit ihrer Mehrheit gegen eine Terminverlegung. Haben Sie so etwas wirklich nötig?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN – *Olaf Ohlsen CDU:* Skandal!)

Dabei sind dem Senat und der SPD durchaus bewusst, dass Hamburg das traurige Schlusslicht aller westdeutschen Bundesländer in der Betreuungsqualität von Krippenkindern ist. In keinem anderen westlichen Bundesland muss eine Erzieherin für mehr Kinder zeitgleich sorgen als bei uns. Zur Erinnerung: 1:6,2 ohne Berücksichtigung etwaiger Fehlzeiten. Dies ist die bittere Wahrheit nach dreieinhalb Jahren SPD-Senat. Hieran muss sich etwas ändern. Satt und sauber allein reicht nicht, gute frühkindliche Betreuung und Bildung ist mehr als Bildungsempfehlungen mit sinnvollen Zielsetzungen, die in der Praxis oftmals aus zeitlichen Gründen keine Berücksichtigung finden.

Alle Experten, die sich mit frühkindlicher Bildung und Betreuung beschäftigen, sehen in Hamburg dringenden Handlungsbedarf; darauf hat der Kollege Ritter auch schon hingewiesen. Deshalb fordern die Verbände, Erzieher und Eltern auch 25 Prozent mehr Personal für eine bessere Bildung unserer Kinder und für bessere Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen, die derzeit unter der täglichen Last fast zusammenbrechen. Aber was macht der Senat? Anstatt die berechtigte Kritik endlich ernst zu nehmen und die notwendigen Verbesserungen der Betreuungsschlüssel zumindest anzugehen, weist er die Forderungen als unbezahlbar zurück. Er rühmt sich lieber mit der Einlösung seiner Wahlversprechen, vor allem aber der eingeführten Beitragsfreistellung. Das ist es, was Sie tun. Senator Scheele, Sie drücken sich vor Ihrer Verantwortung, indem Sie verlangen, dass die Kita-Träger dringend erforderliche Verbesserungen aus eigenen Mitteln bestreiten, und sehen den Bund in der Pflicht. Den Kita-Trägern wird immer mehr aufgebürdet, aber der Bund hat die Länder bis 2014 bereits mit 4,5 Milliarden Euro beim Ausbau und den Betriebskosten unterstützt. Allein Hamburg hat 61,6 Millionen Euro erhalten und wird nochmals 13,6 Millionen Euro erhalten, insgesamt also 75 Millionen Euro. Das ist viel Geld, was Sie sinnvoll in die Betreuung frühkindlicher Erziehung investieren können.

Meine Damen und Herren! Selbst der LEA war bereit, die Beitragsfreistellung aufzuschieben, um das Geld für bessere Betreuung zu nutzen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ein Jahr!)

Aber der Erste Bürgermeister und Senator Scheele haben dieses vernünftige Angebot leichtfertig ausgeschlagen, damit sie ihre kurzsichtigen Wahlversprechen einlösen können. Gutes Regieren sieht aus Sicht der Christdemokraten anders aus.

(Beifall bei der CDU)

Letzte Woche haben wir im Familienausschuss gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen eine öffentliche Anhörung durchgesetzt. Wir wollen damit allen Erzieherinnen und Erziehern, den Kita-Eltern und der interessierten Öffentlichkeit eine öf-

(Ralf Niedmers)

fentliche Plattform geben, ihre berechtigten Anliegen direkt vorzutragen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Dann können Sie ja mal Ihre Gebührentabelle vorstellen!)

Der SPD-Senat muss sich mit diesen konkreten Forderungen endlich auseinandersetzen. Das Motto "Hauptsache billig" schadet unseren Kindern nachhaltig. Wir Christdemokraten fordern den Senat auf, endlich sein Augenmerk auf die Qualität der frühkindlichen Erziehung und Bildung zu richten. Hamburg darf nicht länger Schlusslicht der westdeutschen Bundesländer bleiben.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Und wo ist die Gebührentabelle von euch?)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Fegebank von den GRÜNEN das Wort.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich zitiere aus einer Pressemeldung des Deutschen Kinderhilfswerks von heute – um 12.48 Uhr ist sie über die Verteiler gegangen – mit der Überschrift: "Frühkindliche Bildung braucht Qualität" – ein ganz entscheidender Satz, der uns vor Augen führt, dass das Thema Qualität bei der Kinderbetreuung in den Kitas ein Dauerbrenner ist, dem wir alle unsere volle Aufmerksamkeit schenken sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war erst die Einleitung für das Zitat, da braucht man nicht unbedingt zu applaudieren.

(*Sören Schumacher SPD:* Das war ein Geschenk an dich!)

– Genau, das nehme ich als Geschenk an.

"Ohne eine Sicherstellung guter Qualität werden wir in unseren Kindertageseinrichtungen Schiffbruch erleiden. Und das auf dem Rücken der Kinder, der Erzieherinnen und Erzieher und letztlich auch auf dem Rücken der Eltern."

Es ist sicher richtig, dass der Bund nicht aus der Verantwortung entlassen werden darf, wenn man das Thema deutschlandweit und auch in den Ländern und Städten weiter bewegen will.

(Beifall bei der SPD)

Aber eines ist doch auch klar: Kindertagesbetreuung war bis vor wenigen Monaten, vielleicht sogar bis vor ein paar Wochen das Aushängeschild des Senats. Frau Leonhard hat eben noch einmal ganz eindrücklich die einzelnen Schritte dargestellt, die Sie in den letzten dreieinhalb Jahren unternommen haben, um hier etwas auf den Weg zu bringen. Aber wir nehmen doch jetzt in der Öffentlichkeit und in den Gesprächen mit den Betroffenen nicht nur erste Risse wahr, sondern stellen auch fest, dass der Vertrauensvorschuss für Sie, den Sie zu Anfang der Legislaturperiode noch hatten, inzwischen aufgebraucht ist; das sehen wir auf der Straße. Letzte Woche bei der Kita-Demonstration hat das Kita-Netzwerk Hamburg rund 5000 Personen auf die Straße gebracht,

(*Sören Schumacher SPD:* Das werden von Minute zu Minute 1000 mehr!)

Eltern, Erzieherinnen und Erzieher. Sie sitzen nicht nur auf dem Baum mit ihrer Kritik, sondern sind auf die Straße gegangen.

Und es ist doch auch interessant zu beobachten, dass Sie, Herr Senator, und auch der gesamte Senat hier immer mehr Bündnispartner verlieren. Wir erleben, dass Elternvertreter vom LEA deutlich auf Distanz zur SPD gehen, wir erleben, dass die Wohlfahrtsverbände den Verhandlungstisch verlassen, und auch der natürliche Bündnispartner der SPD, die Gewerkschaften, schreiten jetzt nicht mehr Seite an Seite in Sachen Kita mit der SPD, sondern im Gegenteil. Wir erleben, dass ver.di und GEW mobilisieren und das inzwischen gegen die eigene Senatspolitik. Das tun sie zu Recht, denn die Betreuung gerade von Krippenkindern ist nicht mehr kindgerecht. Kitas müssen mehr sein als ein reiner Aufbewahrungsort.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Robert Heinemann* und *Dietrich Wersich, beide CDU*)

Es ist vorhin schon angesprochen worden, und es wird auch nicht das erste Mal darüber gesprochen, welche Erwartungen an Kitas gestellt werden, welche Leistungen Kitas erbringen müssen. Das haben Sie auch betont und es ist im Prinzip richtig. Und wenn wir in die Hamburger Bildungsempfehlungen schauen, dann ist es eine ganze Latte an Anforderungen, die Kitas erfüllen sollen. Ich nenne nur ein paar, vom wesentlichen Beitrag zum Kinderschutz, den wir jetzt in der Debatte über Yagmur erleben, gar nicht zu reden. Kitas sollen Orte der Bildung sein. Sie sollen in vielen Bereichen Wissen vermitteln über Körper, Gesundheit, soziale und kulturelle Umwelt, Sprache, Schriftkultur, Musik und Mathematik. Sie sollen die demokratische Teilhabe von Kindern fördern, den Übergang in die Schule gestalten, die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz fördern und gleichzeitig auch ein Ort einer zuverlässigen, fürsorglichen und emotional sicheren Betreuung sein.

Dann frage ich mich, wie das in der Praxis funktionieren soll, wenn der Betreuungsschlüssel seit Jahren auf dem Niveau von vor zehn Jahren stagniert. Das kann nicht funktionieren, und das müssen wir auch Ihnen, Herr Scheele, sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Katharina Fegebank)

Herr Ritter hatte es vorhin angesprochen. Vielleicht war es etwas unbedacht von Ihnen, als Sie öffentlich gesagt haben – ich war nämlich ganz erstaunt und die GEW hat es sehr deutlich als beratungsresistent oder auch unverfroren beschrieben –, die Kitas sollten doch selbst für mehr Personal sorgen und sehen, woher sie das Geld dafür nehmen. Sie tragen die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, und es ist auch Ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Kleinsten ein gutes, frühkindliches Angebot bekommen. Die Frage der Kita-Qualität wird die entscheidende Frage in den nächsten Monaten sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass Sie als SPD-Fraktion das alles so mittragen, finde ich bemerkenswert, denn wenn die Betreuung und die Qualität auf der Strecke bleiben, dann bleibt natürlich auch Bildungsgerechtigkeit, ein zentrales sozialdemokratisches Thema, auf der Strecke. Wir werden in die Haushaltsberatungen Anträge einbringen, die in Sachen Kita-Qualität einen Schritt nach vorn gehen. Und wir hoffen natürlich dort auf Unterstützung von Ihrer Seite. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE setzt sich schon seit Langem für eine bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung und Erziehung ein. Das hat Herr Yildiz im Ausschuss und im Plenum immer wieder deutlich gemacht.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon in der Volksinitiative "Frühkindliche Bildung" haben wir uns gemeinsam mit dem Landeselternausschuss, den Gewerkschaften, dem SOAL e.V. und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband für verbesserte Personalschlüssel eingesetzt. Frau Leonhard hat darauf hingewiesen, dass Olaf Scholz kurz vor der letzten Bürgerschaftswahl Forderungen der Volksinitiative als Teil des Regierungsprogramms übernommen und in 280 Kitas in den sozialen Brennpunkten diese Schlüssel im "Kita-Plus"-Programm umgesetzt hat. Das haben wir begrüßt und das haben wir mitgetragen.

(Beifall bei der SPD und bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Aber es ist nicht alles, was vereinbart wurde. Jetzt gilt es, das Versprechen umzusetzen, dass weitere Schritte der Qualität folgen und die Verbesserungen auf alle Kitas übertragen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zurzeit haben wir in Hamburg bei den Dreijährigen eine Erzieher-Kind-Relation von 1:7,6 und bei den Sechsjährigen von 1:12,5. Viele haben schon vor mir darauf hingewiesen, dass wir den schlechtesten Personalschlüssel aller westlichen Bundesländer haben, und die Folgen sind absehbar. In den Kitas erfolgt die Betreuung der Kinder nach der Methode satt und sauber. Das ist Quantität, aber keine Qualität.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Das hat mit frühkindlicher Bildung nichts zu tun, das kann man schon bei Fröbel, dem Erfinder des Kindergartens, nachlesen.

(*Gabi Dobusch SPD:* Ach, das ist doch alles übertriebener Quatsch!)

Die Folgen für die Beschäftigten sind ebenfalls verheerend. Die Erzieherinnen und Erzieher sind durchschnittlich nach zehn Jahren erschöpft, die Krankenstände sind hoch und werden immer höher. Auch deshalb unterstützen wir die Forderung nach 25 Prozent mehr Personal in den Kitas.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, nämlich zu Personalschlüsseln, wie sie Fachleute und Verbände und auch die Bertelsmann Stiftung vorschlagen. Da die CDU so vehement auftritt – Sie reden sogar von Widerstand, das habe ich selten von Ihnen gehört, aber es sind Wahlkampfzeiten, dann kommt so etwas zustande –, muss man sagen, dass diese Forderung nach 25 Prozent mehr Personal aus den Kürzungen von durchschnittlich 12 bis 13 Prozent bei den Betreuungsschlüsseln resultiert, die die CDU-Alleinregierung Ende 2004 mit der Sozialsenatorin Schnieber-Jastram beschlossen hat. Ich finde es schon mutig, dann hier so aufzutreten.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel SPD – Dietrich Wersich CDU:* Stimmt nicht, stimmt nicht!)

Die CDU will – das wurde im Familienausschuss auch deutlich – nur die Erzieher-Kind-Relation bei den unter Dreijährigen Krippenkindern verbessern. Das ist zu kurz gedacht. Alle Kitas brauchen Verbesserungen, und die Verbände benötigen dafür nach ihren eigenen Zahlen rund 63 Millionen Euro jährlich, die verteilt über die Jahre dann angestrebt werden sollen. Nun kommen Sie bestimmt wieder mit der Schuldenbremse, Ihrem Totschlagargument für all das, was Sie politisch nicht wollen.

Das Geld dafür ist da, es geht aus unserer Sicht um politische Schwerpunktsetzung in Richtung Bildung. Dazu können die Steuermehreinnahmen genauso dienen wie das Generieren von Mehreinnahmen, zum Beispiel durch zusätzliche Steuerprüfer. Dass wir als LINKE eher die Qualität der frühkindlichen Bildung stärken wollen als das Viel-

(Dora Heyenn)

fache davon in eine Gartenschau, in ein Busbeschleunigungsprogramm oder in die Olympiade zu stecken, versteht sich von selbst.

(Beifall bei der LINKEN)

Langfristig brauchen wir Ganztagsplätze für alle Kinder, beitragsfrei und steuerfinanziert. Wir sind zutiefst überzeugt, dass davon die gesamte Gesellschaft profitiert, weil es ein Beitrag ist, um die soziale Spaltung abzumildern, und das ist dringend geboten.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem werden dadurch Ausgaben in nachgelagerten Sozialsystemen vermieden, und die Haushalte werden sogar, wenn man das volkswirtschaftlich berechnet, langfristig entlastet. Dass der Bund an der Finanzierung beteiligt werden muss, ist aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung heraus unabdingbar. Ein Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr heißt auch, dass man die Länder und Kommunen nicht allein die Kosten tragen lassen kann. Der Bund muss sich an der Finanzierung, und zwar nicht nur beim Bau der Kitas, beteiligen. Es muss für Sie, Herr Senator Scheele, doch ein Klacks sein, das zu schaffen, wenn Sie es denn wollen. Die SPD ist schließlich in der Großen Koalition, und Ihr Koalitionspartner, die CDU, hat heute ganz deutlich gemacht, sie wolle es auch. Also dann mal los.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Ritter von der FDP-Fraktion das Wort. Wir haben noch zwei Minuten Redezeit.

Finn-Ole Ritter FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nach dem Beitrag von Frau Leonhard noch einmal etwas klarstellen. Das Verhalten kennen wir schon von der SPD. Wenn Ihre eigenen Projekte finanziert sind, kein Geld mehr da ist…

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, wie ist denn deine Finanzierung?)

– Meine Finanzierungsvorschläge mache ich in den Haushaltsberatungen, ich bin nicht im Senat, das ist nicht meine Aufgabe. Sie haben sich doch entschieden zu sagen, wir geben die 80 Millionen Euro für die Beitragsbefreiung aus. Das war Ihre Entscheidung, und jetzt ist kein Geld mehr übrig für Qualität. Stehen Sie doch endlich einmal dazu.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dazu stehen wir ja auch! Wir haben genau das gemacht, was wir versprochen haben!)

Aus Ihrer Methode haben sich jetzt die Proteste entwickelt, weil entweder mehr versprochen wurde oder weil die Eltern und die Kita-Leitungen einfach mehr wollten. Ich nenne Ihnen ein praktisches Beispiel, worum es eigentlich geht und wie die Kitas mittlerweile arbeiten müssen. Es geht um die Bildungsempfehlungen, die wir tatsächlich weiterentwickelt haben und die auch verbessert wurden durch den Anspruch an unsere Qualität. Nun kommt bei der Schlüsselstudie heraus, dass nur 50 Prozent der Fach- und Leitungskräfte diese Bildungsempfehlungen kennen und sie überhaupt in den Kita-Alltag mit eingearbeitet haben. Das ist doch eine Ressourcenfrage, die dringend abgeschafft werden muss.

(*Gabi Dobusch SPD:* Eine Ressourcenfrage!)

Deswegen sind wir dafür, endlich Ressourcen für mehr Qualität zu schaffen. Das haben Sie durch Ihre politische Prioritätensetzung nicht gemacht, und damit haben Sie die Verantwortung für die Situation. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Damit sind wir für heute am Ende der Aktuellen Stunde. Wir werden sie morgen mit dem fünften Thema fortsetzen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf die Punkte 2, 3 und 3a, Drucksachen 20/13200, 20/13364 und 20/13498, Wahl von acht Beisitzenden und deren Stellvertretungen für den Landeswahlausschuss für die Wahl zur Bürgerschaft am 15. Februar 2015 sowie die Wahlen eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl von acht Beisitzenden und deren Stellvertretungen für den Landeswahlausschuss für die Wahl zur Bürgerschaft am 15. Februar 2015
– Drs 20/13200 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drs 20/13364 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drs 20/13498 –]

Die Fraktionen haben hierzu vereinbart, dass die drei Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze be-

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

ziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des jeweiligen Stimmzettels führen. Nehmen Sie bitte Ihre Wahlentscheidungen vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf nun Frau Timmermann und Herrn Wankum bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel anzufangen. – Sind alle Stimmzettel eingesammelt worden? – Das ist der Fall. – Dann ist der Wahlgang geschlossen.

Ich bitte um die Auszählung der Stimmen. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll gegeben.**

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 5, Drucksache 20/12843, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Das Hamburger Integrationskonzept: Entwicklung der Integrationsindikatoren.

[Große Anfrage der SPD-Fraktion:
Das Hamburger Integrationskonzept: Entwicklung der Integrationsindikatoren
– Drs 20/12843 –]

Herr Abaci von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hamburg ist eine attraktive Stadt. Sie ist eine Stadt der Internationalität und Diversität. Dazu haben auch die Menschen, die aus anderen Ländern zugewandert sind, einen großen Beitrag geleistet. Unsere Stadt hat einen guten und vielleicht manchmal zu häufig beschworenen Ruf, liberal und weltoffen zu sein. Diesen Ruf muss sich Hamburg immer wieder neu verdienen und erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Als Zentrum einer großen Metropolregion hat Hamburg die Chance, den Hamburgerinnen und Hamburgern große Möglichkeiten zu bieten. Das betrifft Wohnen, Arbeiten, Mobilität, die Möglichkeit, sich etwas aufzubauen, ein selbstbestimmtes Leben inmitten urbaner Infrastruktur, Kultur und Natur. Diese Chancen und Angebote wollen wir auch unseren Kindern durch gute Bildung und Ausbildung von der Kita bis zum Studium oder zu einem Hamburger Meisterbrief ermöglichen. Das alles können wir in Hamburg, und wir können es, weil wir so viele unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen in unserer Stadt versammeln.

Meine Damen und Herren! Wenn Menschen aus mehr als 180 Nationen in Hamburg leben, dann bedeutet das unter anderem, dass wir uns einer der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich annehmen müssen: der Integration. Der Senat hat unser Eckpunktepapier von 2012 aufgegriffen und das alte Handlungskonzept der Vorgängersenate abgelöst. Das neue Konzept ist mit konkreten und überprüfbaren Indikatoren und Zielwerten verbunden. Auf diese Weise und durch das Controlling soll die Erreichung der Ziele operationalisierbar und konkret überprüfbar sein. In dem neuen Konzept hat Hamburg als bundesweiter Vorreiter Flüchtlinge mit Bleibeperspektive als Zielgruppe der Integrationspolitik bewusst mit aufgenommen. Das ist eine gute Voraussetzung, um angesichts der Zunahme der Flüchtlingszahlen die Anstrengungen zur Integration auch dieser Menschen zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Das Hauptziel des Integrationskonzepts ist, die chancengerechte und messbare Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erreichen. Zentrale Strategien sind dabei die interkulturelle Öffnung der Regelstrukturen und der Abbau struktureller Diskriminierung. Das Konzept umfasst eine Vielzahl von Teilzielen mit insgesamt mehr als 140 Indikatoren zur Messung des Integrationserfolgs. Wie die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage zeigt, haben sich viele dieser Indikatoren seit der Verabschiedung des Konzepts positiv entwickelt, und das ist sehr erfreulich.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der frühkindlichen Bildung hat sich die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund, die Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen, sehr stark erhöht. Das ist präventive und aktive Chancengerechtigkeit und auch eine Investition in die Zukunft, und das ist richtig so.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Bereich der Bildung sind der Großen Anfrage positive Zahlen zu entnehmen. Die Zahl derjenigen, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen, nimmt stetig ab. Und die Zahl derjenigen, die das Abitur schaffen, hat sich auf 43 Prozent erhöht.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Abaci, ich wollte nur ein wenig um Gehör bitten. Herr Abaci hat das Wort.

Kazim Abaci SPD (fortfahrend): Das ist ein Verdienst unserer guten Schulpolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

**Wahlergebnisse siehe Anlage, Seite 7363 ff

(Kazim Abaci)

Frühkindliche Bildung und Schulpolitik sind eine Investition in Humankapital. Davon profitieren alle, unabhängig davon, welche Hintergründe sie haben. Das ist ein zentrales und wichtiges Element der urbanen Metropolpolitik in Hamburg, und das ist auch weiterhin richtig. Wichtig ist auch, dass im Bereich der Erziehungskompetenzen von Eltern mit Migrationshintergrund eine starke Zahl im Vergleich zur Sollzahl zu verzeichnen ist. Auch im Bereich der Integrationskurse haben wir positive Zahlen zu verzeichnen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Modellprojekt des HIBB hinweisen, bei dem es darum geht, minderjährigen Flüchtlingen Zugang zur Ausbildung zu ermöglichen. Dieses Modellprojekt verbindet Berufsvorbereitung mit dem Lernen von berufsbezogenem Deutsch und ermöglicht damit eine dualisierte Ausbildung. Das ist ebenfalls ein wichtiger Beitrag zur Integration von Flüchtlingen in Richtung Ausbildung und Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Auch im Bereich Arbeitsmarkt, was das Anerkennungsverfahren von ausländischen Abschlüssen angeht, ist Hamburg unter anderem mit einer Nominierung des Beratungsanspruchs im Gesetz vorbildlich. Die Zahlen zeigen, dass von April 2012 bis Ende 2013 etwa 1200 Voll- oder Teilanerkennungen stattgefunden haben. Das bedeutet eine Entlastung des Arbeitsmarkts und ist ein wichtiger aktiver Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Alle diese Vorgänge wie Einbürgerungszahlen, frühkindliche Förderung, Bildungs- und Berufschancen oder Diskriminierungsabbau werden einem Controlling unterworfen und dann wird Bilanz gezogen. Integration wird endlich berechenbar und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Mit dem Konzept wird nicht Vorsorgepolitik betrieben. Wir betrachten Menschen mit Migrationshintergrund nicht als problembeladene Randgruppe, der vordringlich caritativ geholfen werden muss. Vielmehr sind sie ein elementarer Bestandteil der Hamburger Bevölkerung in den verschiedensten sozialen Bezügen. Diese Hamburgerinnen und Hamburger haben Kompetenzen und Fähigkeiten, die es zu fördern gilt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Nun hat Herr Haufler von der CDU-Fraktion das Wort.

Nikolaus Haufler CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Viele Zuwanderer in dieser Stadt sind aus Ländern nach Deutschland gekommen, in denen mit Sozialismus und Planwirtschaft regiert worden ist. Diese Menschen können sich sehr gut daran erinnern, wie die Regierungen dort Fünfjahrespläne aufstellten und sich selbst regelmäßig dafür bejubelten, dass die Planziele übererreicht worden sind. Wir fordern die SPD auf, folgen Sie nicht diesem Beispiel, seien Sie ernsthaft beim Thema Integration, und hören Sie auf, sich immer wieder selbst zu bejubeln.

(Beifall bei der CDU)

Klar ist, wir Christdemokraten unterstützen die Erhebung von Zahlen, von Daten und von Fakten zum Stand der Integration in unserer Stadt. Wir haben dies sowohl in der vorigen als auch in dieser Legislaturperiode mit Nachdruck vorangetrieben. Fakten sind unser bester Schutz gegen den blinden Aktionismus, sie sind unser bester Schutz gegen die unerträgliche Diffamierung unseres Gesellschaftssystems von linken Moralaposteln, und Fakten sind unser bester Schutz gegen die blinde Hetze der Rechtsextremisten in unserem Land, wenn es um das Thema Integration geht. Aber ein Sammelsurium von Fakten allein reicht nicht, wenn man ein systematisches Vorgehen zur Verbesserung der Integration aufbauen möchte.

Sehr geehrte Kollegen! Ich möchte Ihnen gern eine Kennzahl aus der Antwort des Senats vorlesen, und ich lasse Sie dann selbst beurteilen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Wir können sie auch selber lesen!)

wie relevant diese Zahl für den Fortschritt der Integration in unserer Stadt ist. Es ist eine Kennzahl aus Kapitel IV, Teilziel 2.3: Anzahl der im Jahresprogramm angebotenen Veranstaltungen der sozialpädagogischen Fortbildung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der OKJA offenstehen – OKJA steht für Offene Kinder- und Jugendarbeit. Zielwert für diese Kennzahl ist für diesen Senat vier pro Jahr, die Zielerreichung per 30. Juni 2014 beträgt zwei. Bewertung: Der Zielwert wird bis zum Jahresende erreicht.

Was sagt uns diese Kennzahl? Ich bin mir sicher, dass der Besuch dieser vier Veranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Offenen Kinder- und Jugendarbeit interessant und lohnenswert war, aber ein Kennzahlensystem, welches so wichtige Zahlen wie die Anzahl der Schulabbrecher oder die Arbeitslosenquote unter Zuwanderern auf der gleichen Ebene behandelt wie diese vier Veranstaltungen, ist schlicht und ergreifend nicht effektiv. Es verleitet geradezu dazu, sich selbst auf die Schultern zu klopfen, wie Sie es eben gemacht haben, und zu sagen, in den meisten Feldern habe man den Plan übererfüllt; vier Veranstaltungen schaffe man dieses Jahr.

Wir Christdemokraten sagen Ihnen klar, konzentrieren Sie sich lieber auf das Wesentliche, und das sind für uns folgende drei Punkte: Sprache, Bildung, Arbeit. Das muss man zum Glück heute

(Nikolaus Haufler)

nicht mehr großartig begründen, und das ist auch in Ihrer Rede, Herr Abaci, in den Mittelpunkt gerückt worden. Beispiel Arbeit: In Kapitel III, Teilziel 2.2, Indikator b) Arbeitslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund – Rechtskreis SGB III, hat der Senat keinen Zielwert, und den Ist-Stand vom März 2014 geben Sie mit 37,4 Prozent an. Für den Rechtskreis SGB II geben Sie 56,3 Prozent an. Ich möchte an dieser Stelle sehr stark bezweifeln, dass wir in dieser Stadt eine Arbeitslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund in Höhe von 56 Prozent haben. Wenn Sie eine Zeile darüber lesen – das können Sie ruhig jetzt machen, Herr Kollege Abaci –, dann sehen Sie doch, dass die Arbeitslosenquote von Ausländern bei 15,2 Prozent liegt, und so unterschiedlich hoch können die beiden Zahlen niemals sein. Sie haben also schlicht und ergreifend in Ihrem enormen Sammelsurium von Fakten an einer zentralen Stelle, vielleicht sogar an der zentralsten Stelle, in dieses Papier eine falsche Zahl hineingeschrieben. Das ist weder Ihnen, Herr Kollege Abaci, aufgefallen noch den zahlreichen Staatsräten, die in der Lenkungsrunde Integration dieses wichtige Thema bearbeiten sollen, und das ist schlicht und ergreifend peinlich.

(Beifall bei der CDU)

Selbst wenn Sie eine richtige Zahl hineingeschrieben hätten und es niemandem von Ihnen auffällt, dass nicht jeder zweite Immigrant arbeitslos ist, dann widmen Sie dieser wichtigen Zahl in Ihrem Konzept viel zu wenig Aufmerksamkeit. Eine so zentrale Zahl muss ich doch von allen Seiten betrachten. Wie viele langzeitarbeitslose Zuwanderer haben wir in Hamburg? Welche Ausbildung haben diese Menschen? Welche Sprachkenntnisse haben diese Menschen? Aus welchen Ländern kommen sie? Wie alt sind sie? Das alles ist doch wichtiger, als die Zahl der Fortbildungsveranstaltungen, nämlich vier, in dieses Konzept hineinzuschreiben. Das alles tun Sie einfach nicht, denn es ist auch viel einfacher, rein inputorientiert zu sagen, ich mache hinter vier Veranstaltungen im Jahr einen Haken, als outputorientiert zu denken und echte Resultate bei einem so wichtigen Thema wie Arbeitslosigkeit zu bringen.

Auch im zentralen Bereich der Sprache und der Bildung ist dies ähnlich. Eine wesentliche Kennzahl ist für uns beispielsweise der Abiturientenanteil. Ich habe den Senat deshalb schon im Juni 2011 gefragt, wie hoch der Abiturientenanteil von jungen Menschen ist, die selbst oder deren Eltern als Zuwanderer nach Hamburg gekommen sind, denn es hatte mich damals die Nachricht erreicht, dass nicht etwa die Kinder deutscher Eltern den höchsten Abiturientenanteil in unserem Land hätten, sondern die Kinder vietnamesischer Eltern mit einem Anteil von 66 Prozent. Bei den Kindern der russlanddeutschen Aussiedler liegt er bei 46 Prozent gleichauf mit den hiesigen deutschen Kindern. Nun ist die wichtige Frage, was uns diese Zahl sagt. Diese Zahl zeigt uns doch, welche enorme Rolle das Elternhaus beim Bildungserfolg der Kinder spielt. Daraus muss man wesentliche Schlüsse auf die Politik in einer solchen Stadt wie Hamburg ziehen. Also wollte ich vom Senat wissen, wie hoch der Abiturentenanteil in unserer Stadt nach Herkunftsland oder nach Herkunftssprache der Kinder ist.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Liest du uns jetzt deine ganzen Kleinen Anfragen vor, oder was?)

Der Senat hat mir die Antwort aber mit einer fadenscheinigen Begründung verweigert, denn es passt nicht in das Weltbild dieses Senats festzustellen, dass die Abiturientenquoten je nach Herkunftsland enorm variieren, auch bei gleicher sozialer Ausgangslage der Elternhäuser, und dass demnach auch die Einstellung der Eltern zum Thema Bildung einen wesentlichen Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder haben muss. In Ihrem Integrationskonzept erheben Sie zum wesentlichen Erfolgsfaktor der Integration – Zitat – "den Abbau struktureller Diskriminierung". Daten, die zu diesem Weltbild nicht passen, wollen Sie schlicht nicht sehen.

Wir wollen hier einen anderen Weg gehen. Wir haben keine Angst vor Daten und Fakten. Wir legen unsere Antworten nicht anhand einer Ideologie fest, sondern anhand der Realität, und wir erhalten enormen Zuspruch seitens der Zuwanderer in diesem Land. Erst vor zwei Wochen hat sich die Bundeskanzlerin zu einer großen Integrationskonferenz mit vielen Zuwanderern getroffen, die uns Christdemokraten auf diesem Weg unterstützen. Die "Welt" schreibt dazu – ich zitiere –:

> "Bei den später stattfindenden Diskussionsrunden stellen gleich mehrere Teilnehmer unter großem Applaus fest, ein Engagement bei der SPD sei für sie nie infrage gekommen, weil man dort 'wie ein Opfer' behandelt werde."

Sehr geehrte Damen und Herren! Hören Sie auf, die Zuwanderer wie Opfer zu behandeln und verzichten Sie auf den diffamierenden Begriff der strukturellen Diskriminierung. Stellen Sie die Fakten in den Vordergrund, setzen Sie ergebnisorientierte Prioritäten und hören Sie auf, sich selbst zu bejubeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Demiral von der GRÜNEN Fraktion.

Phyliss Demirel GRÜNE:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil Herr Abaci gesagt hat, dass es ein großer Erfolg sei,

(Phyliss Demirel)

dass viele Jugendliche mit Migrationshintergrund gute Schulabschlüsse haben oder Abitur machen, möchte ich vorab sagen, dass dies nicht zu den SPD-Erfolgen gehört, sondern dass das neue Schulsystem dies vielen Jugendlichen ermöglicht. Auch die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen beruht auf der Initiative von Schwarz-Grün und auch auf unserem GRÜNEN-Antrag hier in der Bürgerschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, welche Antworten Sie auf die Große Anfrage bekommen haben, denn ich habe gedacht, es müssen zwei Drucksachen gewesen sein. Was wir bekommen haben, stimmt nicht mit Ihren Erläuterungen überein.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Wie bei jeder Drucksache der SPD fängt auch diese mit einem Eigenlob an – der Wahlkampf hat begonnen –, und so hören wir, wie toll die SPD in Hamburg alles macht.

(*Kazim Abaci SPD:* Das stimmt doch gar nicht! Wo steht das denn?)

Dieses Eigenlob hilft Ihnen aber auch bei dieser Drucksache nicht weiter. Sie behaupten, das wäre das erste Konzept mit konkreten und überprüfbaren Indikatoren und Zielwerten et cetera. Das mag sein, aber das Papier und die Umsetzung sind zwei Paar Schuhe; Papier ist geduldig. Ich finde es heute überhaupt etwas schwierig, zu einzelnen Bereichen dieses Konzepts Stellung zu nehmen, weil bei vielen Indikatoren die Zielangaben fehlen oder Daten zurzeit nicht verfügbar sind. An einigen Stellen haben Sie die Indikatoren auch geändert, das heißt, was nicht passt, wird passend gemacht. Daher werde ich nur einige Stellen herauspicken und dazu reden.

Sehr amüsant war auch die Fragestellung, wie der Senat die Fortschritte hier und da bewertet. Wie soll der Senat die eigene Arbeit bitte schön bewerten? Schlecht oder gut? Sie bezeichnen es als Erfolg, dass die bleibeberechtigten Flüchtlinge erst einmal in das Integrationskonzept des Senats aufgenommen wurden, und Sie sagen, dass der Senat konsequent an der Verbesserung der Teilhabechancen von Flüchtlingen arbeitet. Wenn ich mir aber Ihre Tagespolitik anschaue, dann ist das alles andere als das, was Sie in diesem Konzept beschreiben. Sie reden von Teilhabechancen von Flüchtlingen, kürzen aber die Mittel für Sprachkurse im Haushalt, obwohl die Flüchtlingszahlen steigen. Die ESF-BAMF-Kurse werden auch nicht mehr im bisherigen Rahmen gefördert, sodass der Zielwert in Ihrem Konzept für 2015 nicht mehr erreicht werden kann. Das steht auch in der Großen Anfrage. Was tun Sie dagegen, meine Damen und Herren? Im Bereich Sprachförderung von geduldeten Asylbewerbern wurde das Ziel für 2015 zum Beispiel schon 2013 erreicht. Die Flüchtlingszahlen steigen, aber Ihr Zielwert stagniert weiter. Was werden Sie hier tun? Insbesondere bei den Sprachkursen und berufsbezogenen Sprachkursen ist die Nachfrage auf allen Niveaustufen sehr hoch. Hier müssen auch andere Finanzierungswege gefunden werden, beispielsweise über die Agentur oder über die Jobcenter.

Es ist gut, dass Flüchtlinge nun nach drei Monaten arbeiten dürfen, aber welche Jobs werden sie ausüben müssen, wenn sie keine Möglichkeit bekommen, Deutsch zu lernen und sich weiterzubilden, abgesehen davon, dass die Vorrangregelung auf dem Arbeitsmarkt ein weiteres Problem für diese Gruppe darstellt. Nach außen ist alles schön, aber Sie müssen einmal hinter die Fassade schauen und sich die Realität ansehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie kümmern sich nur um einen Teil der Flüchtlinge, nämlich um die, die als Fachkraft tauglich sein könnten oder um gut integrierte Jugendliche; die dürfen auch bleiben. Teil Ihrer Flüchtlingspolitik in Hamburg ist auch, die Lampedusa-Flüchtlinge seit zwei Jahren auf der Straße stehen zu lassen.

(Beifall bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Von der Abschaffung der Residenzpflicht wollten Sie auch nichts wissen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Aber wir haben es doch gemacht! Das ist von vorgestern, was Sie da vertreten!)

Im Bereich Erhöhung des Anteils qualifizierten pädagogischen Personals mit Migrationshintergrund, wo sie den Anteil von Neueinstellungen nicht erhöhen wollten, ändern Sie den Indikator und nehmen den allgemeinen Anteil der Lehrkräfte mit Migrationshintergrund an den staatlichen Schulen als Messwert. Darüber hinaus reduzieren Sie den Zielwert von 20 Prozent auf 11 Prozent. Hamburg hat das Ziel, die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Verwaltung auf 20 Prozent zu erhöhen. Die staatlichen Schulen gehören nach meinem Verständnis auch dazu, und das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auch noch nicht vergessen, liebe SPD, dass Sie den Fachbereich Turkologie auf Lehramt abgeschafft haben. So werden Sie die muttersprachlichen Kompetenzen der Kinder nicht weiter stärken können.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Kazim Abaci SPD:* Wir nicht! – *Dirk Kienscherf SPD:* Die gibt es, das begreifen Sie einfach nicht!)

Seit 2006 und der Kampagne "Wir sind Hamburg! Bist du dabei?" haben sich die Werte verdreifacht, wie Sie hier auch selbst beschreiben. Aber wenn ich mir Ihre Regierungszeit anschaue, dann haben

(Phyliss Demirel)

Sie in diesem Bereich kaum Fortschritte gemacht. Das Ziel der schwarz-grünen Regierung von 16 Prozent war schon 2011 mit 16,5 Prozent erreicht. Was haben Sie seit 2011 in dieser Richtung getan?

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Warum sind Sie aus der Koalition gegangen?)

Nach den Statistiken des Personalamts haben 20,3 Prozent der Lehrkräfte an den Hochschulen einen Migrationshintergrund. Das ist gut, aber diese Quote ist nur glänzende Fassade, meine Damen und Herren. Wenn Sie noch einmal einen Blick darauf werfen, dann werden Sie jede Menge befristete Beschäftigungsverhältnisse und Honorarkräfte feststellen. Hier müssen Sie also auch dringend etwas unternehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt auch für Ihre Einbürgerungskampagne. Sie haben im Jahr 2012 eine Steigerung von 1,7 Prozent erreicht; 2013 waren die Zahlen viel besser, das muss man anerkennen. Nun stagnieren die Zahlen.

(*Kazim Abaci SPD:* Aber das ist doch normal!)

Das begründen Sie mit der Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft vor der Bundestagswahl. Das ist für Sie der Grund für die Zurückhaltung, und damit können Sie recht haben. Sie waren doch auch diejenigen, die im Bundestagswahlkampf hoch und heilig versprochen haben, dass Sie die doppelte Staatsbürgerschaft einführen werden, wenn Sie im Bund an die Regierung kommen. Was ist dann passiert? Pustekuchen, da war nichts.

(*Gerhard Lein SPD:* Zu wenig, aber Pustekuchen ist Quatsch!)

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum die Einbürgerungszahlen stagnieren. Sie haben in diese Kampagne des Bürgermeisters eine halbe Million Euro investiert und 140 000 Menschen angeschrieben. Das waren nicht nur Menschen, die wirklich die Voraussetzungen erfüllen können, sondern es wurden alle Menschen angeschrieben.

(*Gerhard Lein SPD:* Aber die Möglichkeiten ausschöpfen, das ist es!)

Nun stagnieren die Zahlen, weil Sie nicht alle einbürgern können und sich von diesen 140 000 Menschen – wenn man sich die Beratungsgespräche in der ganzen Zeit anschaut – nur etwa 10 Prozent zurückgemeldet haben. Auch hier müssen Sie nachbessern. Mit Ihrer Briefkampagne werden Sie nicht mehr Menschen für die Einbürgerung gewinnen können. Es gibt andere Gründe, warum sich die Menschen nicht gern einbürgern lassen. Daran müssen Sie auch einmal arbeiten.

Meine Damen und Herren! Im Bereich Antidiskriminierung muss viel mehr als das, was Sie in den vergangenen drei Jahren Regierungszeit gemacht und für die Zeit danach als Konzept auf den Tisch gelegt haben, getan werden. Wir brauchen ein Gesamtkonzept für eine unabhängige und bedarfsgerechte Antidiskriminierungsarbeit, die einen Überblick darüber hat, was in den Ämtern, Schulen und anderen Einrichtungen geschieht, die verbindliche Verbesserungsvorschläge macht und nicht nur eine reine Beratungsstelle ist, die eine Antidiskriminierungsarbeit beratend begleitet. Beim Teilziel diskriminierungsfreie Beratung bei den Behörden und Ämtern mit Kundenkontakt legen Sie nach zwei Jahren vor, dass die Durchführung einer Kundenbefragung in den Bezirksämtern derzeit erörtert werde. Wie lange sollen wir noch warten?

Die Zahl der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund ist in Hamburg sehr hoch und die Armutsquote bei den Migrantinnen und Migranten auch.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

In diesem Bereich muss auch viel mehr getan werden, als Wahlkampfgetöse loszuwerden. Es ist so einfach, sich vorne hinzustellen und zu erzählen, dass Sie die Kitagebühren und die Studiengebühren abgeschafft haben. Dadurch wird Hamburg auch nicht sehr viel besser. Sie müssten eigentlich nicht auf Masse, sondern auf Klasse setzen und in diesem Bereich viel mehr arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Gerhard Lein SPD:* Lieber Klasse und keine Masse, oder wie?)

– Das gehört zusammen, das wissen Sie auch ganz genau.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Gerhard Lein SPD:* Aber Sie haben es eben trennen wollen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Haufler, ich habe zwar auch einiges zu kritisieren, aber dass Bürger mit Migrationshintergrund im Integrationskonzept ausschließlich als Opfer und bedürftig behandelt werden, kann ich nicht erkennen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Nun sind Sie dran, lieber Herr Abaci. Angesichts der dürftigen Senatsantwort – hier muss ich Frau Demirel recht geben – zu Ihrer Großen Anfrage empfehle ich Ihnen, sich das nächste Mal vorher bei Ihrem Senator zu informieren, wie aussagekräftig überhaupt die Senatsantwort beziehungsweise die seiner Behörde ist. Dann wäre Ihnen und Ihrer Partei die Peinlichkeit, die mit der Beantwortung

(Martina Kaesbach)

dieser Großen Anfrage verbunden ist, erspart geblieben.

(Beifall bei der FDP – *Finn-Ole Ritter FDP:* Sehr gut!)

Ihre vielen positiven Fortschritte kann ich nicht erkennen. Im Integrationskonzept des Senats gibt es doch die Top 13. Insofern, Herr Haufler, gibt es eine gewisse Priorisierung. Die Top 13 sind die wichtigsten Ziele in den Bereichen frühkindliche Bildung, Schulbildung, Integrationskurse, Teilnahme am Erwerbsleben. Zu acht TOPs dieser TOP 13 und damit zu mehr als 50 Prozent gibt es entweder keine Datenlage oder es sind keine nennenswerten Fortschritte festzustellen, und das knapp eineinhalb Jahre nach der Vorlage des Konzepts. Das ist nicht nur ziemlich unbefriedigend, das ist einfach traurig.

(Beifall bei der FDP)

Am 23. Mai 2012 hat die Bürgerschaft den Senat ersucht, das Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern aus dem Jahr 2006 zu überarbeiten und neu auszurichten. Am 26. Februar 2013, also knapp ein Jahr später, legte der Senat sein Konzept vor. Meine Fraktion hat das Integrationskonzept im Großen und Ganzen begrüßt. Es enthält klar definierte Ziele, die zum großen Teil mit Kennzahlen und Indikatoren versehen wurden, mithilfe derer der Fortschritt der Umsetzung sichtbar werden soll.

Was bringen aber die konkretesten Ziele, die passendsten Kennzahlen, wenn die hierfür benötigten Daten nicht oder nur stark zeitverzögert erhoben werden können? Welchen Zweck haben Indikatoren, die einen erst Jahre nach dem Anstoß neuer Maßnahmen erkennen lassen, ob die Ziele und Maßnahmen überhaupt geeignet sind? Schauen wir doch einmal konkret in die TOP 13 hinein. Verbesserung der Studienerfolgsquote von Bildungsinländerinnen und –inländern: Daten liegen erst 2016 vor. Verbesserung der Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund: Daten liegen erst 2015 vor. Steigerung der Erfolgsquote bei dualen Ausbildungen: Neuere Daten liegen nicht vor. Steigerung der Teilnahme am Erwerbsleben, Herr Abaci, ich habe da etwas anderes gelesen: Daten stehen erst 2015 zur Verfügung. Ich könnte noch einige Beispiele aufzählen. Die Daten werden zum Teil vielleicht in den nächsten Jahren vorliegen, aber es ist deutlich, dass eine jetzige Erhebung nicht großartig aussagekräftig ist und der SPD keinen Anlass gibt, sich hier auf die Schulter zu klopfen.

(Beifall bei der FDP und bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Die Indikatoren im Bereich Ausbildung und Arbeitsmarkt müssen sogar grundsätzlich hinterfragt werden, wie zum Beispiel Punkt 1.1, Verbesserung der Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, und Punkt 1.4, Gleichberechtigung und Teilhabe von geduldeten Jugendlichen in der dualen Ausbildung: ebenfalls keine Daten vorhanden. Die Gründe liegen darin, dass die Bundesagentur für Arbeit entweder nach anderen Kriterien zählt – ausländisch ist etwas anderes als Menschen mit Migrationshintergrund – oder gar keine Kriterien hat.

Der Senat sollte insofern in all den Punkten umsteuern und Ziele sowie Indikatoren nutzen, die den Aufgaben auch gerecht werden. Allerdings liegt die traurige Bilanz nicht nur bei den Indikatoren, die Armseligkeit in einigen Punkten der bisherigen Ergebnisse liegt zum Teil auch am schwachen Vorgehen des Senats. Frau Demirel brachte vorhin das Beispiel, ich wiederhole es gern noch einmal, der Begegnungen in der Nachbarschaft. Eineinhalb Jahre nach Vorlegen seines Konzepts berichtet der Senat jetzt in seiner Beantwortung – wohlgemerkt, das ist TOP 13, er heißt Förderung der Begegnung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund –, es werde ein neues Konzept für Veranstaltungen und andere Formate unter dem Dach "Nachbarschaft verbindet, Zusammenhalt stärken" entwickelt. Das war schon der Sachstand in der letzten Legislaturperiode, da war ich Mitglied im Integrationsbeirat. Insofern ist der Senat nicht einen Millimeter weitergekommen.

(Beifall bei der FDP)

Zur diskriminierungsfreien Beratung in Ämtern und Behörden wird gesagt, "die Möglichkeit einer Kundenbefragung werde derzeit erörtert". Vorsichtiger und zögerlicher kann man sich nicht ausdrücken.

Insofern ist das Ergebnis ernüchternd. Die FDP-Fraktion wünscht sich, dass die Planungs- und einzelnen Konzeptphasen abgeschlossen und konkrete Handlungen ergriffen werden. Es sind auch einige Ergebnisse dabei, bei denen die Zahlen erfreulicherweise stimmten oder bei denen sie nach oben gehen. Die Zahl der Einbürgerungen konnte stark erhöht werden. Wir freuen uns über die vielen "frischgebackenen" Hamburgerinnen und Hamburger.

Ein weiteres positives Beispiel sind die angestiegenen Zahlen der Integrations- und Sprachkurse. Aber auch hier würden wir uns freuen, wenn nicht nur gezählt wird, wie viele Kurse es gibt – die Steigerung liegt doch auch an der Steigerung der Flüchtlingszahlen –, sondern wie viele Kurse überhaupt erfolgreich absolviert wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! 30 Prozent der Hamburger haben einen Migrationshintergrund, und unter den jüngeren sind es schon fast 50 Prozent. Sie sind Schüler, Auszubildende, Angestellte und Unternehmer, Nachbarn, Kollegen oder Freunde. Eigentlich sollte es gar keine Rolle mehr spielen, woher sie oder ihre Eltern einmal gekommen sind. Viel wichtiger ist die Frage, wo sie mit uns ge-

(Martina Kaesbach)

meinsam hinwollen, man kann es auch so formulieren, wo wir gemeinsam hinwollen und wie wir uns gegenseitig auf diesem Weg unterstützen können.

Das Integrationskonzept soll den gesellschaftlichen Integrationsprozess nach vorn bringen. Die FDP-Fraktion wünscht sich daher für die Zukunft des Konzepts die Anpassung einiger Indikatoren in Richtung tatsächlicher Messbarkeit und Sinnhaftigkeit. Wir wünschen uns mehr Elan seitens des Senats und des nächsten Senats, und wir wünschen uns, dass gewisse Optimierungen da vorgenommen werden, wo es schon gut läuft. Natürlich ist das Gelingen der Integration der Zuwanderer primär eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Hier werden in den nächsten Jahren auf uns sicher noch große Aufgaben zukommen. Der Staat sollte aber da, wo er durch bestimmte Maßnahmen positive Prozesse fördern kann, diese auch beherzt und klug angehen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann mich den Vorrednerinnen anschließen. Ich wüsste, ehrlich gesagt, nicht, welche Zahlen ich mir jetzt genauer anschauen soll, weil ich sie einfach nicht aussagekräftig finde. Hier wurden Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, erfasst, aber Menschen mit einem Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, wurden nicht erfasst. Deshalb sind die Zahlen für mich einfach nicht aussagekräftig. Auch die Entwicklung der Integrationsindikatoren ist für mich nicht messbar.

Wenn wir uns die Indikatoren anschauen – ich möchte das am Beispiel des Wohnungsmarkts machen, denn der Wohnungsmarkt ist momentan in Hamburg der Bereich, der wirklich ziemlich brennt –, dann sind die Indikatoren in diesem Bereich wirklich lasch. Ich finde sie auch lächerlich, denn nicht einmal die SAGA erfasst einen Migrationshintergrund. Sie leitet vom Nachnamen ab, dass es sich um einen Migrationshintergrund handelt, wenn dieser nicht deutsch klingt; das finde ich einfach nur unsinnig.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Anfrage wurde angegeben, dass es bei der SAGA 22 Beschwerden gab. Ich finde diese Zahl sehr vage, sie ist auch sehr niedrig vor dem Hintergrund, dass ich mehr als 22 Personen kenne, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt erfahren haben. Von daher kann ich dieser Zahl nicht glauben. Und die Maßnahmen, die hier ergriffen werden sollen, sind Handlungsempfehlungen, das heißt, entweder macht man sie oder man macht sie nicht, aber es hat keine Folgen. So kann man das Problem auch nicht bekämpfen.

Das Problem von struktureller Diskriminierung gibt es in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Herr Haufler, ich werde diesen Begriff benutzen, weil das für viele Menschen mit Migrationshintergrund Realität ist. Das bedeutet nicht gleich, dass man sie in eine Opferrolle drängt, sondern man möchte, dass sie die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft haben, und dafür muss man das Thema auch ansprechen und bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt verschiedene Studien, die belegen, dass Menschen mit einem Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt oder dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden; sie haben es also dort schwerer. Wenn wir uns die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Hamburg anschauen, dann können wir sehr deutlich sehen, dass diese Menschen kaum Zugang haben zum Wohnungsmarkt. Man kann auch deutlich sehen, dass sie schlechtere Wohnverhältnisse haben, dass sie höhere Mieten in Kauf nehmen müssen oder aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum Schwierigkeiten haben, ihn überhaupt zu bekommen.

Durch die jetzt von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen kommt man leider nicht weiter. Von daher sehe ich erst einmal keinen Fortschritt. Ich habe mich dann auch am Bericht von Frau Özoguz orientiert, der Integrationsministerin. Ihr Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer hat noch einmal deutlich gezeigt, dass man sich wirklich nicht zurücklehnen und es sich bequem machen sollte, weil es hier noch viele Probleme gibt. Das ist auch so in Hamburg, und diese Zahlen, die wir vorliegen haben, verschleiern das Problem meiner Auffassung nach. Auf diese Entwicklung, die man in den letzten vier Jahren gesehen hat, kann man wirklich nicht stolz sein. Ich möchte auch die Flüchtlinge erwähnen, denn ich finde, dass hier keine so schöne Willkommenskultur stattfindet.

(Beifall bei der LINKEN)

Es handelt sich hier auch nicht um ein Schicksal, es handelt sich auch nicht um ein Problem, das bei den Migrantinnen und Migranten beginnt. Herr Haufler würde jetzt unterscheiden zwischen den Tüchtigen und den Nicht-Tüchtigen. Das würde ich nicht so sagen, und ich würde auch nicht die Schuld auf die Eltern schieben. Ich denke einfach, dass die Politik dazu beigetragen hat, dass wir überhaupt in einer solchen Situation sind. Es ist das Ergebnis von Diskriminierung und auch von einer unsozialen Politik. Die soziale Herkunft bestimmt nämlich immer noch den Lebensweg vieler Kinder. Frau Bekeris, auch in Hamburg ist die Si-

(Cansu Özdemir)

tuation noch so. Ich glaube, das ist kein Geheimnis, es gibt einen Kreislauf, der aus Armut, Diskriminierung und Bildungsferne besteht. Und diesen müssen wir gemeinsam versuchen aufzubrechen. Wir sollten vielleicht auch anfangen, Beratungsstellen und Integrationszentren zu fördern, damit sie im nächsten Jahr noch ein Teil dieser Gesellschaft bleiben, denn sie sind sehr wichtig für die Menschen mit Migrationshintergrund.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist dem Senat ein großes Anliegen. Ich glaube, das kann man sehen, wenn man die Politik der letzten fast vier Jahre verfolgt. Das ist auch nur folgerichtig, denn in dieser Stadt haben 50 Prozent aller Kinder unter 18 Jahren und ein Drittel der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund. Um diese Menschen muss man sich kümmern, aber nicht als etwas Besonderes, sondern als Hamburgerinnen und Hamburger, denn sie gehören zu dieser Stadt wie alle, die auch hier geboren sind.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir das Integrationskonzept auch als Wir-Konzept geschrieben, nämlich dass es nicht um die geht, die sich hier integrieren sollen, sondern dass es um alle geht. Es geht um die, die schon da sind, und die, die kommen. Die Zuwanderer und die Menschen, die schon hier sind, erbringen als Gesamtkunstwerk diese Leistung und gestalten zusammen diese Stadt aus – alle als Hamburgerinnen und Hamburger.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Die müssen auch mal klatschen!)

– Was denn? Ich dachte das auch.

(Beifall bei der SPD)

– Aber der Fraktionsvorsitzende passt nicht auf.

(Heiterkeit im Plenum)

Meine Damen und Herren! Genauso wie meine Vorrednerinnen habe ich mir den Bericht von Frau Özoguz über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in unserem Land angeschaut. Dort werden die besonderen Herausforderungen bei der Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln detailliert beschrieben. Das möchte ich zum Anlass nehmen und anhand einiger Beispiele aufzeigen, wie gut wir in Hamburg im Bundesvergleich aufgestellt sind und mit welchem Elan wir uns dieses Themas angenommen haben.

Hamburg belegt bei der Einbürgerungsquote mit gut 3 Prozent für das Jahr 2013 den aktuellen Spitzenplatz im deutschen Ländervergleich. Dieser Erfolg liegt eindeutig an der Einbürgerungskampagne des Ersten Bürgermeisters, der die Menschen persönlich anspricht und motiviert, Deutsche zu werden, und jedem einen Brief schickt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Migrantinnen und Migranten in Hamburg umfassend am politischen Leben teilhaben können. Dafür ist die Einbürgerung und die damit verbundene Erlangung der Staatsbürgerrechte eine entscheidende Voraussetzung; ohne das geht es nicht.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Entschuldigung, Herr Senator. Nicht nur Teile der Fraktionsführungen sind unaufmerksam, sondern auch große Teile des Parlaments. Es ist eindeutig zu laut.

Senator Detlef Scheele (fortfahrend): – Vielen Dank.

Nicht ohne Grund ist das Thema Einbürgerung mit mehreren Indikatoren im Hamburger Integrationskonzept fest verankert. Die Anzahl der eingebürgerten Menschen konnte in 2013 um 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Das ist ein toller Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur jedem raten, einmal an einer solchen Einbürgerungsfeier teilzunehmen, die hier im Festsaal stattfindet. Die, die gerade eingebürgert sind, reden darüber, wie es war. Die Einbürgerungslotsen treten auf, das sind Migrantinnen und Migranten, die sich selbst haben einbürgern lassen, und erzählen, wie sie es unterstützen. Und am Ende singt immer ein Chor einer Hamburger Grundschule – das sind Migrantinnen und Migranten und Nicht-Migranten, der eine ist farbig, der andere hat einen Turban auf und sieht anders aus – alle zusammen: "Heil über dir, Hammonia". Das ist ein erstklassiger Ausdruck davon, dass alle, egal, woher sie kommen, Hamburgerinnen und Hamburger sind.

(Beifall bei der SPD)

Dann hat Frau Özoguz in ihrem Bericht die integrationspolitische Bedeutung aufgegriffen, die der Dialog mit dem Islam in unserer Gesellschaft hat. Auch hier kann man getrost sagen, dass Hamburg als erstes Bundesland durch die Verträge mit den muslimischen Religionsgemeinschaften und der Alevitischen Gemeinde Vorreiter ist. In den Verträgen werden wichtigste Alltagsfragen geregelt und deren staatliche Anerkennung als Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes sichergestellt.

(Senator Detlef Scheele)

Und bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen – von den Vorrednern ist mehrfach über die Frage der Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt gesprochen worden – können wir sagen, wir haben es vernünftig und richtig gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Wir waren nicht nur das erste Bundesland, das ein eigenes Anerkennungsgesetz in Kraft gesetzt hat und die Rechtslage für ausländische Berufsqualifikationen auch für nichtakademische Berufe verbessert hat, wir haben auch flankierende Angebote immer dann geschaffen, wenn die Bundesagentur für Arbeit keine eigenen Unterstützungsangebote hat. Da geht es um das Projekt Anpassungsqualifizierung im Handwerk oder das Hamburger Stipendienprogramm, mit dem sowohl der Lebensunterhalt bestritten werden kann als auch die zusätzlichen Bedarfe bei der Einbürgerung bezahlt werden können. Das gibt es sonst nirgendwo, hier wird es in Anspruch genommen, und es hilft dem Einzelnen ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Es wird hier gelächelt über die Frage der Indikatoren und darüber, dass nicht alle Zahlen da sind; das stimmt. Ich habe jedoch von den Vorgängerregierungen kein Blatt Papier gefunden, in dem sie ihre Politik irgendwie nachprüfbar gemacht haben. Es sind alles Wolken, irgendetwas wurde aufgeschrieben. Wir fangen zumindest an, und wir haben es bei unserem Konzept zur Eingliederung von Menschen mit Behinderung genauso gemacht. Wir haben auch da Indikatoren gebildet und aufgeschrieben, wohin wir wollen und wo wir jetzt stehen. Politik muss für die Wählerinnen und Wähler nachprüfbar sein, damit am Ende der Legislaturperiode geschaut werden kann, ob das eingehalten wurde, was vorher gesagt wurde. Darum lasse ich mir diese Indikatoren von Ihnen nicht schlechtreden.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch etwas zur Bundespolitik; auch dazu wurde einiges in der Debatte gesagt. Wir haben den Doppelpass erreicht in den Koalitionsverhandlungen, die Optionspflicht ist weg. Diejenigen, die jetzt 23 Jahre alt werden und sich entscheiden müssten, ob sie eine Staatsbürgerschaft abgeben, müssen es nicht mehr. Sie müssen nicht einmal zum Amt gehen, es geht automatisch, denn bei denjenigen, bei denen Zweifel bestehen, meldet sich das Bundesamt und niemand anders. Ich glaube, mit der Entscheidung, die wir mit der CDU in der Koalitionsvereinbarung getroffen haben, kommen wir auch noch weiter. Dieses war, wenn man so will, der erste Streich. Er ist nämlich ein kultureller Bruch mit dem, was vorher war. Deshalb wird es bei der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft weitergehen. Aber der Doppelpass ist da, das wurde eingehalten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben – da hatten die GRÜNEN einige Geburtswehen – bei dem Gesetz über die sicheren Drittstaaten eine ganze Reihe von Verbesserungen für Flüchtlinge erreicht. Eine frühere Arbeitsaufnahme ist möglich,

(*Phyliss Demirel GRÜNE:* Wie schön!)

die Vorrangprüfung wird nach 15 Monaten entfallen – damit entfällt sie übrigens auch für alle anderen, das ist ein großer Erfolg – und die Residenzpflicht wird aufgehoben. Das ist übrigens für eine Flüchtlingsunterkunft wie bei uns in Bergstedt – Herr Dressel und ich waren neulich da – von ganz besonderer Bedeutung, weil die Landesgrenze nur 1 Kilometer entfernt ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* 100 Meter!)

– Weniger, Entschuldigung.

Die Landesgrenze ist nur 100 Meter entfernt, und wenn man zu Edeka wollte, hätte man es gar nicht gedurft. Auch das ist eine Verbesserung, und das, was jetzt im Rahmen dieses Kompromisses im Bundesrat und im Bundestag geschehen ist, ist etwas, das Flüchtlingen das Leben in Deutschland erleichtert und das ihre Integrationsperspektive auch außerhalb der Unterkünfte deutlich verbessert. Auch das sollte man nicht schlechtreden. Sie haben nicht zugestimmt, aber es ist ein gutes Gesetz.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss will ich sagen, dass man beim BAMF mehr für die Sprachkurse tun könnte. Da haben wir uns eingesetzt, sind aber nicht weitergekommen. Wir sind auch für die Fortführung der ESF-Sprachkurse, damit Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus frühzeitig Sprachkurse bekommen. Daran arbeiten wir, da wollen wir selbstverständlich weiterkommen. Aber wir setzen als einziges Bundesland eigene Haushaltsmittel ein, um in unseren Integrationszentren nichtanspruchsberechtigten Menschen auch Sprachkurse zuteilwerden zu lassen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ihr seid ja so gut!)

Ich glaube, wir sorgen schon auf allen Ebenen dafür, dass Menschen, die zugewandert sind, egal, wie lange sie hier sind, möglichst gut integriert werden, dass sie arbeiten und ihre Familie ernähren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

Kazim Abaci SPD:* Herr Haufler, was Sie gesagt haben, ist auch eine Diffamierung der Mitglieder des Integrationsbeirats, denn dieses Konzept hat

(Kazim Abaci)

nicht der Senat allein gemacht, sondern das war ein Prozess mit dem Integrationsbeirat und anderen Menschen in dieser Stadt. Wenn Sie so reden, dann diffamieren Sie auch andere Beteiligte dieses Konzepts, und das weise ich zurück.

(Beifall bei der SPD)

Zu Frau Demirel. Wenn Sie nach vorn kommen, dann reden Sie immer von Schwarz und Grün, vielleicht träumen Sie auch noch davon. Ich frage mich, warum Sie die Koalition haben platzen lassen, wenn das alles gut funktioniert hat. Sie haben ein tolles Anerkennungsgesetz gemacht, Sie haben im Bereich der Schule vieles gut gemacht, aber dann haben Sie die Koalition verlassen. Das begreife ich nicht, das passt irgendwie nicht zusammen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Nee, begreife ich auch nicht!)

Frau Özdemir, die Menschen können es langsam nicht mehr hören, wenn Sie zum Thema Migrationspolitik reden, nämlich dass immer versucht wird, aus der Opferrolle heraus zu argumentieren. Das ist langsam unerträglich. Die Migranten sind keine Opfer, sie sind kein Problem, sie sind ein Teil der Gesellschaft, und sie sind auch an der Lösung dieser Probleme orientiert und engagiert. Aus der Opferrolle heraus zu argumentieren, ist fehl am Platze.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Haufler von der CDU-Fraktion.

Nikolaus Haufler CDU:* Sehr geehrter Herr Abaci, wenn ich in diesen vier Jahren erreicht habe, dass Sie sagen, man solle die Zuwanderer nicht als Opfer bezeichnen, dann waren die vier Jahre in diesem Haus viel wert. Ich danke Ihnen sehr dafür.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie müssen auch zugestehen, dass das, was ein Integrationsbeirat verabschiedet, nicht in Stein gemeißelt ist. In der Großen Anfrage und der Antwort des Senats steht doch, dass man die Dinge auch einmal überarbeiten darf, die beim Integrationsbeirat herausgekommen sind. Im Übrigen war ich selbst im Integrationsbeirat als Mitglied dabei, als das verabschiedet wurde.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann ist das ja ein tolles Konzept!)

Hören Sie doch deshalb bitte auf zu sagen, wenn man nach Jahren neue Ideen einbringe für ein Konzept, dann sei das eine Diffamierung der Arbeit dieses Gremiums. Sie wissen, dass das nicht stimmt; schämen Sie sich dafür.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh, oh!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 20/12843 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 19 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 20/13220, Unterrichtung durch die Präsidentin: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. Juli 2014: "Qualitätsentwicklung in der Ganztägigen Bildung und Betreuung auch weiterhin im Dialog mit den Kooperationspartnern fortsetzen".

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. Juli 2014: "Qualitätsentwicklung in der Ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS) auch weiterhin im Dialog mit den Kooperationspartnern fortsetzen" – Drs. 20/12324
– Drs 20/13220 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Hanneken-Deckert von der SPD-Fraktion bekommt es.

Ulrike Hanneken-Deckert SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bildungspolitik gehört für mich zu den wichtigsten Aufgaben unserer parlamentarischen Arbeit. Wir legen mit der Bildungspolitik den Grundstock für die Zukunft unserer Kinder. Bildung entscheidet über gesellschaftliche Teilhabe und den beruflichen Erfolg. Für uns sind Chancengerechtigkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von zentraler Bedeutung.

Der Ausbau von 150 Grundschulen zu Ganztagsschulen in den letzten drei Jahren darf ohne Übertreibung als eine der größten Entwicklungen in der Hamburger Schulgeschichte bezeichnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Beteiligten vor Ort bedanken, dass dieser Ausbau so schnell, so umfassend und so überzeugend durchgeführt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2014/2015 bestätigen, dass sich diese Anstrengung gelohnt hat. Binnen eines Jahres sind sie für die Ganztagsbetreuung auf hohem Niveau um weitere 20 Prozent gestiegen. Mittlerweile werden drei Viertel der Grundschulkinder am Nachmittag betreut. Die Zahl der Nachmittagsplätze ist von 20 000 auf mehr als 44 000 verdoppelt worden.

(Beifall bei der SPD)

Diesen Erfolg lassen wir uns nicht kleinreden.

(Ulrike Hanneken-Deckert)

Die Stadt hat für den Um- und Ausbau der Schulen, für die Einrichtung von Kantinen und die Ausgestaltung des Nachmittagsangebots erhebliche Summen aufgewendet. Allein für die Schulküchen und Kantinen an den Grundschulen geben wir rund 122 Millionen Euro aus. Unser Ziel ist es, dass mehr Schulkinder mehr Zeit miteinander verbringen können. Das stärkt die Lehr- und Lernkultur und es stärkt die fachlichen und sozialen Kompetenzen. Unser Ziel ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau der Betreuung sorgt für mehr Geschlechtergerechtigkeit und hilft vielen Alleinerziehenden. Bei einem Programm mit diesem Umfang und diesen Veränderungen sind Anfangsschwierigkeiten kaum vermeidbar. Die Schulen mussten sich zum Beispiel mit dem Kantinenbetrieb und dem gemeinsamen Mittagessen auf ganz neue Herausforderungen einstellen, und die Zusammenarbeit von Vor- und Nachmittag, von Lehrern und Erziehern musste mancherorts erst eingeübt werden.

Der jetzt vorliegende Bericht über die Standortbesuche an den GBS-Schulen belegt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und heute ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot an den Grundschulen haben, das Eltern, Schülerinnen und Schüler gern in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Fragen müssen vor Ort diskutiert und gelöst werden. Die Schulbesuche haben gezeigt, dass in allen Bereichen große Fortschritte gemacht wurden, um etwaige Probleme zu lösen. Zu den größten Herausforderungen gehören die ganztägige Nutzung der Räume sowie die Gestaltung von Mittagessen und Mittagspausen.

Unsere Schulen haben die Herausforderungen angenommen, und so sind vielerorts Raumkonzepte entwickelt worden, die den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden, die Raum zum Lernen, Toben, aber auch für Entspannung bieten. Diese Best-Practice-Beispiele werden zukünftig für andere als Orientierung dienen. Obwohl wir in dieser Legislaturperiode über 110 Kantinen gebaut haben, gibt es an einigen Standorten noch provisorische Lösungen. Das werden wir auch noch ändern. Da wir nicht im Schneckentempo der Vorgängerregierung bauen, werden auch diese Schulen eine Kantine erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ein auch für viele Eltern wichtiger Punkt ist die Verzahnung von Vor- und Nachmittag. Hier geht es vor allem um die Kommunikation zwischen Lehrern, Erziehern und Eltern. Mit der Kooperationspauschale steht eine finanzielle Ausstattung zur Verfügung, die genau diese Kommunikation sicherstellen soll, die an den verschiedenen Standorten aber sehr unterschiedlich verwendet wird. Gute Modelle für eine effiziente und sinnvolle Nutzung der Pauschale belegen, dass auch bei anderen eine Optimierung noch möglich ist. Auch hier können Schulen voneinander lernen, und wir werden sie dabei unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kritik an der Gruppengröße in der Nachmittagsbetreuung, die jetzt vom Landeselternausschuss auf der Grundlage einer nicht repräsentativen Umfrage wiederholt wurde, hat sich nicht bestätigt. Tatsächlich sind durchschnittlich weniger als 15 Kinder für einen Nachmittagskurs angemeldet. Beeindruckend ist dagegen das vielfältige Angebot. Die Bandbreite reicht von Sport über freies Spiel bis hin zu Musik und Forscherwerkstatt. Damit wird sicher jedes Interessengebiet abgedeckt. Auch die Einbindung von Projekten aus den Stadtteilen ist auf einem guten Weg. Besonders wichtig ist die Feststellung, dass die Kinder mit ihren Wünschen und Bedürfnissen an allen Standorten ernst genommen werden.

Insgesamt bestätigt der Sachbericht GBS-Standortbesuche, dass wir uns auf einem sehr guten Weg befinden. Ich appelliere an alle Eltern, Lehrer, Erzieher und weitere Beteiligte, sich an ihrer Schule mit ihren Ideen und Vorschlägen in den Diskussions- und Gestaltungsprozess für eine optimale Ganztagsbetreuung einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben gemeinsam sehr viel erreicht. Nun gilt es, das Erreichte weiter zu verbessern, damit auch weiterhin gilt: Der Ganztagsausbau dieser Legislaturperiode ist eine Hamburger Erfolgsgeschichte. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Der Wahlkampf hat begonnen" haben wir heute Morgen im "Hamburger Abendblatt" im Hinblick auf die gestrigen Äußerungen des Schulsenators lesen können. Die heutige Debattenanmeldung muss auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Unsere tägliche Senatsfeierstunde in Sachen Schulpolitik – die dürften wir erwarten – ist dann wohl der echte Auftakt zum Wahlkampf.

Es ist wirklich ein Phänomen, dass Sie in der Lage sind, Herr Senator Rabe, die Realität so derart auszublenden und nur das zu sehen, was Sie sehen möchten – bar jeder Kritikfähigkeit und meilenweit von der Realität entfernt, die Schulleitungen,

(Karin Prien)

Lehrer, Erzieher und Eltern wahrnehmen, in diesem Fall bei der GBS.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es gilt, sich zu bedanken oder irgendjemanden zu loben, dann richtet sich das an die Lehrer und die Erzieher, die trotz dieser zum Teil außerordentlich schwierigen Bedingungen in der GBS einen guten Job machen und versuchen, durch überobligatorisches Engagement möglich zu machen, was man möglich machen kann. Ihre GBS-Lobhudelei, meine Damen und Herren von der SPD, die wir mit dieser Unterrichtung zur Kenntnis nehmen dürfen, hat mit der Realität in den Schulen leider nur wenig zu tun. Sie hat, und das ist wirklich spannend, auch mit dem Sachbericht, den Sie selber vorgelegt haben, wenig zu tun, denn dieser Sachbericht benennt sehr wohl die Schwachstellen im System. Sie hätten Ihren eigenen Bericht vielleicht einmal etwas besser lesen sollen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Kritikwürdig bleibt insbesondere, dass Sie eine wissenschaftliche Evaluation der GBS verweigern, dass Sie nicht etwa eine echte Qualitätsprüfung für Ihren Sachbericht vorgenommen haben, sondern nur eine Rasterprüfung, und dass dieser Bericht mit Objektivität und Repräsentativität sehr wenig zu tun hat. Hier geht es darum, zu verschleiern und schönzufärben. Diese Art von Delegationen durch Schulen zu schicken, hat schon eine leicht sozialistische Anmutung.

(Beifall bei der CDU)

Sätze wie "GBS ist gut angenommen, Eltern und Kinder äußern sich zufrieden, Standortbesuche an den GBS-Schulen haben gezeigt, dass die Einführung der GBS insgesamt gelungen ist" finden keinerlei sachlichen Rückhalt in dem Bericht selber und sind nach meiner Wahrnehmung bei vielen Eltern und Lehrern eher ein Grund für mehr Politikverdrossenheit. Sie tun der Hamburger Politik wirklich keinen Gefallen mit diesen Lobhudeleien.

(Beifall bei der CDU)

Letztlich kritisiert aber Ihr eigener Bericht genau das, was auch vom LEA und von uns als Opposition immer wieder beanstandet wird. Es geht um die schlechte Verzahnung zwischen Vor- und Nachmittag und darum, dass die GBS durch diesen Grundmakel nicht in der Lage ist, als Ganztagsschule ihrem Auftrag wirklich und im Sinne einer Mehrung von Bildungschancen gerecht zu werden. Sie haben recht, die Ganztagsschule in Form der GBS, diese Ganztagsschule light, erfüllt das Bedürfnis vieler Eltern, am Nachmittag eine Betreuung für ihre Kinder zu haben; das ist richtig.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wie light war es denn bei Ihnen?)

– Bei uns war es light, weil wir Dinge ordentlich ausprobieren, ordentlich evaluieren und erst dann umsetzen, Herr Dressel, und das hätten Sie auch besser getan.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Aber dass Ihnen die Eltern, die für ihre Kinder eine Betreuung am Nachmittag suchen, die Bude einrennen – sie hatten in Ihrem System auch gar keine andere Chance, weil Sie die Horte parallel abgeschafft haben –, hätten Sie bei besserer Planung und einem vorsichtigeren und vernünftigeren Aufsetzen von GBS verhindern können. Wir haben Sie häufig genug davor gewarnt.

Ihr eigener Bericht sagt, die 15 Minuten Schnittstellenzeit am Tag – gerade einmal eine Stunde pro Woche – brächten eine erhebliche Verbesserung für die Verzahnung von Vor- und Nachmittag. Wenn Sie nicht bereit und in der Lage sind zu erkennen, wie es wirklich ist, und entsprechende Maßnahmen umsetzen, dann fehlt mir dafür jegliches Verständnis.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Und wenn Sie die offensichtlichen Mängel im Zusammenhang mit der Einnahme des Mittagessens einfach nicht wahrnehmen und nicht sehen wollen, dass es für fünf, sechs oder sieben Jahre alte Kinder wichtig ist, in Begleitung ihres Lehrers oder ihrer ständigen Bezugsperson und gemeinsam im Klassenverband das Essen einzunehmen, wenn Sie hier also nichts ändern, Herr Senator, dann vermag ich auch das nicht zu verstehen.

Meine Damen und Herren! Die Forderung nach Ganztagskoordinatoren für alle GBS-Schulen ist so einleuchtend und so naheliegend, dass wir auch da Ihre Verweigerung nicht verstehen. Das grundsätzliche Problem ist aber, dass Sie durch den Krippenausbau einerseits und den GBS-Ausbau andererseits im Hinblick auf das Erziehungspersonal am Nachmittag natürlich massiv an Ihre Grenzen kommen. Da haben Sie wieder einmal etwas geplant, ohne zu überlegen, ob Sie auch tatsächlich das richtige und vor allem im richtigen Maße qualifizierte Personal gewinnen können. Das können Sie nicht, und deshalb leidet die Qualität der GBS am Nachmittag massiv unter diesem Personalmangel beziehungsweise der Qualität des Personals. Sie haben im Übrigen bisher noch nicht einmal im Ansatz den Versuch unternommen, die Parallelwelten Schule am Vormittag und Erzieher am Nachmittag weiter miteinander zu verzahnen und einen Abbau der Hemmnisse voranzubringen. Da müssen Sie ran, davor können Sie sich auf Dauer nicht drücken.

Was ich aber nun gar nicht mehr verstehen kann, ist, dass Sie die Einwendungen und die wirklich konstruktive Kritik des LEA irgendwie so überhaupt

(Karin Prien)

nicht wahrnehmen wollen und nicht ernst nehmen. Der LEA hat eine Elternumfrage durchgeführt, die zu ganz anderen Ergebnissen kommt als Ihre Begehungen. Da sind es mehr als 50 Prozent der Eltern, die die Rahmenbedingungen in der GBS negativ bewerten. Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband hat Ihnen gute Vorschläge unterbreitet, wie man GBS besser machen könnte. Aber es scheint so zu sein wie in fast allen schulpolitischen Bereichen: Sie sehen keinerlei Notwendigkeit, irgendetwas zu ändern, weil alles ganz toll ist. Ich kann Ihnen nur sagen, dass unsere Wahrnehmung da eine ganz andere ist, und die Wahrnehmung der Eltern, der Lehrer und der Erzieher in dieser Stadt auch. Tun Sie etwas, Herr Senator, arbeiten Sie endlich an der Umsetzung von besserer Qualität – Sie haben selber gesagt, dass das Ihr großes Ziel ist –, sonst ist Ihre GBS kein Erfolgsmodell für diese Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Sachstandsbericht ist bemerkenswert, ich möchte es einmal so euphemistisch formulieren. Er ist ein einziger Lobgesang auf die Großartigkeit des Systems und auf die Großartigkeit des Senats. Er atmet Selbstzufriedenheit. Ich habe den Eindruck von einem Senat, der betrunken ist von sich selbst und den guten Dingen, die er aus seinem Füllhorn über die Stadt ausgießt. Und das Beste ist, dass der Senat auch noch selber glaubt, was er da schreibt.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Das glaube ich noch nicht mal!)

Dabei hat der Sachstandsbericht schon im Design große Defizite. Was er nämlich komplett ausblendet, ist der ganze Bereich der Inklusion, obwohl unsere Anfragen gezeigt haben, dass es an den GBS-Schulen keine Konzepte für die Inklusion gibt, jedenfalls bei Weitem nicht an allen Schulen, und die Teilnahmequoten wirklich minimal sind. Für einen Senat, der sich auf die Fahnen geschrieben hat, Inklusion nach vorne zu bringen, ist das ein Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was der Sachstandsbericht auch völlig ausblendet, ist die Lage der Erzieherinnen und Erzieher. Es gibt ein hohes Maß an Fluktuation. Ihr SPD-Kollege aus Schleswig-Holstein, Herr Stegner, hat noch einmal deutlich gemacht, dass die Arbeitssituation aufgrund der paar Stunden, die die Erzieherinnen und Erzieher da arbeiten müssen, prekär ist. Das ist ganz klassisch eine Armutsfalle für Frauen. Das haben Sie in Ihrem Sachstandsbericht total ausgeblendet. Auch das ist für diesen Senat wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Fehler im Design ist auch, dass diese Begehungen tatsächlich nur eine Momentaufnahme sind. Ich habe sofort an die Feuerzangenbowle gedacht, wo jemand kommt und sich den Unterricht anschaut, oder an diese Geschichte, wo der Inspektor kommt. Das sind Momentaufnahmen, und die sind jetzt die Basis für diesen Senatsbericht. Das ist ein Riesenfehler im Design dieses Berichts.

Ein weiterer großer Fehler ist, dass die Eltern nur eine minimale Rolle spielen. In diesen Besuchergruppen von acht bis zwölf Personen war immer nur genau ein Elternteil. Es wurde zwar mit den Eltern gesprochen, aber es gab keine qualitativ hochwertige Befragung, wie der LEA sie fordert, sondern eine technokratische Rogator-Abfrage. Das ist keine qualitativ hochwertige Elternbeteiligung, und dann muss man sich auch nicht wundern, wenn so eine Lobhudelei dabei herauskommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was in diesem Bericht komplett ausgeblendet und auch bei den Begehungen nicht berücksichtigt wurde: Die Gymnasien in dieser Stadt bieten auch GBS an. Sie wurden aber gar nicht erst besucht, obwohl die Situation da katastrophal ist. Das ist wirklich ein Affront gegenüber dieser Schulform.

Trotzdem hat dieser Sachstandsbericht einige Defizite aufgezeigt – meine beiden Vorrednerinnen haben es schon kurz angesprochen –, und ich finde, das muss der Senat einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Ein Drittel der Schulen haben nämlich überhaupt gar keine Ruheräume. Das heißt, die Kinder, die da acht Stunden und mehr sind, haben überhaupt keine Möglichkeit, sich zurückzuziehen. Die ganze Situation um die Essenseinnahme und die Qualität des Essens ist teilweise katastrophal. Pappiges Essen, in Hektik und in lauten Räumen eingenommen, und dann auch noch unbegleitet beziehungsweise nur von irgendwelchen Hilfskräften begleitet. Vergleichen Sie das bitte einmal mit den gebundenen Ganztagsschulen. Bei 30 Prozent der Schulen gibt es keine Kooperation zwischen Trägern und Schule. Das hat doch mit Ganztag nun wirklich gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kooperationszeiten reichen nicht. Dafür, so ist zu lesen, gäbe es ein Mitteilungsbuch. Ein Mitteilungsbuch kann ich vielleicht in der Pflege einsetzen, um zu notieren, wer wann wie viel getrunken hat und wie er oder sie gelagert wurde, aber für Pädagogik im Ganztag und in Bezug auf Kinder reicht das überhaupt nicht aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Dr. Stefanie von Berg)

Da begegnen sich der Vormittag und der Nachmittag wie Schiffe in der Nacht, nämlich gar nicht.

(*Lars Holster SPD:* Stimmt doch einfach nicht!)

Die sehen sich nicht, die hören sich nicht, da weiß der Vormittag nicht, was der Nachmittag tut, und andersherum.

(Zuruf aus dem Plenum)

– Die Schiffe haben wenigstens noch Beleuchtung, rot, grün und weiß. Erzieherinnen und Lehrkräfte sind noch nicht einmal beleuchtet.

(*Gabi Dobusch SPD:* Das mit den Bildern ist so eine Sache!)

Einziges Fazit: Wir brauchen eine Beförderung des rhythmisierten Ganztags in Hamburg. Das kann ich bei diesem Senat überhaupt nicht erkennen. Er behauptet, die GBS sei eine Ganztagsschule. Aber auch hier zitiere ich wieder Ihren Kollegen Herrn Stegner, der gerade am Montag gesagt hat, Ganztagsschule sei die gebundene Ganztagsschule, sei die rhythmisierte Ganztagsschule. GBS ist allenfalls ein Übergang, denn das ist nachmittags einfach nur Betreuung. Wenn Sie auf Seite 24 in Ihrem Bericht sagen, es sei alles gut, dann ist das wirklich ein Witz. Wir haben deutlich gemacht, dass es riesige Defizite gibt. Da muss man als Senat einmal das halb leere Glas sehen und nicht das halb volle. Ich sage Ihnen: Der Kaiser ist nackt, und der Senat ist gut beraten, das auch zur Kenntnis zu nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Des Kaisers neue Kleider – wir könnten dazu noch einiges sagen. Ich möchte mich mehr auf GBS beschränken.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Senator Rabe, Ihre sogenannten Zwischenbilanzen sind – wir lesen es überall, alle sagen es und auch wir können es nicht anders nennen – nichts weiter als blechernes Wahlkampfgetöse.

(Beifall bei der FDP)

Ihr durchweg geschöntes Fazit in Sachen Ganztagsbetreuung kann die FDP-Fraktion in keiner Weise teilen, im Gegenteil, Ihre Zwischenbilanz ist ernüchternd. Der Bericht GBS-Standortbesuche macht nämlich vor allem eines sehr deutlich: Es rächt sich, dass die Ausweitung der Ganztagsangebote überstürzt und ohne vernünftige Planung in den Schulen eingeführt wurde. Lassen Sie mich dafür ein paar Beispiele nennen; einige sind schon genannt worden, einige nicht.

Erstes Beispiel: die baulichen Rahmenbedingungen. An 50 Standorten gibt es immer noch Provisorien beim Mittagessen. 62 Schulen, also die Hälfte aller Standorte, beklagen die unbefriedigende Raumsituation. Das ist keine Überraschung. Alle, auch meine Fraktion, haben genau davor gewarnt. Selbstverständlich reichen die Klassenräume für den Nachmittagsbetrieb nicht aus. Einzig sinnvoll wäre gewesen – da wollten Sie leider wieder einmal nicht auf uns hören –, die Ganztagsangebote an den Schulen nach und nach, dafür aber qualitativ gut einzuführen und in der Zwischenzeit die Horte bestehen zu lassen.

(Zuruf aus dem Plenum)

– Das ist immer Klasse statt Masse. Wir stehen da nicht so drauf.

Zweites Beispiel: Kooperation zwischen Schule und Träger. Bei einem Drittel der Standorte wird die unzureichende Kooperation und Verzahnung zwischen Vor- und Nachmittag kritisiert. Die Schulbehörde verweist in ihrem Bericht stolz auf die Kooperationspauschale mit der – ich zitiere –:

"[…] pro Tag eine Viertelstunde bezahlte Zeit entstehen [kann], in der sich die Mitarbeiter von Schule und Kooperationspartner austauschen können."

Wow. Das ist kein Grund für Selbstlob, das ist vielmehr ein schlechter Witz.

(Beifall bei der FDP)

Und es ist Beleg dafür, dass die Rahmenbedingungen für die Kooperation von vornherein schlecht geplant wurden. Kein Wunder, wenn die Kooperation an so vielen Standorten dann nicht funktioniert.

Drittes Beispiel: Hausaufgaben. Der Bericht zeigt nicht nur Schwachstellen, er zeigt auch Absurditäten. So müssen die Schüler von 37 Standorten, also rund einem Drittel der GBS-Schulen, ihre Hausaufgaben zu Hause machen. Das war es dann in Sachen Ganztagsbetreuung; das machen wieder die Eltern. Ganztag hat damit nichts zu tun – ein schlechtes Fazit.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Ein weiterer Punkt ist mir als Bildungspolitikerin besonders wichtig, da Bildung nicht nur Schule, sondern vieles mehr umfasst. Es gibt in dieser Stadt, wie Sie wissen, viele tolle Angebote in den Stadtteilen. Ich nenne nur einige: Angebote der offenen Kinder- und Jugendhilfe, Jugendgruppen von den Pfadfindern bis hin zur katholischen Jugend, Sportvereine, Musikschulen und vieles mehr. Sie alle haben eines gemeinsam, sie klagen darüber, dass immer weniger Kinder Zeit haben, diese wertvollen Angebote in Anspruch zu nehmen. Der vorliegende Bericht bestätigt das nun schwarz auf weiß. Sozialräumliche Angebote werden im Rahmen von

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

GBS nur wenig genutzt. Dabei sollte doch gerade die Integration des Stadtteils in den Nachmittag die Stärke des Konzepts sein – Fehlanzeige. Hier werden riesige Potenziale verschwendet, um den Ganztag besser zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Der vorliegende GBS-Standortbericht bleibt weit hinter den Erwartungen zurück, die Sie, Herr Rabe, selber geschürt haben. Im Sommer haben Sie ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung angekündigt, neben der Begehung der Schulen eine Datenbank mit wichtigen Eckdaten der einzelnen Standorte und die Entwicklung von Qualitätsstandards für die Weiterentwicklung der GBS-Angebote. Die Datenbank habe ich bisher vergeblich auf Ihrer Internetseite gesucht, ich konnte sie nicht finden – wahrscheinlich ist sie nicht da –, und die Qualitätsstandards werden in der Drucksache mit keinem einzigen Wort erwähnt. Das muss man sich auch einmal reinziehen. Sie wollten doch Qualität. Wo ist die Qualität? Wir konnten sie nicht finden, Sie wahrscheinlich auch nicht, sonst hätten Sie sie erwähnt.

Herr Senator Rabe, diese Zwischenbilanz ist keineswegs positiv, sie ist vielmehr ein Dokument des Desasters, das Sie in Sachen Ganztagsbetreuung angerichtet haben. De facto ist dieser Sachbericht eine Fallsammlung, die vor allem dazu führen sollte, es mit der Ganztagsbetreuung in Hamburg endlich ernst zu nehmen, sie besser zu machen und sie qualitativ auf einen Stand zu bringen, bei dem wir überhaupt von echter Ganztagsbetreuung reden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Wer die Macht hat, Regeln aufzustellen, stellt Regeln auf, die ihn gewinnen lassen. Das sagt eine alte Weisheit, und das hat die SPD richtig gut begriffen. Nach dieser Maxime haben der SPD-Senat und Schulsenator Rabe die GBS-Standortbesuche organisiert. An den 124 Standortbesuchen nahmen in der Regel acht bis zwölf Personen teil, aber – Frau von Berg hat darauf hingewiesen – immer nur eine Vertretung der Eltern; alle anderen kamen aus der Schul- und der Trägerbürokratie. Herausgekommen ist eine Unterrichtung der Bürgerschaft, nach der, ich fasse einmal zitierend zusammen, alles "auf einem guten Weg ist", "in den meisten Fällen gut gelungen ist", "eine große Zufriedenheit mit der Betreuung vorherrscht", "die Personalsituation gut ist", "die Mittagessensituation standortbezogen zufriedenstellend ist" und so weiter und so fort. Das nennt man eine gefühlte Zufriedenheit. Gefühle sind aber keine Kriterien. Das ist der Mangel an diesem Bürgerschaftlichen Ersuchen.

Auch die Elterninitiative "Guter Ganztag" erklärt in einer Presseerklärung – ich zitiere –:

> "Eltern und Kinder sind eben nicht zufrieden. […] Die viel beschworenen 'Anfangsprobleme' bestehen fort."

Was sind das für Anfangsprobleme? Angefangen von der Raumfrage und der Kooperation zwischen den Lehrkräften am Vormittag und den Betreuungskräften am Nachmittag über das Mittagessen, die hygienischen Zustände, die Gruppengrößen, die Hausaufgaben, die Randzeiten und die Gebühren bis hin zur Inklusion, die, darauf ist schon hingewiesen worden, in dem ganzen Bericht überhaupt nicht vorkommt – und das in der heutigen Zeit. Das lässt tief blicken. Auch der Ganztag an Gymnasien findet in diesem Bericht nicht statt. Dadurch werden zwei sehr große Bereiche ausgeblendet, was die Aussagekraft dieses Berichts noch einmal mindert.

Ich möchte beispielhaft zwei Problembereiche aufzeigen, die Raumfrage und die Gruppengrößen. Zur Raumfrage schreibt die Elterninitiative "Guter Ganztag"**:**

> "Eines der zentralen Probleme im Ganztag bleiben die Räume. […] 99 Prozent der Kinder [verbringen] ihre Nachmittage im Klassenzimmer."

Diese Zahl hat mich erschreckt. Das ist wirklich eine Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

> "Inwiefern flexibles Mobiliar an diesem Missstand etwas ändern kann und woher der Platz für die benötigten Rückzugsräume"

– die angekündigt sind –

> "kommen soll bei gleichzeitig fortbestehenden Verkaufsplänen für hamburgische Schulflächen, verschweigt der Bericht […]. Der hohe Lärmpegel …"

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Heyenn, das ist ein gutes Stichwort. Ich habe mir das jetzt über verschiedene Debatten hinweg angehört. Wir sind bei der Pädagogikdebatte des Tages. Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass es zu laut ist, aber es scheint pädagogisch nicht anzukommen; vielleicht habe ich die falsche Didaktik. Es ist immer noch unerträglich laut. Die Redner haben das Mikrofon, die sind im Zweifel immer lauter. Und vielleicht noch der Hinweis an die Abgeordneten auf dieser Seite des Hauses: Alle Abgeordneten haben einen Platz. Den kann man auch einnehmen.

Dora Heyenn DIE LINKE (fortfahrend): Die Elterninitiative schreibt also:

> "Der hohe Lärmpegel, der mit der Raumnot einhergeht, stresst Kinder und Mitarbeiter."

Ich glaube, wir sind auch gestresst, wenn hier viel zu viel Lärm ist. Es wäre schön, wenn der Appell der Präsidentin gehört würde.

Insbesondere beim Mittagessen ist der Lärmpegel sehr hoch. Jeder, der einmal zur Mittagszeit in einer Schulkantine war, weiß, dass das schon gesundheitsgefährdend ist. Es fehlen neben Lärmschutzdämmungen eben auch Rückzugsräume für die Kinder – darauf ist schon hingewiesen worden –, in denen sie sich einfach einmal erholen können, und das auch nachhaltig. Die Raumplanung der Behörde, zum Beispiel beim Kantinenbau, ist davon ausgegangen, dass 60 Prozent der Schülerschaft die Nachmittagsangebote annimmt. Tatsächlich sind es aber über 80 Prozent, und deswegen ist die Auslegung von vornherein zu eng. Das wird auch in den folgenden Jahren große Probleme bereiten.

Der zweite Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist auch ein sogenanntes Anfangsproblem, nämlich die Gruppengrößen. Während im Sachbericht von einem Median von zwölf Schülerinnen und Schülern pro Betreuungskraft die Rede ist, macht die Schulbehörde daraus in ihrer Presseerklärung einen Durchschnitt von zwölf Schülerinnen und Schülern. Dabei wissen nicht nur Informatiker, dass der Median etwas anderes ist als der Durchschnitt. Wir haben deswegen eine Anfrage gestellt, die bis heute noch nicht beantwortet ist, weil wir wissen wollen, welche Zahlen denn nun eigentlich stimmen.

Ebenfalls kritisch betrachtet die Initiative "Guter Ganztag" die Ergebnisse des Senators zur Gruppengröße, da nach wie vor ein Schlüssel von 1:23 in normalen Stammgruppen finanziert ist. Es ist nicht klar, woher die Mittel für die angeblich beobachteten Gruppengrößen von elf bis sechzehn Schülern je Erzieher kommen sollen. Wir vermuten, dass es sich hier um durchschnittliche Gruppengrößen handelt und die tatsächlichen Gruppengrößen mit den Erfahrungen an den Schulen nichts zu tun haben. Man sieht, dass schöngerechnet wird und dass die Einschätzungen des SPD-Senats mit den Erfahrungen der Eltern nicht kompatibel sind. Das liegt daran, dass die Eltern gegenüber den Behörden- und Trägervertretern bei den Standortbesuchen völlig unterrepräsentiert gewesen sind; darauf wurde schon hingewiesen. Mit derartigen Sachberichten können nur der SPD-Senat und seine PR-Abteilung etwas anfangen. Um dies zu ändern, haben wir drei Vorschläge.

Der erste Vorschlag: Außer einer Vertretung der Eltern an den jeweiligen Schulen sind auch die Elternkammer, die Schüler/-innenkammer und die Lehrerkammer an den Standortbesuchen zu beteiligen.

Der zweite Vorschlag: Der Elternkammer, der Schüler/-innenkammer und der Lehrerkammer ist die Gelegenheit zu einem Minderheitenvotum zu geben. Das ist beispielsweise bei den jährlichen Berufsbildungsberichten von den Gewerkschaften und von der Arbeitgeberseite üblich.

Der dritte Vorschlag: Bei der Beurteilung ist die Meinung der Eltern gesondert auszuweisen und nicht in der Gruppenmeinung der acht bis zwölf Behörden- und Trägervertreter einfach unterzurühren.

> (Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Dann hätten wir eine realistische Datengrundlage, mit der die GBS nachhaltig verbessert werden muss. Denn dass sie verbessert werden muss, daran dürfte auch die SPD keinen Zweifel haben.

> (Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Rabe.

Senator Ties Rabe: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich abweichend von meinem Manuskript zunächst auf Ihre Frage, Frau Heyenn, eingehen. Wie kann es angehen, fragt Frau Heyenn, dass die wahren Gruppengrößen bei 12 Kindern liegen,

> (*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ja, sind sie denn wahr?)

wo die Gruppen nach Landesrahmenvertrag 23 Kinder umfassen. Liebe Frau Heyenn, hätten Sie doch diesen Bericht gelesen, das wäre nicht schlecht gewesen. Wer liest, ist klar im Vorteil in dieser Republik. In dem Bericht steht: Auf 23 Kinder finanziert die Schulbehörde erstens eine volle Stelle Erzieher plus 0,2 Stellen Leitungskräfte plus 0,1745 – ich weiß nicht, wer sich das ausgedacht hat – Vertretungskräfte und auf alles obendrauf 20 Prozent Aufschlag pädagogisches Budget. Das macht 1,7 Stellen auf 23 Kinder, und nun merken Sie, warum es möglich ist, kleinere Gruppen zu gründen.

> (Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Aber von diesen Petitessen abgesehen, möchte ich noch einmal kurz den Gesamtzusammenhang darstellen. Erinnern wir uns an 2011. 50 von 200 Hamburger Grundschulen waren Ganztagsschulen. Von knapp 60 000 Grundschulkindern waren nur 20 000 in der komfortablen Lage, nachmittags in den Horten oder Ganztagsschulen betreut zu werden. Das Angebot war viel zu gering. Wir als SPD haben den vielen, die keinen Platz be-

(Senator Ties Rabe)

kommen haben – wir wissen heute, es sind 20 000 Kinder in dieser Stadt gewesen, die keine Nachmittagsbetreuung hatten – versprochen, dass wir sie nicht länger am Nachmittag allein lassen. Deshalb haben wir konsequent gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich war das eine große Wegstrecke, die zurückgelegt werden musste. Wir erinnern uns an die Vergangenheit, als durchschnittlich zwei Grundschulen pro Jahr zu Ganztagsschulen wurden. Hätten wir den Empfehlungen von Frau Prien und Frau von Berg Folge geleistet und in diesem Tempo weiter gemacht, dann wären wir in 75 Jahren dort, wo wir heute stehen. Wenn Sie ständig sagen, das sei zu schnell gewesen – und das können Sie gern so sehen –, dann seien Sie auch so mutig und sagen 20 000 Kindern: Ihr müsst weiter draußen bleiben, wir finden das zu schnell, sucht euch weiter nachmittags bei Karstadt die entsprechende Betreuung, wir helfen nicht. Das ist aber nicht unsere Politik, und deswegen haben wir gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb haben wir in der Tat einen beispiellosen Ausbau der Ganztagsschulen eingeleitet. Wir haben in drei Jahren 150 Grundschulen zu Ganztagsschulen gemacht, und ich sage Ihnen ganz offen, damit haben wir das Tempo nicht verdoppelt – was in der Politik schon viel wäre –, auch nicht verdreifacht, sondern verfünfundzwanzigfacht. Wer 25-mal mehr tut, der hat sicherlich auch mindestens 25-mal so viele Probleme zu bewältigen, und natürlich ist nichts von Anfang an perfekt. Deshalb haben wir aber auch gesagt, wir machen keine Zwangsganztagsschule. Wem das tatsächlich noch nicht perfekt genug ist, der bekommt das Recht und kann selbstverständlich wie bisher nachmittags nach Hause gehen und zu Hause bleiben. Freiwillige Teilnahme war unser Weg und war der Weg des Parlaments. Aber das Spannende war, was die Kinder und Eltern auf diese Möglichkeiten antworteten. Dankenswerterweise ist wenigstens einmal gesagt worden, was Sie versuchen unter den Teppich zu kehren. Statt bisher 22 000 Kinder sagen nun 44 000 Kinder, wir möchten dort freiwillig mitmachen. Das ist eine Quote, die niemand hier im Hause auch nur annähernd prophezeit hat und die aus meiner Sicht zumindest eines zeigt: Kinder und Eltern sind schon jetzt mit dem Angebot hochzufrieden, sie gehen gern zu den Ganztagsschulen. Das sollten wir im Parlament auch einmal festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Diese Abstimmung mit den Füßen hat möglicherweise auch einen Grund.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Weil die Horte geschlossen sind vielleicht!)

Wenn ich nun insbesondere von der CDU und den GRÜNEN höre, das sei alles viel zu wenig und es gebe überall zu wenig Geld, dann finde ich das sehr verblüffend. Ich will noch einmal an das erinnern, liebe Frau Prien, was Sie genau wissen, aber immer vergessen zu sagen. Sie hatten damals 80 Millionen Euro für dieses Konzept bereitgestellt, Sie hatten damals keinerlei Übergabezeiten organisiert, Sie hatten damals auch keinerlei Baumittel für die Kantinen. Wir haben das Geld um 25 Prozent auf 110 Millionen Euro angehoben. Wir haben erstmals – anders als die GRÜNEN, Frau von Berg, schauen Sie gern noch einmal nach – eine Übergabezeit überhaupt finanziert, die fehlte bei Ihnen im Konzept. Und wir haben die Personalmittel um 20 Prozent erhöht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn Sie ständig nach mehr Geld rufen, sage ich als ehemaliger Theologe nur: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen. Die Taten sprechen eindeutig nicht dafür, dass CDU und GRÜNE sich mehr Mühe gegeben hätten, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird immer vom Protest der Eltern geredet. Ich darf daran erinnern, dass eine Deputierte der GRÜNEN eine Volkspetition angeschoben hat mit der schönen Formulierung "Wir wollen mehr Geld für den Ganztag" – in Klammern: Wer sollte da nicht unterschreiben? Das Spannende war, dass mittlerweile diese Petition – es ist eine Internetsache gewesen und Sie wissen, wie leicht es ist, im Internet entsprechende Unterschriften zu bekommen – beendet wurde wegen Erfolglosigkeit. Es waren nicht genügend Eltern bereit, überhaupt nur im Internet zu sagen, wir hätten gern mehr Geld. Ich will Ihnen offen sagen, gerade diese Entwicklung der Petition zeigt doch auch noch einmal, dass Eltern und Kinder mit der jetzigen Entwicklung hochzufrieden sind und sich nicht wünschen, dass jemand das Rad wieder zurückdreht.

(Beifall bei der SPD)

Dass dieser große Schritt gelungen ist, darf sich übrigens dieses Parlament und auch die SPD keineswegs allein auf die Fahnen schreiben. Wir wollen auch einmal herausstellen, dass es für die Schulleitungen, die GBS-Träger, für die vielen Beteiligten eine große Aufgabe war und ist, diese Schulen zu entwickeln. Ich bin sehr froh, dass der Bericht noch einmal gezeigt hat, dass alle Beteiligten hinter diesem Konzept stehen, es gut finden, es leben und dass viele Beispiele übrigens auch zeigen, dass mit diesen Mitteln sehr wohl gute Aufgabenerfüllung möglich ist und gute Ganztagsschulen gemacht werden können – nicht überall. Und deswegen geht es darum, die guten Beispiele einzupflanzen.

Aber ich finde es schon ein bisschen enttäuschend, Frau von Berg, dass Sie wieder den Ver-

(Senator Ties Rabe)

such machen, GBS durch die kalte Küche abzuschaffen. Sie diffamieren es als Ganztagsschule light, als keine echte, und es geht Ihrer Meinung nach nur die voll gebundene rhythmisierte. Wenn Sie das weiterhin vertreten wollen, dann erzählen Sie das bitte den vielen Erzieherinnen und Erziehern der Träger, die hervorragende Arbeit machen. Diese Denunziation – ich sage es offen – von guter Leistung finde ich nicht angemessen. Die machen tolle Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben recht, es ist noch viel zu tun. Deswegen haben wir auch etwas gemacht, was es bisher in der Hamburger Schulpolitik kaum gab. Ich bin nicht der erste, der Ganztagsschulen eingerichtet hat, die SPD-Fraktion auch nicht, aber ist jemals einer hingegangen und hat nachgeschaut? Sie kennen die Antwort. Wir haben das zum ersten Mal gemacht, und ich bin froh, dass dabei eine Menge herausgekommen ist. Es sind gute Seiten herausgekommen, die Sie als Lobhudelei darstellen, und es ist Kritik dabei herausgekommen, und um die Kritik wollen wir uns kümmern. Aber erst recht ist dabei herausgekommen, dass es richtig ist, vor Ort nachzuschauen, mit den Menschen zu sprechen, alle einzubinden, die Träger ebenfalls, und übrigens auch nicht die Eltern auszuschließen. Ich erinnere einmal an die Schulinspektion. Die hat damals eine andere Fraktion eingerichtet, ich erinnere mich nicht, dass eine Elternbeteiligung dabei vorgesehen war. Wir haben das bei den Begehungen gemacht, und ich freue mich, dass dieser Bericht ein objektives und vernünftiges Bild zeichnet. Wir werden auf diesem Weg weitermachen. Ich freue mich über den Rückenwind aus dem Parlament für die künftige Begehung. Das machen wir jetzt jedes Jahr, weil es der Sache nützt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun der fraktionslose Abgeordnete Herr Dr. Scheuerl.

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Senator Rabe! "Oh, wie schön ist Panama" heißt die Geschichte von Janosch, in der ein Bär sich das Traumland vorstellt. So hörte sich das an, was Sie, Herr Rabe, uns gerade erzählt haben, als Sie die GBS-Situation über den grünen Klee gelobt haben. Auch was die Kollegin aus der SPD-Fraktion vorhin erzählt hat, hörte sich so an.

(*Gabi Dobusch SPD:* Sie wissen aber doch, wie die Geschichte von Janosch ausgeht!)

Ich möchte gar nicht wiederholen, was die Oppositionskollegen im Einzelnen zu den vielen im Moment bestehenden Defiziten und Mängeln bei der aktuellen GBS-Nachmittagsaufbewahrung aufgeführt haben. Das ist alles richtig. Dazu gibt es – und dafür möchte ich an dieser Stelle nur werben – draußen eine stetig wachsende Volksinitiative guter-ganztag.de. Besuchen Sie die Webseite, dort finden Sie die objektiven Informationen.

Wir sind hier in der Debatte, und deswegen möchte ich nur auf die politische Argumentation eingehen, auf die angebliche Abstimmung mit den Füßen, die Herr Senator Rabe uns gerade erklären wollte, nämlich, dass Hamburger Eltern angeblich alle nun in die GBS-Aufbewahrung streben, sei doch ein Beleg für Qualität. Das ist ein Für-dumm-Verkaufen der Hamburgerinnen und Hamburger. Ich möchte einmal kurz an die Historie erinnern.

(*Wolfgang Rose SPD:* Da sind Sie ja Experte!)

Im Februar 2013 haben wir hier eine Debatte geführt, weil sich die SPD damals Folgendes ausgedacht hatte: Den Eltern, die bisher frei entscheiden konnten, wo ihr Kind nachmittags betreut wird – im Hort oder in der Kita – und einkommensabhängig einen Kita-Gutschein hatten, wurde Anfang 2013 zum Sommer 2013 angekündigt, dass sie ihr Kind nachmittags in die GBS-Aufbewahrung geben müssten, wenn es an einer Grundschule ist, die zur GBS-Schule erklärt wurde und dort eine GBS-Aufbewahrung stattfindet. Das war es dann mit dem Wahlrecht, das war es dann mit dem Kita-Gutschein. Das ist die von der SPD eingeführte Gesetzeslage. Die SPD hat den Eltern, die darauf angewiesen waren, die Kita-Gutscheine im Sommer 2013 genommen, und Herr Senator Rabe ist es, der sich gestern vor die Presse setzt und sich heute hier hinstellt und von einer Abstimmung mit den Füßen spricht, weil all die Eltern – Klammer auf: denen er den Kita-Gutschein weggenommen hat – nun in die GBS-Schulen kommen. Das ist eine tolle Abstimmung mit den Füßen. Das ist ein Für-dumm-Verkaufen der Hamburgerinnen und Hamburger. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Anmeldequoten kommen doch deshalb zustande, weil die Familien dieser Stadt mittlerweile eine völlig andere Lebenssituation haben. Die kommen aus den Krippen und aus den Kitas und können gar nicht anders, als in die Nachmittagsbetreuung zu gehen, und die gibt es nur noch in Form von Ganztagsschule oder GBS. Das ist ein zentrales Argument, und Sie müssen nicht so tun, als ob die Anmeldequoten auf diesem hervorragenden System beruhen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Dr. Stefanie von Berg)

Abgesehen von diesem Argument in der Sache möchte ich noch einmal etwas zum Verhalten des Senators uns Abgeordneten gegenüber sagen. Mir ist zunehmend aufgefallen, dass Sie, Herr Senator Rabe, uns wirklich schulmeisterlich behandeln.

(*Wolfgang Rose SPD:* Wer ist hier wohl schulmeisterlich!)

Sie unterstellen Frau Heyenn, sie habe den Bericht nicht gelesen, Sie unterstellen uns, wir hätten dies nicht gelesen und das nicht verstanden. Heute Morgen im NDR haben Sie gesagt, ich hätte die Zahlen nicht auf dem Schirm, dabei haben Sie die Zahlen Ihrer Protokollerklärung nicht richtig interpretiert; auch nennen Sie meinen Namen zum Beispiel nur unvollständig. Ich finde, das ist ein Verhalten, das eines Senators nicht würdig ist. Das möchte ich an dieser Stelle einfach einmal sagen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der FDP, der LINKEN und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Prien von der CDU-Fraktion das Wort.

Karin Prien CDU:* Herr Senator, ich kann es Ihnen leider nicht ersparen. Was Sie heute vorgetragen haben, entspricht dem Muster Ihrer gesamten Schulpolitik. Sie versprechen zuerst den Leuten das Blaue vom Himmel, Sie planen nicht richtig durch, Sie stellen nicht hinreichend Konzeption, personelle und sachliche Ressourcen zu Verfügung, und dann sagen Sie den Beteiligten vor Ort: Nun seht einmal zu, wie ihr damit zurechtkommt. Ihr bekommt das schon irgendwie hin, denn so großzügig wie wir als SPD sind, sind wir in die Fläche gegangen, das war das Bedürfnis der Menschen. Ich glaube, hier verwechseln Sie Henne und Ei. Sie müssten den Schneid in der Hose haben, den Leuten zu sagen,

(Zurufe aus dem Plenum: Ah!)

was Sie als SPD-Senat leisten können, für welche Anzahl von Kindern Sie eine qualitativ hochwertige GBS anbieten können und was Sie nicht mehr schaffen. Diesen Mut haben Sie nicht gehabt, und deshalb müssen Sie sich nun sagen lassen, dass das, was Sie jetzt als Ganztagsschule leisten, Ihrem eigenen Anspruch an das, was Sie tun wollten, nicht gerecht wird.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Prien, ich möchte Sie dezent auf den parlamentarischen Sprachgebrauch hinweisen.

Ich erteile nun Frau von Treuenfels von der FDP-Fraktion das Wort.

(*Wolfgang Rose SPD:* Katastrophenstimmung!)

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, denn das meiste ist von der Opposition gesagt. Eines möchte ich aber noch zu diesen Tricks anführen, die Sie, Herr Senator Rabe, anwenden. Sie machen das oft, wie alle von der SPD. Finden Sie es denn wirklich berechtigt, uns zu unterstellen, wir würden die Arbeit der Erzieherinnen nicht würdigen, wenn wir Kritik an den Zuständen in den Schulen oder Kitas oder der GBS äußern? Ich finde es horrend, uns das zu unterstellen. Das finde ich echt krass, ehrlich gesagt. Wie kann man denn so etwas machen?

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir wollen doch denen gerade helfen – das tun wir alle, Sie schmieden die Opposition geradezu zusammen –, denn die beklagen sich doch auch selbst. Wie kann man denn so scheinheilig daher gehen und sagen, wir würden die gute Arbeit dieser armen Erzieherinnen nicht würdigen. Diese armen Erzieher arbeiten unter Druck, die Lehrer tun es auch. Das ist es, was wir anprangern. Wir reden nichts schlecht, sondern wir wollen, dass Sie die Kritik ernst nehmen und nicht immer nur alles beschönigen, und wir wollen, dass Sie endlich einmal aufwachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Holster von der SPD.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Wir sind total wach!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist es die Aufgabe der Opposition, Kritik zu üben, aber Sie sagen, die GBS liefe flächendeckend nicht, das sei flächendeckend alles nur Aufbewahrung; das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hervorragende Kooperationen bei der GBS. Wir haben hervorragende Träger, Sportvereine, Kirchen, die Elbkinder, viele Kindergärten, die das hervorragend machen. Es gibt viele Beispiele. Nun darzustellen, dass sich diesen Bericht irgendjemand ausgedacht hat, ist vollkommener Blödsinn, und das weisen wir entschieden zurück.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Unterrichtung aus Drucksache 20/13220 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 54 und 51, die gemeinsam debattiert werden, Drucksachen 20/13418 in der Neufassung und 20/13415, Antrag der CDU-Fraktion: Keine weiteren Fakten schaffen – Haushaltsmittel für die sogenannte Busbeschleunigung sperren und Antrag der FDP-Fraktion: Busbeschleunigung an Papenhuder Straße und Hofweg stoppen.

[Antrag der CDU-Fraktion:
Keine weiteren Fakten schaffen – Haushaltsmittel für die sogenannte Busbeschleunigung sperren
– Drs 20/13418 (Neufassung) –]

[Antrag der FDP-Fraktion:
Busbeschleunigung an Papenhuder Straße und Hofweg stoppen
– Drs 20/13415 –]

Zur Drucksache 20/13415 liegt ein Antrag der CDU-Fraktion auf Überweisung an den Verkehrsausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse von der CDU-Fraktion.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie nervös müssen Sie sein, liebe Genossinnen und Genossen?

(*Dorothee Martin SPD:* Gar nicht, gar nicht!)

Das meine ich nicht nur bezüglich der Schulpolitik, für die wir es eben schon festgestellt haben, sondern wir sehen auch bei der Busbeschleunigung immer mehr, was Sie sich hier erlauben. Ein Staatsrat ist bei einer Diskussion bei "Schalthoff Live" und diffamiert dort Initiativen-Mitglieder für ihre Parteizugehörigkeit, als ob sich nicht auch Genossinnen und Genossen außerhalb ihrer Parteizugehörigkeit irgendwo engagieren dürften. Zudem behauptet er einfach irgendwelche Dinge aus der Not heraus, die sich im Anschluss als falsch herausstellen. Ein Vertrauensmann dieser Initiative bekennt sich anschließend zu seiner SPD-Mitgliedschaft, weil er der Meinung ist, dass so etwas nicht geht, sich nicht gehört. In der gleichen Sendung "Schalthoff Live" leidet der Hochbahnchef und Genosse Günter Elste anscheinend an Altersschwäche, was sein Gedächtnis angeht.

(*Karin Timmermann SPD:* Na, na, na! – *Sören Schumacher SPD:* Das ist ja unglaublich!)

Das ist übrigens der, meine sehr verehrten Damen und Herren, der sich je nach politischer Lage wie ein Freudenmädchen durch die Stadt bewegt, einmal die Stadtbahn toll findet, und kaum möchte es Bürgermeister Scholz, dann ist die Stadtbahn für Günter Elste doch kein Projekt mehr, das man verfolgen sollte. Es ist übrigens genau dieser Genosse Elste, der sich in der Sendung nicht mehr an das Thema Electronic Ticketing erinnerte, welches von der CDU immer vorangetrieben wurde und bei dem seine Hochbahn eher gebremst hat.

Dann haben wir bei der Busbeschleunigung – und das Bild spricht für sich – einen Bürgermeister, oder sollte ich eher sagen einen Buddha, Scholz, der immer so tut, als interessiere ihn das gar nicht.

(Zuruf von der SPD: Was soll das!)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren! Olaf Scholz sitzt dort, grinst, wie man ihn kennt,

(*Sören Schumacher SPD:* Haben Sie Pillen genommen?)

als ob ihn dieses Thema gar nicht interessiert; es geht alles an ihm vorbei.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte zum einen um mehr Ruhe und zum anderen möchte ich Sie, Herr Hesse, doch bitten, etwas mehr beim Thema der Debatte zu bleiben.

Klaus-Peter Hesse CDU: Ich bin beim Thema, liebe Frau Präsidentin.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Hesse, wenn eine Ansage von diesem Präsidium kommt, dann gibt es keine Gegenrede. – Sie können gern fortfahren.

(Beifall bei der SPD)

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Busbeschleunigung ist ein Thema, bei dem man der Fraktion der SPD keine Denkverbote geben sollte. Dieser Bürgermeister macht es. Das haben wir in unterschiedlichen Bereichen festgestellt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Gerade vor wenigen Wochen, als sich die Initiative gegründet hat, haben wir eine Selbstbefassung im Ausschuss beantragt. Was macht der Ausschussvorsitzende Genosse Buschhüter? Der sagt, eine Selbstbefassung wollen wir nicht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wenn man dich so reden hört, weiß man, wieso!)

(Klaus-Peter Hesse)

Daraufhin haben wir als CDU-Fraktion eine öffentliche Anhörung beantragt. Sie werden es sich denken, meine sehr verehrten Damen und Herren, Genosse Buschhüter und die SPD sagen nein, auch das wollen sie nicht, es ist ihnen vollkommen schnuppe, worüber in dieser Stadt diskutiert wird und worüber sich die Menschen aufregen. Die SPD interessiert es nicht, sie geht ihren Weg und schaut nicht nach rechts und links. Das sind Fakten, und auch das gehört zum Thema Busbeschleunigung, über das wir heute sprechen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Dann haben wir einen Stausenator Horch, der seine Baustellen nicht in den Griff bekommt. Anstatt daraus zu lernen und das Busbeschleunigungsprogramm vielleicht etwas zurückzufahren oder sich zu überlegen, wie er mit den bestehenden Baustellen klarkommt, ruft er nach noch mehr Baustellen in dieser Stadt. Mein sehr geehrter Senator Horch, dafür werden Sie und die SPD am Wahltag eine Quittung von den Wählerinnen und Wählern bekommen, die diese Staus satt haben.

(Beifall bei der CDU – *Karin Timmermann SPD:* Da müssen Sie sich keine Gedanken drüber machen!)

Aber die Krönung ist die Kollegin Koeppen, die sich erdreistet, in einer Pressemitteilung Unwahrheiten zu behaupten, sodass ich gefühlt um 17.15 Uhr noch eine eigene Pressemitteilung herausgeben und das erst einmal richtigstellen musste. Ich unterstelle der Kollegin Koeppen für die Aussage und die falschen Zitate zu einer Anfrage des Abgeordneten Buschhüter aus der vorigen Legislaturperiode einmal boshaftes politisches Kalkül.

(Zuruf aus dem Plenum: Wie kann man denn so beleidigend sein? – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe. Herr Hesse, ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass Sie sich an den parlamentarischen Sprachgebrauch halten sollten. Die persönliche Diffamierung von einzelnen Abgeordneten und von Senatoren ebenso wie von Personen, die sich gar nicht im Raum befinden, sollten Sie schlicht unterlassen. – Bitte fahren Sie fort.

(Beifall bei der SPD – *Sören Schumacher SPD:* Jetzt grinst der noch!)

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das nicht alles durch Fakten unterlegt wäre, würde ich nicht so reagieren, aber es ist leider die Wahrheit, die ich darstelle, es ist die Realität,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das interessiert ihn gar nicht!)

und das macht es so schlimm, in dieser Stadt über das Busbeschleunigungsprogramm zu diskutieren.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich unterbreche die Sitzung für den Ältestenrat.

Unterbrechung: 18.22 Uhr

Wiederbeginn: 18.30 Uhr

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Die Sitzung der Bürgerschaft ist wieder eröffnet. Der Kollege Hesse kann mit seiner Rede fortfahren. Ich erteile ihm aber zuvor einen Ordnungsruf.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was hat die Busbeschleunigung in den Stadtteilen angerichtet?

Uhlenhorst: Eine Busbeschleunigung mit erheblichen Eingriffen in das Quartier, der Nutzen ist fragwürdig.

Osdorfer Born: Die Schneise durch den Osdorfer Born wird reaktiviert, der Nutzen für die Busse ist kaum feststellbar.

Lurup: Nachdem aufgrund von Maßnahmen der Busbeschleunigung die Radfahrer nicht mehr an der Bushaltestelle vorbeikommen, sollen sie auf der Straße fahren. Die Auswirkungen auf den Bus sind wohl eher negativ, denn er kann jetzt nicht mehr so schnell fahren.

Blankenese: Erst wollten die GRÜNEN einen Fahrradschutzstreifen in einem Tempo-30-Gebiet anlegen, was nach der Hamburger PLAST nicht vorgesehen ist, dann musste der Bus für eine breitere Straße herhalten, der immerhin ein im 20-Minuten-Takt verkehrender Metrobus ist. Potenzielle Fahrzeitgewinne konnten wegdiskutiert werden. Nun soll die Straße einfach noch breiter werden. Die Stadt hat schon erste Grundstücke von den Eigentümern gekauft, und für die Schüler seien breite Straßen auch sicherer.

Eimsbüttel: Hier wird eine Straße mit dichtem Busverkehr für viel Geld zurückgebaut. Für die Anwohner ist das gut, aber wie sieht das für die Busfahrzeiten aus?

Ich könnte noch lange so weiter machen und viele Beispiele nennen. Sicherlich gibt es bei diesen Beispielen auch Punkte, bei denen man kontrovers diskutieren kann, ob sie Sinn machen oder nicht. Was wir Ihnen aber vorwerfen, ist, dass Sie diese Diskussion nicht führen. Sie verweigern sich einer solchen Diskussion. Deshalb haben wir die Anhörung im Verkehrsausschuss beschlossen, damit Sie sich die Sorgen und Nöte der Menschen endlich anhören und die Fachleute vor Ort endlich ein-

(Klaus-Peter Hesse)

binden. Und seien Sie sich sicher: Sie werden kommen und sie werden Ihnen sagen, was Sie bei dem Busbeschleunigungsprogramm alles falsch machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich, warum nicht längst alle Ampeln auf den Strecken der Metrobuslinien mit Busvorrangschaltungen ausgestattet sind. Das wäre doch normalerweise die erste Maßnahme, wenn es einem tatsächlich darum geht, die Busse zu beschleunigen. Ich frage mich auch, was eigentlich breite Fahrradschutzstreifen wie zum Beispiel am Mühlenkamp bringen, wenn sie nicht freigehalten werden. Auch für so etwas hätte der BOD zuständig sein können, den Sie abgeschafft haben. Das ist Versagen der SPD auf der ganzen Linie, in den Bezirken und auf Landesebene.

(Beifall bei der CDU)

Wer heute das "Hamburger Abendblatt" gelesen hat, könnte auch eine ganze Menge zu den Baumfällungen im Rahmen des Busbeschleunigungsprogramms sagen. Ich gehe davon aus, dass das noch ein Thema wird. Wie viele Bäume mittlerweile gefallen sind und wie viele Parkplätze vernichtet wurden, spricht für sich.

Wir als CDU-Fraktion sagen eindeutig, dass die Busse drei Dinge brauchen: keinen Ticketverkauf mehr in den Bussen – das geht bei U- und S-Bahn auch –, Busvorrangschaltungen auf den Metrobuslinien, und zwar schnell, und konsequentes Vorgehen gegen Zweite-Reihe-Parker. Was wir nicht brauchen, ist Ihr Busbeschleunigungsprogramm.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding FDP* und Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Deswegen wollen wir mit unserem heute eingebrachten Antrag rechtzeitig stopp sagen. Die Menschen haben sich organisiert, sie haben sich in Initiativen zusammengeschlossen und sie fordern, dass das Volk über diese Busbeschleunigung abstimmt. Wir wollen, dass Sie kein Geld mehr für dieses Busbeschleunigungsprogramm ausgeben und keine Maßnahmen mehr durchführen, die in die Zukunft gerichtet sind. Wir sagen erst einmal stopp. Lassen Sie die Menschen abstimmen. Lassen Sie die Menschen auf der Straße entscheiden, was sie wollen. Stoppen Sie dieses Busbeschleunigungsprogramm. Hören Sie endlich auf, an den Menschen vorbeizuplanen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Katja Suding FDP* und Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Buschhüter von der SPD-Fraktion.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein lieber Herr Hesse, Ihre Rede war persönlich beleidigend. Ich fand sie über weite Strecken einfach unverschämt.

(Beifall bei der SPD – *Gerhard Lein SPD:* Der kann gar nicht anders!)

Ihnen gehen ganz offensichtlich die Argumente aus – alles nur Geschrei und Klamauk.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Buschhüter. – Meine Damen und Herren! Bitte mäßigen Sie sich auch bei den Zwischenrufen.

Ole Thorben Buschhüter SPD (fortfahrend): Sie hinterlassen eine Politik der verbrannten Erde. Wir scheuen keine Auseinandersetzung um die Vorteile der Busbeschleunigung, sie sollte aber bitte sachlich sein.

(Beifall bei der SPD)

"Die Busbeschleunigung führt auf den betroffenen Linien zu mehr Pünktlichkeit, verbesserter Einhaltung der Anschlüsse und kürzeren Fahrzeiten. Die Maßnahmen sind damit für den ÖPNV und dessen Attraktivität auch unter Klimaschutzaspekten als Erfolg zu bewerten […]."

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU:* Das sieht man ja täglich!)

Vielen Dank für den Applaus. Er gilt dem damaligen CDU/GAL-Senat, der genau dies 2010 auf eine Schriftliche Kleine Anfrage von mir geantwortet hat. Er hatte damals recht, und es ist traurig, dass CDU und GRÜNE davon heute nichts mehr wissen wollen. Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Buschhüter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hesse?

Ole Thorben Buschhüter SPD: Ja, bitte.

Zwischenfrage von Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Kollege, stimmen Sie mir zu, dass Ihre Schriftliche Kleine Anfrage damals zu den Ampelvorrangschaltungen beim Busbeschleunigungsprogramm gestellt wurde, zu nicht mehr und nicht weniger,

(*Jörg Hamann CDU:* Aha!)

und dass diese von mir eben auch als unstrittig erwähnt wurden und die SPD dazu aufgefordert wurde, dies möglichst schnell umzusetzen?

(Beifall bei der CDU)

Ole Thorben Buschhüter SPD: Muss ich die Antwort auch geben, wenn er nicht dort stehen bleibt?

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nein. Fahren Sie einfach in Ihrer Rede fort.

Ole Thorben Buschhüter SPD (fortfahrend): Das passt zu dem Bild, das er eben abgegeben hat.

(Beifall bei der SPD – *Jan Quast SPD:* Der bleibt gar nicht stehen, bis die Antwort kommt!)

Ich möchte trotzdem darauf antworten. Wenn Sie die Antwort genau lesen, dann werden Sie feststellen, dass es beim Busbeschleunigungsprogramm 2005, vom damaligen CDU-Senat zu verantworten, eben nicht nur um Ampelvorrangschaltungen ging. Der Senat antwortete damals ausdrücklich, dass die hohen Kosten für die Busbeschleunigung der Linie 25 auch in den mit ihr verbundenen umfangreichen Tiefbaumaßnahmen begründet seien. Also was ist das anderes als das, was wir heute machen? Ich kann es Ihnen sagen. Das, was die CDU 2005 getan hat, war viel zu wenig. Die Fahrzeiten auf der Linie 25 sind heute dieselben wie vor dieser Busbeschleunigung. Das macht deutlich, dass Ihre Busbeschleunigung light mittlerweile völlig verpufft und Ihre Empfehlung, wir sollten es so machen wie Sie damals, völlig fehl am Platze ist.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht eben nicht aus, sich nur auf die Ampelvorrangschaltung zu konzentrieren. Beim Thema Busbeschleunigung geht es um viel mehr. Deswegen und nicht, um etwas zu kaschieren, sprechen wir gerne auch von Busoptimierung, weil das deutlicher macht, dass der Kanon der Maßnahmen breiter ist und mehr umfasst als den reinen Aspekt der Busbeschleunigung. Ich führe es Ihnen gerne aus. Es geht um den Neubau von Haltestellen, die Falschparken verhindern , aber auch den Fahrgästen das Ein- und Aussteigen erleichtern, insbesondere mit Blick auf mobilitätseingeschränkte Fahrgäste.

(*Jörg Hamann CDU:* Die optimieren das Chaos!)

Es geht um das Einrichten von Busspuren. Es geht um das Überwachen des Parkens in zweiter Reihe oder in Busbuchten, die es im Übrigen vielerorts auch weiterhin geben wird. Es geht um mehr elektronische Anzeigetafeln. Es geht um die Aufstellung von Fahrscheinautomaten an stark frequentierten Haltestellen. Auf der Linie 5 wird es zukünftig mehr als doppelt so viele Fahrscheinautomaten geben als bisher, 30 statt 14, und auf den Linien 2 und 3 werden es 22 sein statt bislang 6. So viel zu Ihrem Geschrei, es gäbe keine Fahrscheinautomaten und es müssten mehr aufgestellt werden. Wir tun das schon längst.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um die Neuordnung des Straßenraums und um den Umbau von Kreuzungsbereichen. Es geht um die Einrichtung von zusätzlichen Abbiegestreifen an Kreuzungen, um Staus zu vermeiden. Es geht um den Bau von Haltestelleninseln, um das Umsteigen zwischen verschiedenen Buslinien zu erleichtern, und so weiter. Mit all diesen Maßnahmen steigern wir die Kapazitäten des Hamburger Bussystems, erhöhen die Reisegeschwindigkeiten, verbessern die Pünktlichkeit und bauen auch den Komfort aus. Die Busbeschleunigung führt zu einem stabileren, gleichmäßigeren Betrieb, sodass das Angebot durch zusätzliche Fahrten weiter ausgebaut werden kann; das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Dabei haben wir alle Verkehrsteilnehmer im Blick.

(*Jörg Hamann CDU:* Eine Märchenwelt!)

Wenn die LINKEN uns vorwerfen, das Busbeschleunigungsprogramm sei in Wirklichkeit ein verkapptes Programm zur Förderung des Autoverkehrs, was Sie, Frau Sudmann, immer wieder einmal gerne sagen, so ist das natürlich absoluter Unfug. Wenn aber durch einige der vielen Maßnahmen zur Busbeschleunigung auch Verbesserungen für den Autoverkehr erreicht werden können, dann setzen wir sie sehr gerne um.

(Beifall bei der SPD)

Es profitieren tatsächlich auch manchmal die Autofahrer. Warum denn auch nicht? Im Übrigen profitieren ganz häufig auch die Radfahrer. Sind Sie etwa auch dagegen? Statt die einzelnen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen, sollten die Oppositionsfraktionen endlich zur Kenntnis nehmen, dass niemand nur Autofahrer, nur Busfahrer oder nur Radfahrer ist. Wir müssen eine gute Mobilität in unserer Stadt sicherstellen, und zwar mit allen Verkehrsmitteln und für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Stillstand der zehn CDU-Jahre stehen wir vor der Herausforderung, kurzfristig reagieren zu müssen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn die Fahrgastzahlen steigen, auf bestimmten Buslinien stärker als anderswo, dann reicht es nicht, Pläne vorzulegen, die erst in zehn Jahren oder später ihre Wirkung entfalten, sondern dann muss sofort gehandelt werden.

(Beifall bei der SPD)

(Ole Thorben Buschhüter)

Die CDU mokiert sich über die Baustellen und setzt sich an die Spitze der Bewegung derer, die ein Problem haben mit der Neuaufteilung des Straßenraums für alle Verkehrsteilnehmer.

(*Jörg Hamann CDU:* Lesen Sie doch bitte etwas schneller!)

Gleichzeitig bietet die CDU die Stadtbahn als Alternative an, die an diesem Punkt viel radikaler und einschneidender ist als das bisschen Umbau für den Busverkehr, den wir aktuell betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CDU, die Geister, mit denen Sie sich gemein machen, werden Sie nicht wieder los. Wer wie die CDU schon bei der Busbeschleunigung die Nerven verliert – wir haben es heute noch einmal eindrucksvoll bewiesen bekommen –, der ist völlig unglaubwürdig, wenn er als Alternative die Stadtbahn empfiehlt, für die 100 Kilometer Stadtstraßen aufgegraben werden müssten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hesse, Ihr Konzept ist auch deshalb völlig unbrauchbar, weil Sie Strecken, auf denen wirklich Handlungsbedarf besteht, völlig ausblenden. Warum enthält Ihr Konzept kein Angebot für die Linie M 6?

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Die Frage treibt mich auch um!)

Schon 2011 berichtete die "Bild"-Zeitung über Hamburgs schlimmsten Stau-Bus auf der Linie M 6, und selbst die "Bild" erkannte, dass der größte Handlungsbedarf bei den Zweite-Reihe-Parkern und den Falschparkern in Busbuchten besteht. Genau da setzen die jetzigen Maßnahmen an. Natürlich sind die Baustellen anstrengend für Anlieger und Verkehrsteilnehmer, das wissen wir auch. Man kann es sich leicht machen wie die CDU und den Konflikten einfach aus dem Weg gehen. Damit löst man die Verkehrsprobleme unserer Stadt aber nicht. Oder haben Sie in Ihrem Konzept – ich frage Sie einmal ganz direkt – die erfolgreiche Umsetzung der Busbeschleunigung auf der Linie M 6 etwa bereits vorausgesetzt? Das würde erklären, warum Sie dort keine Stadtbahn vorschlagen. Dann schenken Sie den Hamburgern aber reinen Wein ein.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten setzen beim Ausbau des ÖPNV auf zwei Säulen: Busbeschleunigung sofort, um die Kapazitäten auf hochbelasteten Linien kurzfristig zu erhöhen, und Ausbau des U-Bahn-Netzes im zweiten Schritt. Das ist unser Angebot an die Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Ich wundere mich, Herr Hesse,

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Dass wir nicht alle begeistert sind?)

wie eine Partei, die einst die Wachsende Stadt propagiert hat, heute so kleinmütig sein kann und dem weiteren Ausbau der U-Bahn eine Absage erteilt.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Bürgerbeteiligung zur Umsetzung der Maßnahmen der Busbeschleunigung haben die Pläne vielfache Änderungen erfahren. Es ist falsch, wenn, wie im FDP-Antrag, suggeriert wird, die Bürgerbeteiligung sei ungenügend. Es haben unzählige öffentliche Veranstaltungen und Sitzungen stattgefunden, und diese waren auch nicht folgenlos. Beispielsweise werden aufgrund eines Antrags von SPD und GRÜNEN im Regionalausschuss zahlreiche Änderungen an der Uhlenhorst-Planung vorgenommen – der Senat hat es gestern Abend auf eine Anfrage von Frau Koeppen hin eindrucksvoll beschrieben –, und das ist auch gut so. Damit ist ein Großteil des FDP-Antrags schon längst gegenstandslos.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hesse, weil Sie mehrfach die Befassung im Verkehrsausschuss angesprochen haben. Es gibt kein Thema, das so häufig und so intensiv im Verkehrsausschuss beraten wurde wie das Thema Busbeschleunigung, vor allem, wenn ich es mit Ihrem Lieblingsthema aus der letzten Wahlperiode vergleiche. Alle halbe Jahr steht das Thema Busbeschleunigung auf der Tagesordnung des Verkehrsausschusses.

(*Jörg Hamann CDU:* Aber Sie werden nicht schneller!)

Wir scheuen die Auseinandersetzung nicht, wir legen alles offen. Und wir haben auch kein Problem mit der regelmäßigen …

(Zurufe aus dem Plenum)

– Wir haben nicht gegen die Selbstbefassung gestimmt, das ist ja lächerlich. Die Bürgerschaft hat die Selbstbefassung beschlossen und dem Verkehrsausschuss geradezu aufgedrängt. Wir werden sie weiterhin auf der Tagesordnung haben. Im Dezember ist der nächste Termin.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Warum haben Sie dann gegen die Anhörung gestimmt? – *Dr. Roland Heintze CDU:* Ja, zu viel Öffentlichkeit ist hinderlich!)

– Für die Anhörung ist unsere Zustimmung überhaupt nicht erforderlich, das wissen Sie doch. Das ist ein Minderheitenrecht. Selbstverständlich wird die Anhörung stattfinden, und ich freue mich darauf zu hören, was dort vorgetragen wird.

Der Widerstand der Opposition schlägt aber bisweilen doch Kapriolen; wir haben es heute gese-

(Ole Thorben Buschhüter)

hen. Auf zwei Beispiele möchte ich ganz besonders eingehen. Da wäre die Sache mit den XXL-Bussen. Zu behaupten, es würden zukünftig keine XXL-Busse mehr eingesetzt, wie die FDP es tut, ist so falsch wie dumm.

(Beifall bei der SPD)

Die vorhandenen XXL-Busse haben bald das Ende ihrer Lebensdauer erreicht und müssen so oder so ersetzt werden. Allerdings ist die Hochbahn wegen der vielen Werkstattaufenthalte unzufrieden mit dem Modell, das aktuell eingesetzt wird; das ist richtig. Gesucht werden deshalb Alternativen, die genauso viele Fahrgäste befördern können, aber zuverlässiger im Betrieb sind.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Stadtbahn!)

Wir brauchen weiterhin übergroße Busse und sie werden auch zukünftig eingesetzt, dann auch auf der Linie M 6.

Weil Herr Dr. Steffen mich schon so schön anschaut, kommen wir doch zu der von Ihnen verbreiteten Mär, der Senat nähme schon selber Abstand von der Busbeschleunigung und habe klammheimlich die Mittel dafür gekürzt. Davon ist nichts wahr.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Behauptung basiert auf einem Rechenfehler.

(*Jörg Hamann CDU:* Rechnen können Sie auch nicht!)

Offenbar brauchen Sie, lieber Herr Dr. Steffen, noch Nachhilfe beim Neuen Haushaltswesen. Das ist eine wirklich peinliche Nummer, die Sie sich da geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber die ganze Geschichte geht noch weiter, denn natürlich wurde in den Medien darüber berichtet. Auf abendblatt.de lief hierzu eine Online-Umfrage, an der rund zweieinhalbtausend Leser teilgenommen haben. 57 Prozent sagten, dass sie es falsch fänden, die finanziellen Mittel für die Busbeschleunigung zu reduzieren; darüber wurde übrigens nicht berichtet. Diese Sorge können wir den Lesern nehmen. Die Mittel werden nicht reduziert.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Busbeschleunigung ist das Mittel der Wahl, um die Kapazitäten des Busverkehrs auf hochbelasteten Linien kurzfristig zu erhöhen, und das sehen auch die Fahrgäste so. In Kürze werden die letzten Maßnahmen auf der Linie M 5 abgeschlossen sein. Dann werden die Fahrgäste dort alle Vorzüge der Busbeschleunigung im wahrsten Sinne des Wortes erfahren können. Dies wollen wir ihnen nicht vorenthalten und lehnen die vorgelegten Anträge deshalb ab. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Steffen von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir vielleicht wieder einmal zurück zu den Anträgen.

Die CDU hat beantragt, die Mittel einstweilen einzufrieren. Das ist Gegenstand der Debatte. Die Begründung der CDU: Es gibt eine Volksinitiative, die den Stopp des Busbeschleunigungsprogramms zum Gegenstand hat. Und solange diese erste Stufe läuft, sollten nicht weiter vollendete Tatsachen geschaffen werden, damit dieses Instrument der Bürgerbeteiligung nicht ausgehebelt wird. Das ist der Antrag der CDU, und diesem Antrag stimmen wir zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Es ist nämlich der zentrale Fehler, den der Senat beim Thema Busbeschleunigung macht, dass er mit der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung auf Kriegsfuß steht. Zum Glück gibt es jetzt diese Volksinitiative, die dafür sorgt, dass die Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern auf der Ebene geführt werden, wo die Entscheidungen fallen, nämlich auf der Landesebene. Das musste so erfolgen, weil der umgekehrte Weg nicht gegangen wird. Weder Senator noch Staatsrat sind in die Sitzungen vor Ort gegangen und haben sich den Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Es wurden immer schön die Bezirksabgeordneten vorgeschickt,

(*Wolfgang Rose SPD:* Was ist denn das für ein Demokratieverständnis?)

und die durften sich dann die Watschen abholen für das Busbeschleunigungsprogramm. Das ist nicht mutig, sondern wirklich feige an der Stelle. Man merkt, welche Schwierigkeiten dieser Senat mit dem Busbeschleunigungsprogramm hat und wie schwer er sich auch in der Sache damit tut.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Wolfgang Rose SPD:* Jetzt soll der Senator in die Regionalausschüsse gehen, oder was?)

– Es wäre richtig, sich vor Ort den Diskussionen zu stellen, wie es uns der Senat bei anderen Themen auch vorgemacht hat.

Wir haben es schon mehrfach an dieser Stelle gesagt: Wir lehnen dieses Programm der Busbeschleunigung ab, weil es zu viele Kosten bei zu wenig Effekt mit sich bringt. Am Anfang der Wahlperiode haben wir uns die Drucksache, die diesem Programm der Busbeschleunigung zugrunde liegt, sehr gründlich angesehen. Wir haben auch gehört, wie die Busbeschleunigung in anderen Städten erfolgt. Dort werden mit viel weniger Mitteln viel grö-

(Dr. Till Steffen)

ßere Effekte erzielt. Deswegen überzeugt uns dieses Programm nicht. Das ist kein sinnvoll eingesetztes Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Klaus-Peter Hesse* und *Karin Prien, beide CDU*)

Wir haben an vielen Stellen gefragt, wo denn nun die Mittel für die Busbeschleunigung sind. Es gibt eine Drucksache, die diesem ganzen Vorhaben zugrunde liegt, die Drucksache 20/2508. Diese Drucksache sagt sehr klar, in welchen Jahresscheiben Mittel für das Programm der Busbeschleunigung ausgegeben werden sollen. 2020 soll alles abgeschlossen sein, und man wusste tatsächlich schon zu Beginn, dass man insgesamt 259 Millionen Euro ausgeben will. Wir haben in mehreren Ausschusssitzungen danach gefragt. Nach unserer öffentlichen Kritik hat die Behörde eine Pressemitteilung herausgegeben. Weder in den Ausschusssitzungen noch in der Pressemitteilung ist dargelegt worden, wann denn nun eigentlich welche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Tatsächlich ist der Haushalt an dieser Stelle relativ leicht zu lesen. Diese Mittel sind im Haushaltsplan so nicht zu finden. Die Pressemitteilung, die die Behörde herausgegeben hat, war wortreich, aber faktenlos. Deswegen bleiben wir bei unserer Kritik. Diese Mittel sind nicht in der Höhe in den Haushalt eingestellt, wie es im Rahmen der ursprünglichen Drucksache vorgesehen war.

(*Ole Thorben Buschhüter SPD:* Sie wollen doch gar nichts mehr ausgeben!)

Wir haben von Anfang an gesagt, dass uns das Programm nicht überzeugt. Wir finden es aber gut, dass die SPD erkannt hat, dass man sich mit diesem Programm keine Freundinnen und Freunde in der Stadt macht, und sich deswegen von ihm verabschiedet. Wir haben darauf hingewiesen, dass sich dieser Prozess bei der SPD vollzieht, und wir finden es gut, dass der Ausstieg aus der Busbeschleunigung erfolgt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Aber das ist doch falsch! Behaupte das doch nicht immer weiter!)

Insofern fänden wir es konsequent, heute auch dem CDU-Antrag zuzustimmen. Sie können da noch einen guten Beitrag für die Bürgerbeteiligung leisten.

Dass Sie sich tatsächlich von diesem Ziel verabschiedet haben, wird an einem sehr schönen kleinen Beispiel deutlich. Wir haben vor wenigen Wochen erleben können, dass nach langem Protest die Entscheidung, die Bushaltestelle Gerichtstraße zu verlegen, rückgängig gemacht wurde. Diese Haltestelle wurde mit dem Argument verlegt, dass dies Teil der Busbeschleunigung sei, die auf dieser Linie – den Linien 20 und 25, die auch durch die Max-Brauer-Allee führen – vorgesehen sei. Die Leute haben gefragt, warum und wieso. Richtige Begründungen wurden nicht gegeben. Anstatt das dann sofort rückgängig zu machen, weil man einsieht, dass das ein Fehler war, macht man das jetzt nach einem Jahr. Das kann doch nur bedeuten, dass auf dieser Strecke, die nach den ursprünglichen Planungen demnächst irgendwann einmal dran wäre bei der Busbeschleunigung, diese ganze Maßnahme tatsächlich gar nicht mehr durchgeführt werden soll. Noch einmal: Wir begrüßen diesen Sinneswandel bei der SPD. Es ist erkennbar, dass die SPD sich nicht länger mit diesem Programm verprügeln lassen will. Sie haben genug von Situationen, wie wir sie zum Beispiel bei der Linie 6 erlebt haben, und wollen sich keine weiteren Brandherde in der Stadt einrichten.

Ganz kurz zum Antrag der FDP. Vielleicht ist dieser Antrag für die Bürgerschaftsebene ein bisschen zu kleinteilig. Ist das hier tatsächlich die richtige Ebene, um sich über einzelne Sprunginseln und Busbuchten eine Meinung zu bilden? Wir haben uns aber mit unseren Leuten vor Ort sehr eingehend mit den Fragen auseinandergesetzt. Es gibt viele Dinge, die sich die Bezirksversammlung zu eigen gemacht hat. Ein Teil davon ist auch beim Senat angekommen und einiges hat sich erledigt. Anderes halten wir in der Sache für unsinnig. Wir könnten also differenziert und nach Spiegelstrichen abstimmen, wollen unsere Haltung zu dem Antrag der FDP aber insgesamt mit einer Enthaltung zum Ausdruck bringen, weil eben manches zutreffend ist, aber auch schon verfolgt wird, und anderes unsinnig. Wir wollen Ihnen deshalb eine kleinteilige Abstimmung ersparen.

Der CDU-Antrag ist jedenfalls sinnvoll, ein Gebot der Stunde und verdient Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Niemand in dieser Stadt hat etwas dagegen, dass die Busse schneller fahren.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Doch, Herr Steffen!)

Aber jeder Vernünftige hat etwas dagegen, dass eine Viertelmilliarde Euro im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand gesetzt wird.

(Beifall bei der FDP)

Jeder Vernünftige in der Stadt hat etwas dagegen, dass die Stadt mit überflüssigen Baustellen überzogen wird, und jeder hat etwas dagegen, dass massenhaft Parkplätze vernichtet werden. Das ist der Grund, warum wir gegen die Busbeschleunigung sind.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Der wichtigste Punkt aber ist die bemerkenswerte Halsstarrigkeit des Senats, der SPD und auch des Bürgermeisters. Offenbar will der Senat mit Bürgermeister Scholz an der Spitze mit dem Kopf durch die Wand. Mittlerweile gibt es in dieser Stadt eine Wand der Ablehnung gegen das Busbeschleunigungsprogramm. Diese Wand zieht sich vom Siemersplatz über Eidelstedt, den Osdorfer Born, die Lange Reihe bis zur Papenhuder Straße. Sie werden sich an dieser Wand eine blutige Nase holen, und zwar zu Recht.

(Beifall bei der FDP und bei *Christoph Ahlhaus* und *Klaus-Peter Hesse, beide CDU*)

Herr Buschhüter, weil Sie damit anfangen, Sie hätten so eine schöne Bürgerbeteiligung gemacht: Möglicherweise waren Sie in der St. Gertrud-Kirche nicht dabei. Da musste eine Bürgeranhörung abgebrochen werden, weil ein 200-Personen-Raum zu klein war – es musste eine ganze Kirche her mit fast 1000 Plätzen. Fast 1000 Menschen haben dem Senat zu einem relativ kleinen Teil des großen Busbeschleunigungsprogramms mitgeteilt, dass sie alles vom Ansatz her falsch finden. Und wie war Ihre Reaktion? Sie haben einfach alles abgebürstet. Sie haben eben gerade keine Bürgerbeteiligung gemacht. Sie haben sich das angehört und egal, wie groß die Zahl der Menschen war, die Kritik äußerten, das dann einfach weggebürstet. So geht man mit den Bürgern nicht um. Die Folgen werden Sie zu tragen haben.

(Beifall bei der FDP und bei *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Damit sind wir bei der Papenhuder Straße. Ich habe den Eindruck, die SPD hat an der Grindelallee und anderswo nur geübt, wie man Unsinn machen kann. Auf einem ganz kleinen Raum, nämlich in der Papenhuder Straße, haben Sie ein Maximum an Fehlern fabriziert. Das ist auch eine Leistung für sich.

Erstens: Bei allen Maßnahmen der Busbeschleunigung insgesamt wurden bisher 97 Parkplätze vernichtet. Allein auf den wenigen 100 Metern der Papenhuder Straße sind es 40 – was für eine Steigerung.

Zweitens: Sie haben an verschiedenen Stellen den Radverkehr auf die Straße verlegt, was sehr zweifelhaft ist. Auf der engen Papenhuder Straße wollen Sie das auch tun. Das ist nicht nur für die Radfahrer gefährlich, es behindert auch die Busse. Im Ergebnis werden die Busse nicht schneller, sondern langsamer fahren, weil sie auf die Radfahrer warten müssen. Das ist doch ein Schildbürgerstreich.

Drittens: Sie planen eine nutzlose Verschwenkung der Straße an der Kreuzung Mundsburger Brücke, für die auch noch eine wertvolle Platane geopfert wird.

Viertens: Eine völlig überflüssige Sprunginsel auf einer engen Straße. Auf breiten Straßen mag man das machen, auf so einer schmalen Straße wie der Papenhuder Straße ist das Unsinn. Der vorhandene Zebrastreifen reicht.

Fünftens, ganz typisch für diesen Senat: Sie haben keinen Überblick über die Kosten und Vorteile. Ich habe Sie am 27. Juni gefragt, welches die erwartete Fahrzeitverkürzung in der Papenhuder Straße sei. Die Antwort, nachzulesen in der Drucksache 20/12201: 40 000 Stunden pro Jahr. Rechnen wir das einmal um, das ist nicht so ganz einfach. Sie konnten es nicht mitteilen, ich habe einmal gerechnet: 10 bis 20 Sekunden pro Fahrt wollen Sie herausholen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Dr. Schinnenburg, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Wieland Schinnenburg FDP (fortfahrend): Nein.

Am 23. September, drei Monate später, habe ich in der Drucksache 20/13059 noch einmal gefragt, welche Fahrzeitverkürzung wir erwarten können. Die Antwort des Senats wörtlich:

> "Eine derartige Berechnung liegt […] noch nicht vor."

Erstens wissen Sie also gar nicht, was Sie erreichen wollen, und zweitens haben Sie offenbar drei Monate vorher das Falsche gesagt. Das ist ein Verwaltungshandeln, das einem solchen Megaprojekt nicht angemessen ist.

(Beifall bei der FDP)

Sechstens, ich habe es schon gesagt: Sie haben es geschafft, dass nicht nur einige wenige Menschen in kleinen Räumen protestieren, sondern dass fast 1000 Menschen gegen die Busbeschleunigung in der Papenhuder Straße demonstrieren und ihre Meinung kundgeben wollten. Dazu musste eine ganze Kirche her, um den von Ihnen provozierten Protest aufnehmen zu können.

Schließlich siebter Punkt, der wird Ihnen vielleicht am peinlichsten sein: Ihr eigener SPD-Bezirksamtsleiter aus Hamburg-Nord hat mittlerweile erhebliche Kritikpunkte an diesem Programm in der Papenhuder Straße angebracht. Viel schlimmer konnten Sie es nicht machen. Es ist ein Meisterstück, auf kleinstem Raum ein Maximum an Unsinn zu machen. Das hat dieser Senat in der Papenhuder Straße gemacht.

(*Jan Quast SPD:* Das schafft sonst nur die FDP!)

Die FDP fordert den Senat auf, die Busbeschleunigung sofort zu stoppen. Wir unterstützen die Volks-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

initiative; ich war einer der Ersten, die unterschrieben haben.

Nun zum CDU-Antrag. In der Tat – das wurde schon zu Recht gesagt – ist es ein weiterer Affront, trotz einer anlaufenden Volksinitiative, die höchstwahrscheinlich Erfolg haben wird – zumindest was die erste Stufe angeht, daran gibt es kaum einen Zweifel –, weiterhin Fakten zu schaffen. Deswegen werden wir nicht nur unseren eigenen Antrag unterstützen, sondern auch den der CDU-Fraktion. Wie hier schon mehrfach diskutiert, wollen wir nicht nur Nein sagen, ich sage Ihnen auch, wie wir als FDP es besser machen würden. Wir wollen durch Telematik den Verkehr insgesamt beschleunigen. Dann fahren nämlich alle Fahrzeuge schneller, auch die Busse. Wir wollen den Parkplatzsuchverkehr verringern, der Busse und andere Autofahrer behindert, durch eine ausreichende Parkplatzzahl und vor allem durch kostenlose Park-and-ride-Parkplätze. Und wir wollen den Fahrkartenverkauf in Bussen durch Automaten und E-Ticketing abkürzen. Die neueste Erkenntnis gibt Staatsrat Rieckhoff. Er kündigte in der Sendung "Schalthoff Live", die schon einmal zitiert wurde, an, dass es in Kürze E-Ticketing gebe. Die neueste Mitteilung des Senats lautet, das gebe es vielleicht im Jahr 2016. In dem Bereich könnten Sie, ohne die Bürger zu stören, sehr viel Busbeschleunigung erreichen, aber das haben Sie auf das Jahr 2016 verschoben.

Meine Damen und Herren! Sie wollen mit dem Kopf durch die Wand, aber Sie werden sich eine blutige Nase holen. So geht man mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht um, und so macht man auch keine Verkehrspolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE:

Heike Sudmann DIE LINKE:* Einen schönen guten Tag allerseits! Endlich ist heute das zweite Thema dran und auch schon fast zu Ende diskutiert. Die Busbeschleunigung klingt immer noch sehr gut. Sie suggeriert, Herr Senator Horch, freie Fahrt für Busse.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Leider, leider ist die Busbeschleunigung sehr schlecht gemacht. Es gibt kaum freie Fahrt für Busse, es gibt aber auch kaum freie Fahrt für die Bürgerinnen und Bürger, die versuchen wollen, in Diskussionen einmal dazwischenzukommen. Vielleicht erinnern sich die meisten von Ihnen noch, dass wir hier vor knapp sechs Monaten einen Antrag der Links-Fraktion diskutiert haben. Damals haben wir nämlich ein Moratorium bei der Busbeschleunigung gefordert. Für die CDU in Deutsch übersetzt: Das Programm sollte ausgesetzt werden, es sollte gestoppt werden, lieber Herr Hesse. Sie haben zwar unseren Antrag nicht abgeschrieben, aber Sie haben den Inhalt übernommen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Ist das schlimm?)

– Nein, das ist gut. Ich komme gleich noch dazu.

Damals haben wir gesagt, es fehlt eine Überplanung, weil Dinge an so vielen Punkten völlig schief gelaufen sind. Man glaubt, dass eigentlich auch der Senat hätte nachdenklich werden müssen, wenn so viele Menschen, und nicht nur die tausend in der St.-Gertrud-Kirche, immer wieder sagen, ihr wisst überhaupt nicht, was vor Ort los ist, ihr plant vom grünen Tisch aus, ohne in die Stadtteile zu schauen. Wir haben im Mai 2014 auch gesagt, dass wir Fahrkartenautomaten brauchen. Ich habe Ihnen vorgerechnet, wie viel Zeit insgesamt für den Fahrkartenverkauf verloren geht – null Reaktion. Unser Hauptpunkt aber, auch heute, lautet: Es fehlt an der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Es kann nicht sein – wo ist Herr Buschhüter –, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, was wollt ihr eigentlich, wir machen doch öffentliche Sitzungen, in die die Bürgerinnen und Bürger kommen können. Bürgerbeteiligung besteht nicht darin, dass ich eine halbe Stunde lang die Möglichkeit zu fragen habe und danach zuhören muss, wie die Politikerinnen und Politiker sich austauschen, sage ich einmal vorsichtig.

In unserem Antrag stand auch, dass die Haltestelle Gerichtstraße zurückverlegt werden soll. Es ist ein erster Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die so lange protestiert haben, dass wir vor gut drei Wochen die provisorische Haltestelle eingeweiht haben. Diese provisorische Haltestelle, Herr Hesse, ist auch der Grund dafür, warum wir uns bei Ihrem Antrag enthalten werden, denn Sie wollen, dass sofort alle Gelder gestoppt werden. Es gibt aber Maßnahmen, mit denen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einverstanden sind, und es gibt Maßnahmen, die noch zu Ende geführt werden müssen. In Ihrem Text, Herr Hesse, steht nicht, was Sie eben gesagt haben. Im Petitum haben Sie Haushaltssperre stehen und dann soll der Haushaltsausschuss jedes Mal auf Anfrage entscheiden, ob Geld kommt. Das geht nicht. Deshalb enthalten wir uns bei Ihrem Antrag.

(Beifall bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

– Genau, es ist nicht zum Klatschen, dass wir uns enthalten.

Zum Thema Volksinitiative. Wir sind auch hier sehr erfreut, dass diese Volksinitiative die Forderungen der LINKEN vom Mai 2014 aufgenommen hat. Wir sind sogar noch erfreuter, dass sie trotz der aktiven Mitarbeit von etlichen CDUlerinnen und CDUlern die Forderungen der LINKEN aufnimmt. Es ist etwas Nettes, wenn man sieht, dass DIE LINKE sogar dort hineinwirkt.

(Heike Sudmann)

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt komme ich noch einmal zur SPD. Herr Buschhüter, Sie sagten, Sie seien gern bereit, die Vorteile der Busbeschleunigung zu diskutieren. Das glaube ich Ihnen aufs Wort, aber Sie sind bis heute nicht bereit, über die Nachteile zu reden, die vor Ort entstanden sind. Ich erinnere einmal an das Beispiel St. Georg. In St. Georg mussten die Bürgerinnen und Bürger über den Stadtteilbeirat und massive Besuche der Verkehrsausschusssitzungen durchsetzen, dass sie überhaupt gehört wurden.

(Zuruf von *Wolfgang Rose SPD*)

Genau, und dann, Herr Rose, wurde nach mühevollen Protesten eine Umplanung erreicht. Ich glaube, es sind insgesamt 250 000 Euro, die es nun günstiger wird. Und der Senat denkt gar nicht weiter darüber nach, dass Beteiligung vielleicht auch im Sinne des Senats sein kann – keine Reaktion. Deswegen würde ich gern in dem Punkt eine echte Beschleunigung haben, dass Sie schneller nachdenken und schneller feststellen, dass Beteiligung gut ist und wir das hier auch brauchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Richtig witzig fand ich die Anfrage von Frau Koeppen. Das macht richtig Spaß. Die rot-grüne Koalition, die es hier nicht gibt, aber auf Bezirksebene, hat in Hamburg-Nord einen Antrag gestellt, und Frau Koeppen fragt dann zu allen einzelnen Antragspunkten nach, ob der Senat sie umgesetzt hat oder nicht.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Und?)

Die Antwort habe ich noch nicht gesehen, weil sie noch nicht im Netz stand, aber ich fand es einfach köstlich, denn Frau Koeppen hat nicht gefragt, welche Punkte in dem Antrag fehlen. Sie hat nicht gefragt, was denn die Bürgerinnen und Bürger vielleicht noch gewollt haben. Das ist echt eine bestellte Aufgabe, und das sollte nicht der Stil in unserem Hause sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe schon gesagt, dass wir uns bei der Abstimmung des CDU-Antrags enthalten werden. Zum FDP-Antrag hat Herr Steffen sehr vorsichtig gesagt, warum die GRÜNEN sich enthalten. Die meisten Punkte stimmen auch für uns. Ich will noch einmal einen Punkt nennen, weshalb wir auf gar keinen Fall Ihrem Antrag zustimmen können. Sie wollen, dass der Radweg auf dem Bürgersteig bleibt. Das ist Politik von vorvorvorgestern, und das können wir nicht unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Ahlhaus von der CDU-Fraktion hat nun das Wort.

Christoph Ahlhaus CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer hätte gedacht, dass ich in meiner vielleicht letzten Rede vor diesem Hause ausgerechnet meiner Vorrednerin von der Fraktion DIE LINKE zustimmen muss. Auch ich bin der Auffassung, dass das, was als Bürgerbeteiligung beim Thema Busbeschleunigungsprogramm vom Senat veranstaltet wird, diesen Begriff nicht verdient. Man kann in der Sache streiten, und wenn man inhaltlich zum Ergebnis kommt, dass eine moderne Verkehrspolitik am Verkehrsmittel Bus exemplarisch stattfinden soll, dann ist das eine Meinung, die zu diskutieren ist. Deswegen verwundert es mich schon, dass in dieser Debatte der Senat, aber auch die Regierungsfraktion etwas dünnhäutig ist, wenn es ums Diskutieren geht. Lieber Herr Buschhüter, ich muss Sie berichtigen. Bei der vorigen Verkehrsausschusssitzung hat die SPD ausdrücklich einer öffentlichen Anhörung nicht zugestimmt. Es ist ein Minderheitenrecht, aber wenn Sie sagen, Sie legen Wert darauf, das Programm überall ausführlich zu diskutieren und die Meinung der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, dann hätten Sie dem zustimmen müssen.

(Beifall bei der CDU, der FDP, der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Buschhüter, Sie haben leider auch nichts zum eigentlichen Kern des Antrags gesagt. Der Kollege Dr. Steffen hat schon darauf hingewiesen, dass es heute nicht um das Für und Wider des Busbeschleunigungsprogramms geht, sondern allein um die Frage, ob man Respekt zeigt, und das nicht nur vor der Volksinitiative, sondern auch vor der gesamten in der Stadt sich zeigenden Stimmung, ob man die ernst nimmt und dann seine Konsequenzen zieht und sagt, wir wollen einmal abwarten, was diese Initiative zu Wege bringt, wir wollen uns einmal anschauen, was die doch lautstarke Kritik in den betroffenen Stadtteilen äußert, oder ob man einfach darüber hinweggeht. Natürlich wäre es nicht realistisch zu glauben, dass jede gestartete Volksinitiative als Konsequenz sofort haushalterische Maßnahmen nach sich ziehen müsste; hier stimme ich Ihnen zu, natürlich geht das nicht. Ich glaube, beim Thema Busbeschleunigung – das merken wir doch alle, wenn wir ehrlich sind – gibt es quer durch alle Oppositionsfraktionen, quer eigentlich auch durch die mediale Berichterstattung und quer durch alle betroffenen Stadtteile eine massive – ich formuliere es vorsichtig – Skepsis. Das muss eine Regierungsfraktion nicht gleich dazu veranlassen, das Programm, für das sie vielleicht gute Argumente hat, über den Haufen zu werfen. Aber es sollte in einer Zeit, in der Bürgerbeteiligung größer denn je geschrieben wird, vielleicht einmal zum Nachdenken anregen, ob man eine gestartete Volksinitiative nicht erst einmal abwartet, sich das Ergebnis anschaut und dann als Regierungsfraktion am Schluss souverän

(Christoph Ahlhaus)

zur Entscheidung kommt, ob man es gegen einen erklärten Bürgerwillen fortsetzt oder anders reagiert. Deswegen hätte ich mir gewünscht, lieber Herr Buschhüter, dass die SPD zum Kern des Antrags auch etwas gesagt hätte; das ist leider nicht geschehen.

Da aber schon etwas außerhalb des Kernthemas des Antrags gesagt worden ist, erlaube ich mir mit Ihrer Zustimmung, Frau Präsidentin, zwei persönliche Sätze zum Schluss. Ich habe in einem Schreiben an die Bürgerschaftspräsidentin vom heutigen Tage mitgeteilt, dass ich mein Mandat mit Wirkung zum 10. November in der nächsten Woche aus beruflichen Gründen niederlegen werde. Sie wissen, ich bin immer mehr in Berlin beruflich tätig, deswegen habe ich mich nun entschlossen, das Mandat niederzulegen. Ich möchte die Gelegenheit aber nutzen, mich bei Ihnen allen für die konstruktive Streitkultur in diesem Hause zu bedanken. Es ist jedenfalls meine Wahrnehmung, dass es die gibt. Sie ist konstruktiv und in der Regel auch an der Sache orientiert. Zur Streitkultur gehört es, dass es auch einmal emotional zugehen darf, das belebt auch ein Parlament. Ich wünsche diesem Hause, diese Streitkultur lebendig zu erhalten. Ich wünsche dem Senat eine gute Hand; das gehört einfach zum Wohle der Stadt dazu. Und ich möchte mich natürlich bei meiner Fraktion herzlich für die Unterstützung bedanken, die mir persönlich zuteil geworden ist. Ich möchte mich aber auch beim Senat für die faire Art des Miteinanders insbesondere in dieser Legislaturperiode bedanken. Diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch der Regierungsfraktion und dir, lieber Andreas, zukommen lassen, denn es ist nicht selbstverständlich, dass man im Wechselspiel von demokratischen Wahlentscheidungen trotzdem immer fair miteinander umgeht; das war jedenfalls meine Wahrnehmung. Dafür danke ich und wünsche diesem Haus alles Gute, und ich wünsche gute Entscheidungen für diese Stadt, am Wohl dieser Stadt orientiert. – Vielen Dank, auf Wiedersehen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/13415 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen in der Sache. Zunächst zum CDU-Antrag aus Drucksache 20/13418 Neufassung.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den FDP-Antrag aus Drucksache 20/13415.

Wer möchte sich diesem anschließen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dies mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 49, Drucksache 20/13413, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Flüchtlingen Zugang zu gesetzlichen Leistungen schneller gewähren.

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/13547 ein Antrag der FDP-Fraktion vor. Die SPD-Fraktion möchte den Antrag der GRÜNEN Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Vonseiten der CDU-Fraktion liegt ein Überweisungsantrag der Drucksache 20/13547 ebenfalls an den Innenausschuss vor.

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Flüchtlingen Zugang zu gesetzlichen Leistungen schneller gewähren
– Drs 20/13413 –]

[Antrag der FDP-Fraktion:
Mehr Personal für die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung
– Drs 20/13547 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, diese Debatte nicht zu führen. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/13413 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung an den Innenausschuss erfolgt.

Wer stimmt zu, dass wir auch die Drucksache 20/13547, Antrag der FDP-Fraktion, ebenfalls an den Innenausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch der FDP-Antrag an den Innenausschuss überwiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 52 auf, Drucksache 20/13416, Antrag der FDP-Fraktion: Auf den Lehrer kommt es an – Auswahlverfahren für angehende Lehrer.

[Antrag der FDP-Fraktion:
Auf den Lehrer kommt es an – Auswahlverfahren für angehende Lehrer
– Drs 20/13416 –]

Auch hier sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatte nicht zu führen.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/13416 an den Schulausschuss zu? – Gegen-

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

probe. – Enthaltungen? – Damit hat die Überweisung an den Schulausschuss stattgefunden.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 38 und 44 auf, das sind die Drucksachen 20/13161 mit 20/13275 und 20/13365, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Wohnen statt Unterbringen: endlich ein nachhaltiges Konzept auf den Weg bringen, das menschengerechtes Wohnen für alle zum Ziel hat mit dem Antrag der GRÜNEN Fraktion: Schaffung einer unabhängigen Kommission für die öffentliche Unterbringung und die Zentrale Erstaufnahme sowie Antrag der CDU-Fraktion: Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadtteilen gewährleisten.

Zu den Drucksachen 20/13161 und 20/13275 liegen Ihnen als Drucksachen 20/13535 und 20/13536 Anträge der FDP-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Wohnen statt Unterbringen: endlich ein nachhaltiges Konzept auf den Weg bringen, das menschengerechtes Wohnen für alle zum Ziel hat
– Drs 20/13161 –]

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Schaffung einer unabhängigen Kommission für die öffentliche Unterbringung und die Zentrale Erstaufnahme
– Drs 20/13275 –]

[Antrag der FDP-Fraktion:
Medizinische Eingangsuntersuchung von Flüchtlingen in der Zentralen Erstaufnahme
– Drs 20/13535 –]

[Antrag der FDP-Fraktion:
Bessere Information der Flüchtlinge über ihnen zustehende Rechte
– Drs 20/13536 –]

[Antrag der CDU-Fraktion:
Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in den Stadtteilen gewährleisten
– Drs 20/13365 –]

Die Drucksache 20/13161 möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Zur Drucksache 20/13275 liegen Anträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN auf Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration vor.

Vonseiten der SPD-Fraktion liegt ein Überweisungswunsch zur Drucksache 20/13535 an den Innenausschuss und zur Drucksache 20/13536 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration vor.

Darüber hinaus möchte die CDU-Fraktion die Drucksache 20/13365 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen.

Wird nun das Wort gewünscht? – Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE hat es.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erst einmal finde ich es ziemlich peinlich, dass die SPD alle Anträge außer unserem Antrag überweisen möchte, vor allem, weil Zusatzanträge überwiesen werden, die sich aber auf unseren Antrag, also den Hauptantrag, beziehen. Ich weiß nicht, wie Sie dann die Zusatzanträge im Ausschuss behandeln möchten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie kennen die Situation in der Stadt. Wir haben 10 000 Flüchtlinge und wohnungslose Menschen, die in der öffentlichen Unterbringung untergebracht sind. Das Problem ist, dass mangels Folgeunterbringung vor allem die Flüchtlinge länger als die vorgesehene Zeit von drei Monaten in den Erstunterbringungen bleiben müssen. Das bedeutet für sie dann auch, dass sie einen niedrigeren Leistungssatz bekommen. Es bedeutet für sie aber auch aufgrund der überfüllten Situation wie zum Beispiel in der Schnackenburgallee, dass medizinische, psychologische, sozialpädagogische, rechtliche Betreuung problematisch ist, weil es zu wenig Personal gibt, und in Sachen Hygiene gibt es seitens der Flüchtlinge auch viele, viele Beschwerden. Schließlich hat man auch noch das Problem, dass viele Konflikte aus aller Welt aufeinandertreffen, vor allem, weil es auch darum geht, dass hier eine gewisse Sensibilität bei der Unterbringung nicht gewährleistet ist, sprich Männer und Frauen gemischtgeschlechtlich mit 32 Personen pro Zelt untergebracht sind. Das war überhaupt nicht gut für die Stadt, das war für die Flüchtlinge, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unterkünften eine unzumutbare Situation.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass die Stadt in einer Notlage ist, ist uns klar, aber diese Notlage ist auch eine selbstgeschaffene Situation, das muss auch allen klar sein. Deshalb glauben wir, dass es wirklich richtig ist, jetzt an einem Konzept zu arbeiten, das dieses Problem auffängt, weil wir nun auch feststellen können, dass der Zuzug von Flüchtlingen nicht abbrechen wird und dass es immer mehr Wohnungslose aufgrund der katastrophalen Situation auf dem Wohnungsmarkt geben wird. Deshalb brauchen wir jetzt ein nachhaltiges Konzept, das wirklich das menschengerechte Wohnen zum Ziel hat und an die vorderste Stelle stellt.

(Beifall bei der LINKEN)

(Cansu Özdemir)

Wir haben in unserem Antrag gewisse Prioritäten gesetzt. Das Erste ist die Prävention, also die Verhinderung von Wohnungslosigkeit, um nicht in die Situation zu kommen, dass Menschen wohnungslos werden. Das bedeutet für uns konkret, dass Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit nicht stattfinden dürfen. Eine andere Maßnahme ist aber auch sehr wichtig, nämlich die personelle Aufstockung in den Fachstellen für Wohnungsnotfälle. Dazu hatten wir auch schon einmal einen Antrag eingebracht, Beispiel Duisburg, die dafür sorgen, dass es gar nicht dazu kommt, dass eine Zwangsräumung vorgenommen werden muss. Das heißt, dadurch können auch Hausbesuche gemacht werden, also auch die eigentliche Aufgabe der Wohnungsnotfallstellen wahrgenommen werden.

Der andere Punkt ist – es ist für uns sehr wichtig, das noch einmal festzuhalten –, dass Notunterbringung auch als Notmaßnahme begriffen werden muss, das heißt, sie darf wirklich nur kurzfristig gemacht werden. Trotz allem müssen auch hier gewisse Mindeststandards eingehalten werden. Wir orientieren uns hier an den Mindeststandards der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe. Die schreiben für die Unterbringung von Einzelpersonen mindestens 14 Quadratmeter mit eigenem Sanitärbereich und abschließbaren Räumen vor, das heißt, das muss dann ein Einzelzimmer sein. Bei Familien mit Kindern schreibt diese Bundesarbeitsgemeinschaft 15 Quadratmeter pro Person vor, getrennte Schlafräume für Eltern und Kinder und natürlich abgeschlossene Wohneinheiten. Was für uns auf keinen Fall geht, sind Massenunterkünfte. Wir müssen nun nach Jahren, in denen wir auf Massenunterkünfte gesetzt haben, endlich davon abkommen, weil Massenunterkünfte, wie uns aktuelle Beispiele zeigen, für die Betroffenen nicht zumutbar sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den Zelten haben wir uns ganz klar geäußert. Zelte sind weder im Sommer noch im Winter für die Menschen, die darin leben müssen, zumutbar. Das Ziel muss sein, menschenwürdiges Wohnen auch hier zustande zu bekommen, und dafür braucht man natürlich Ressourcen. Die Ressourcen gibt es in der Stadt, sie müssen halt nur anders verteilt werden. Hier muss einfach ein Schwerpunkt gesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie aber auch die Qualität gesichert werden kann, zeigen Beispiele. In Sachsen gibt es einen Heim-TÜV. Mit Hilfe dieses Instruments kann anhand nachvollziehbarer Kriterien die Qualität der Unterkünfte regelmäßig gemessen werden. Falls dann Verbesserungsbedarf besteht, kann dort auch wirklich nachgeholfen werden.

Wir haben unseren Antrag in zwei Kategorien geteilt. Das eine sind die kurzfristigen Maßnahmen, das andere sind die mittelfristigen Maßnahmen. Bei den kurzfristigen Maßnahmen haben wir sehr deutlich gesagt, dass man von Unterbringung auf Wohnschiffen absehen muss, soweit es geht. Und wenn das nicht möglich ist, müssen auch hier gewisse Mindeststandards eingehalten werden, damit eine solche Situation wie bei "Bibi Altona" nicht noch einmal in Hamburg passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Wichtig ist für uns aber auch, dass, wenn Menschen untergebracht werden, sie nicht gesellschaftlich isoliert werden. Der Senat will nun doch in Gewerbegebieten unterbringen. Für uns ist hier wichtig, dass es eine gute Anbindung zum ÖPNV gibt, dass es Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe gibt, sprich, dass eine Integration in den Stadtteil möglich ist.

Getrennte Angebote für Zielgruppen sind auch wichtig. Man kann an aktuellen Beispielen von Unterkünften sehen, dass es wichtig ist, alleinstehende Frauen, suchtkranke Menschen, Familien mit Kindern getrennt unterzubringen und sie dementsprechend nach ihrem Bedarf zu betreuen. Es gibt die Einnahmereste des Jahres 2013/2014 der BASFI, und zwar in den Töpfen für Integration von Zuwanderern, bürgerschaftliches Engagement, Opferschutz und Hilfen für Wohnungslose. Die könnte man gezielt für diese Zwecke einsetzen; das haben wir im Haushaltsausschuss auch deutlich gemacht. Bei den mittelfristigen Maßnahmen ist für uns wichtig, dass die mehr als 900 000 Quadratmeter leerstehenden Büroflächen genutzt werden. Das heißt, der Senat hat hier die Möglichkeit, diese Büroflächen stärker zu überprüfen, zu schauen, welche als Unterkunft geeignet sind, insbesondere bei solchen, die in öffentlicher Hand sind, genauso aber bei den leerstehenden privaten Wohnungen. Es gibt auch die Option der befristeten Zwischennutzung. Auch hier kann der Senat verstärkt überprüfen und versuchen, das durchzusetzen, auch natürlich, indem er Gespräche mit den Eigentümerinnen und Eigentümern führt, um diese Flächen zum Zweck der öffentlichen Unterbringung zu nutzen.

Was mich nach einigen Jahren immer noch wundert, ist, dass die SAGA GWG zwar mit der Stadt und anderen Wohnungsunternehmen einen Kooperationsvertrag hat, in dem festgehalten ist, dass 1200 Wohnungen im Jahr an wohnungslose Menschen vergeben werden, dass das aber leider noch nicht passiert. Hier muss Druck auf die SAGA GWG ausgeübt werden, damit diese 1200 Wohnungen auch wirklich an Wohnungslose vergeben werden. Es kann doch nicht sein, dass wir beim größten Problem in der Stadt, nämlich der Wohnungslosigkeit, in so einer Notlage stecken, aber die SAGA keinen Druck bekommt, diese Wohnungen auch an die Menschen zu vergeben, die es wirklich am dringendsten nötig haben.

(Cansu Özdemir)

(Beifall bei der LINKEN)

Das Thema sozialer Wohnungsbau ist auch ein sehr wichtiger Faktor. Man konnte in den vergangenen Jahren der SPD-Regierung sehen, dass zu wenige Sozialwohnungen gebaut wurden. Von den 6000 waren es 600 Sozialwohnungen.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Da sind Sie aber nicht auf dem neuesten Stand!)

Deshalb denken wir, dass der Mindestanteil, Frau Bekeris, von Sozialwohnungsbau in einem ersten Schritt bei allen Bauvorhaben auf 50 Prozent zu erhöhen ist. Und natürlich muss bei den städtischen Flächen zu 100 Prozent Sozialwohnungsbau stattfinden. Wenn das nicht passiert, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht, wie lange das Problem in der Stadt noch ungelöst sein wird. Wenn Sie die Wohnungslosigkeit bekämpfen wollen – das hören Sie auch sehr oft von den Expertinnen und Experten in der Stadt –, dann müssen Sie den sozialen Wohnungsbau auch wirklich ankurbeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Mindestens diese Elemente, die wir in unserem Antrag aufgeführt haben, finden wir für ein Konzept wichtig. Sie werden gleich sagen, dass Sie ein Konzept haben. Ihr Gesamtkonzept ist eher eine Auflistung von kleineren Maßnahmen, die im Grunde genommen nichts an der Situation ändern werden – das haben wir in den vergangenen Jahren gesehen –, solange es den sozialen Wohnungsbau nicht gibt, solange es keine Mindeststandards bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen gibt. Deshalb haben wir den Vorschlag gemacht, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich damit befasst. Die Menschen, die in der Behörde arbeiten, bei "fördern und wohnen", bei den Wohlfahrtsverbänden, der Wohnungswirtschaft könnten in einer Arbeitsgruppe Unterbringung auch mit dem Ziel zusammengebracht werden, externe Expertinnen und Experten in diese Gruppe einzubeziehen, um gewisse Zielsetzungen in das Konzept hineinzunehmen, um gewisse Maßnahmen und Standards zu prüfen und das zu einem Gesamtkonzept zu fassen, das Verhinderung und Beendigung von Wohnungslosigkeit zum Ziel hat.

Ebenfalls sind für uns die Zuwanderer und Zuwanderinnen aus Osteuropa und Südeuropa zu berücksichtigen. Zwar haben sie keinen Anspruch, aber es besteht hier ein hoher Bedarf. Wenn Sie durch die Straßen der Innenstadt laufen, dann können Sie schon sehen, wie hoch der Bedarf eigentlich ist. Für diese Prozesse der Arbeitsgemeinschaft ist es dann auch wichtig, dass Personalkapazitäten seitens der Behörde zur Verfügung gestellt werden. Andernfalls wäre das schwierig zu machen. Ich bitte Sie noch einmal darum, unseren Antrag zu überweisen, weil es wirklich Quatsch ist, Zusatzanträge, die sich auf unseren Antrag beziehen, zu überweisen und unseren einfach zu ignorieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Lohmann von der SPD-Fraktion hat nun das Wort.

Uwe Lohmann SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema öffentliche Unterbringung ist nicht zum ersten Mal von Ihnen zur Debatte angemeldet worden, und im Sozialausschuss wurde das Thema diverse Male ausführlich und konstruktiv bearbeitet. Aber die Situation in der öffentlichen Unterbringung hat sich in der Zwischenzeit leider nicht entspannt, sondern weiter zugespitzt. Allein in diesem Jahr hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seine Prognose bis jetzt viermal nach oben korrigiert. Im Moment kommen deutlich mehr als 500 Flüchtlinge im Monat in Hamburg an, und angesichts der furchtbaren Krisenherde auf dieser Welt wird die Zahl der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, noch zunehmen.

Nun ein paar Bemerkungen zum Antrag der LINKEN. Sie sagen unter Punkt 3, dass von einer Unterbringung von Flüchtlingen auf Wohnschiffen abzusehen ist. Damit suggerieren Sie, dass eine Unterbringung auf Wohnschiffen grundsätzlich schlecht ist. Bevor aber Menschen in diesem Winter in Zelten wohnen müssen, ist mir persönlich die Unterbringung auf einem Wohnschiff lieber. Und wir wollen auf gar keinen Fall in die Situation kommen, dass Menschen wie in Berlin oder München unter freiem Himmel übernachten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Sie fordern den Senat auf, verstärkt nach leerstehenden Wohnungen und Häusern für die Unterbringung zu suchen. Das ist bereits gängige Praxis in allen Hamburger Bezirken, also erledigt.

(Beifall bei der SPD)

Sie fordern in Ihrem Antrag, die SAGA GWG müsse den zur Verfügung gestellten Anteil von Wohnraum für wohnungslose Menschen dem Bedarf entsprechend erhöhen. Die SAGA GWG hat sich im Kooperationsvertrag verpflichtet, Frau Özdemir, jährlich 1700 und nicht 1200 Wohnungen vordringlich für wohnungssuchende Haushalte mit Wohnraum zu versorgen. Davon werden 850 Wohnungen für wohnungslose Haushalte, zu denen auch aufenthaltsberechtigte Flüchtlinge aus öffentlicher Unterbringung gehören, zur Verfügung gestellt. Und das ist in diesem Jahr auch so umgesetzt worden.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen sind in der Zwischenzeit weitere drei Genossenschaften dem Kooperationsvertrag bei-

(Uwe Lohmann)

getreten. Das wird die Anzahl der zur Verfügung gestellten Wohnungen weiter erhöhen.

Sie als LINKE fordern in Ihrem Antrag, dass auf städtischen Flächen zu 100 Prozent sozialer Wohnungsbau entstehen solle. Da sage ich ganz klar nein. Wir wiederholen nicht die aus heutiger Sicht entstandenen Fehler der Vergangenheit, wo auf wenigen Quadratkilometern zum Teil Tausende von öffentlich geförderten Wohnungen entstanden sind.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Wir als SPD-Fraktion wollen den gesunden Mix aus einem Drittel öffentlich gefördertem Wohnraum, einem Drittel Mietwohnungen und einem Drittel Eigentumswohnungen, und das in alle Stadtteile integriert. Das führt in Zukunft zur Ausgewogenheit in den wachsenden Stadtteilen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen findet zurzeit auf städtischen Flächen eine 43-prozentige Bebauung mit öffentlich geförderten Wohnungen statt. Von der LINKEN – das hat mich sehr geärgert – kam vor einigen Wochen an dieser Stelle das Argument, dass nur Luxuswohnungen fertiggestellt würden.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Es geht um große Wohnungen!)

Das stimmt nicht, denn in diesem Jahr werden über 2000 öffentlich geförderte Wohnungen fertiggestellt. Also auch hier haben wir unser Ziel erreicht.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Lohmann, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung von Frau Sudmann?

Uwe Lohmann SPD: Von Frau Sudmann gern.

Zwischenbemerkung von Heike Sudmann DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Lohmann. Ich glaube, Sie haben meinen Vorwurf falsch verstanden. Wir haben kritisiert, dass die neugebauten Wohnungen in Hamburg durchschnittlich über 100 Quadratmeter haben. Und das sind nicht die Wohnungen, die wir jetzt brauchen, um Leute unterzubringen.

Uwe Lohmann SPD (fortfahrend): – Aber ich erinnere mich noch genau an Ihre Worte: Luxuswohnungen.

Dass wir beim Wohnungsbau nicht lockerlassen werden, zeigt auch die Zahl der Baugenehmigungen für dieses Jahr. Bis Ende September 2014 wurden über 8000 Baugenehmigungen erteilt. Das sind Leistungen, die den Wohnungsmarkt in Hamburg zunehmend entspannen werden. Daher lehnen wir die Überweisung ab und auch den Antrag der LINKEN.

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Antrag der GRÜNEN. Das Anliegen, die Beschwerdemöglichkeiten der Flüchtlinge in den Blick zu nehmen, halten wir für richtig. Der Vorstoß der GRÜNEN auf Einrichtung einer unabhängigen Kommission erscheint uns aber mit Blick auf die Aufgabenstellung und Zusammensetzung allzu sehr mit heißer Nadel gestrickt. Trotzdem werden wir den Antrag überweisen und im Sozialausschuss erörtern, welche Verbesserungsmöglichkeiten es neben den bereits bestehenden Anlauf- und Beratungsstellen gegebenenfalls noch geben könnte.

Noch eine Bemerkung zum FDP-Zusatzantrag in dieser Angelegenheit. Man stelle sich vor, ein Flüchtling kommt nach Monaten der Irrwege in Hamburg an und wird als Erstes darüber informiert, wie seine Beschwerderechte ausgestattet sind und wo die zuständige Beschwerdestelle ist. Das suggeriert doch sofort, dass hier allen staatlichen Einrichtungen mit Misstrauen zu begegnen ist. Was gibt denn das für ein Bild unserer Stadt ab?

(Beifall bei der SPD)

Die Flüchtlinge kommen zu uns, weil sie von uns Hilfe erwarten und einen anständigen, menschenwürdigen Umgang wünschen, und das ist auch richtig so. Deshalb werden wir diesen Antrag an den Innenausschuss überweisen, denn da gehört er hin.

Zum Antrag der CDU. In Ihrem ersten Punkt fordern Sie, den Königsteiner Schlüssel zu verändern. Ich bin sehr gespannt auf die Diskussion, die Sie mit Ihren Kollegen in Bayern und Sachsen darüber führen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns in der Realität zurzeit nicht vorstellen, dass es in den Bundesländern eine Mehrheit für eine Veränderung gibt.

Sie setzen sich in Ihrem zweiten Punkt dafür ein, dass Flüchtlinge gegen Kostenerstattung auch in anderen Bundesländern untergebracht werden können. Das ist eine richtig gute Idee, die Sie von Senator Scheele aufgegriffen haben. Bereits im Sommer dieses Jahres hat Senator Scheele dieses in die politische Diskussion eingebracht und die Debatte auf Bundesebene eröffnet. Es sieht ganz gut aus, dass es hierfür eine Mehrheit gibt. In der Praxis kann ich mir aber nicht so richtig vorstellen, dass wir mit Angeboten zum Beispiel aus den Kommunen von Schleswig-Holstein oder Niedersachsen überhäuft werden. Aber einen Versuch ist es allemal wert.

Noch eine kurze Bemerkung zu Ihrem Punkt 8, in dem Sie eine gleichmäßige Verteilung der Unter-

(Uwe Lohmann)

künfte auf das gesamte Stadtgebiet fordern. Der Senat strebt eine gleichmäßige Verteilung über das gesamte Stadtgebiet an, auch wenn es zum Teil massiven und meist unbegründeten Widerstand gibt. Hier nenne ich nur stellvertretend das ehemalige Kreiswehrersatzamt in Harvestehude. Wenn man die Argumente der Gegner hört, kann man nur noch mit Unverständnis und Kopfschütteln reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden aber auch diesen Antrag an den Sozialausschuss überweisen. Auch den Zusatzantrag der FDP zur medizinischen Eingangsuntersuchung von Flüchtlingen in der Zentralen Erstaufnahme werden wir an den Sozialausschuss überweisen, wo wir dann ausführlich informiert werden können.

Vor circa drei Wochen ist im Rahmen einer Pressekonferenz der Appell aus der Hamburger Zivilgesellschaft "Flüchtlinge brauchen Unterstützung" veröffentlicht worden. Dieser gemeinsame Appell von Gewerkschaften, Kirchen, Sportbund, Wohlfahrtsverbänden und Medien ist ein vorbildlicher Akt der Solidarität mit den Flüchtlingen in dieser Stadt. Lassen Sie uns diesen Appell noch einmal zum Anlass nehmen, diese schwierige Aufgabe für unsere Stadt gemeinsam zu lösen. Wir als SPD-Fraktion stehen zu dieser schwierigen Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Föcking von der CDU-Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Friederike Föcking CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Lohmann, wenn man Ihnen so zugehört hat, dann hat man den Eindruck, wenn Sie zu den einzelnen Forderungen Stellung nehmen – Sie nehmen auch nur zu einem Teil der Forderungen Stellung –, dann heißt es entweder, es geht nicht oder machen wir schon, eigentlich ist die Lage gar nicht so schlimm.

(*Uwe Lohmann SPD:* Wäre sonst zu lang gewesen!)

Dieser Eindruck, den Sie erweckt haben, trifft den Kern nicht. Wir stehen vor großen Herausforderungen, und wir diskutieren das Thema heute zum soundsovielten Mal, aber man kann sich des Eindrucks einfach nicht erwehren, dass der Senat nach wie vor diesen Herausforderungen allenfalls zum Teil gewachsen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch bezeichnend, dass jetzt nur noch die Bausenatorin hier ist, denn Sie haben eben vor allem noch einmal ein Loblied auf Ihren Wohnungsbau gesungen. Sorry, der Sozialsenator ist doch da, aber er hört nicht zu bei diesem immerhin sehr wichtigen Thema.

Wir gehen davon aus, dass hier noch einiges andere passieren muss, denn zu spät hat der Senat auf die steigende Zahl der Flüchtlinge reagiert, zu ungenau hat er offenbar mögliche Flächen für die Unterbringung geprüft. Zu wenig hat er auch die Befürchtungen der Nachbarn ernst genommen und in zu wenigen Stadtteilen zu viele Unterkünfte konzentriert. Das kann man nicht im Nachhinein schönreden, und das kann auch kein Sofortprogramm auf der Grundlage des Polizeirechts lösen.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern deshalb, hier umzusteuern und nachzubessern. Immerhin hat der Sprecher der Sozialbehörde nach unserer Pressekonferenz erklärt, dass man sich unsere Vorschläge genau anschauen wolle. Prüfen Sie nicht zu lange, Herr Senator Scheele, warten Sie nicht bis nach der Wahl.

Wir schlagen vor, und dabei bleiben wir auch, dass auf Bundesebene besser auf die spezifischen Probleme der Stadtstaaten wie Hamburg eingegangen wird und setzen uns auf der CDU-Schiene auch dafür ein, denn wir gehen davon aus, dass wir dort gute Verbindungen haben. Wir wollen eine Verteilung der Flüchtlinge auf die Bundesländer, die sich nicht mehr nach dem Königsteiner Schlüssel richtet, der für ganz andere Dinge gedacht war. Er berücksichtigt eben nicht den Wohnungsmangel in einer Großstadt und auch nicht die begrenzte Flächenzahl. Und wenn es in den großen Städten, in den Stadtstaaten so weitergeht, dann werden wir dort auch auf ein offenes Ohr stoßen. Wir erwarten allerdings von Bürgermeister Scholz – denn noch trägt er die Verantwortung –, dass er sich vor allen Dingen dort für unser Land einsetzt.

(Beifall bei der CDU)

Die Betonung lag auf "noch".

(*Sören Schumacher SPD:* Das bleibt auch so!)

Genauso muss er sich dafür einsetzen, dass die minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlinge künftig ebenfalls nach einem Schlüssel verteilt werden. Und da haben wir viele andere Bundesländer mit im Boot, denn das ist ein Großstadtproblem, das für alle gilt.

Derzeit kommen diese jungen Menschen vor allem in die Großstädte. Aber hier sind es dann oft derart viele, dass wir ihnen gar nicht so helfen können, wie es notwendig wäre. Sie haben oft Furchtbares erlebt, sind seelisch verletzt und haben Heimweh. Eine ganze Reihe von ihnen hat aber bereits ein Leben auf der Straße hinter sich, hat durch Kleinkriminalität überlebt und versucht das hier jetzt auch. Da ist der Hamburger Kiez wirklich nicht die ideale Nachbarschaft. Auch deshalb sollte sich Senator Scheele noch massiver bei seinen Länderkollegen für eine kluge Verteilung der Minderjähri-

(Dr. Friederike Föcking)

gen auf alle Länder starkmachen, sonst bekommen wir die Probleme überhaupt nicht in den Griff.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir fordern außerdem, dass mit der gleichmäßigen Verteilung über die Stadt endlich ernst gemacht wird und der Senat und die Bezirksamtsleiter es nicht weiterhin stur ablehnen, potenzielle Wohnungsbauflächen für eine Zwischennutzung auch nur zu prüfen. Hier muss in jedem Stadtteil in ganz Hamburg noch einmal geschaut werden, wo es Flächen gibt, die noch nicht an einen Investor gegangen sind, und daher für die Unterbringung zumindest zeitweise zur Verfügung stehen. Stattdessen hat vor wenigen Wochen ausgerechnet Harburgs Bezirksamtsleiter Völsch das noch einmal abgelehnt.

(*Sören Schumacher SPD:* Ist ja auch richtig so!)

Gerade er müsste doch ein großes Interesse daran haben, dass sich diese Konzentration im Harburger Kerngebiet auf sehr wenige Unterkünfte nicht ergibt.

(*Sören Schumacher SPD:* Wir haben aber Interesse, Wohnungen zu bauen!)

– Aber Sie riskieren damit, dass hierdurch neue soziale Brennpunkte in der Stadt entstehen. Dass die Bezirksamtsleiter das stadtweit mitmachen, verstehen wir nicht. Aber offensichtlich haben die Bezirksamtsleiter im Hamburger Rathaus keinerlei Durchsetzungskraft mehr.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem riskiert der SPD-Senat dadurch, dass die Hamburger Gastfreundschaft, die im Moment noch sehr groß ist, zu kippen droht und jetzt, wie in Farmsen, Rechtsradikale Morgenluft wittern. Das ist sehr gefährlich, und die Opfer sind ausgerechnet die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke* und *Antje Möller, beide GRÜNE*)

Wir fordern außerdem, dass die Betreuung der Flüchtlinge personell deutlich verbessert und die freie Wohlfahrtspflege stärker einbezogen wird.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Dr. Föcking. Ich bitte das Plenum um mehr Ruhe und mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin, auch Herrn Hesse, bitte. Fahren Sie bitte fort.

Dr. Friederike Föcking CDU (fortfahrend): Ein solcher Personalschlüssel hilft einerseits den betroffenen Menschen in den Einrichtungen, aber auch den völlig überforderten und überarbeiteten Sozialpädagogen von "fördern und wohnen". Das fördert den sozialen Frieden in den Einrichtungen und in ihrem Umfeld. Deshalb wünschen wir uns auch, dass es für jede Einrichtung einen Ansprechpartner bei der Polizei gibt, analog zu dem erfolgreichen "Cop4U"-Modell bei den Schulen. Ein solcher Polizeibeamter kennt die Lage vor Ort, kann sich auf allen Seiten Vertrauen erwerben, bei Problemen intervenieren und, auch das ist wichtig, Ängste der Nachbarschaft abbauen helfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern außerdem eine bessere Unterstützung für die Ehrenamtlichen und dass geprüft wird, ob und gegebenenfalls wie es Hamburgerinnen und Hamburgern ermöglicht werden kann, privat bei sich zu Hause Flüchtlinge aufzunehmen, denn diese Anfragen gibt es.

Schließlich wollen wir auch die Beschulung der Flüchtlingskinder flexibler geregelt sehen und dass die Schulen, die derzeit viele Kinder aufnehmen, sehr viel besser durch Psychologen und weitere Fachleute unterstützt werden.

Wenn die SPD dies alles nicht nur prüft, wie Herr Schweitzer versprochen hat, sondern auch zügig umsetzt, dann ist für die friedliche und menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen in unserer Stadt viel gewonnen.

In den zahlreichen weiteren uns heute zur Debatte angemeldeten Anträgen finden sich weitere wichtige und zumindest diskussionswürdige Forderungen. Deshalb verstehen auch wir nicht, warum Sie einen Antrag herauspicken, nämlich den der LINKEN, und ihn nicht an einen der Ausschüsse überweisen wollen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Ich denke, die parlamentarische Fairness hätte das geboten.

(Beifall bei der CDU, der LINKEN und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Aber auch so haben wir genügend Gesprächsstoff in den Ausschüssen. Das Thema wird trotz der Beschwichtigungsversuche von Herrn Lohmann weiter virulent bleiben, und dann sind wir auf die Antworten des Senats gespannt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort, und auch bitte nur Frau Möller. Ich bitte, die Gespräche auch hinten an den Wänden einzustellen. – Frau Möller, bitte.

Antje Möller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage mich auch gerade, was wir eigentlich tun. Es gibt ein ganzes Paket von fachlich fundierten Anträgen, wir bekommen

(Antje Möller)

eine Antwort aus der wohnungspolitischen Sicht der SPD, und danach gibt es dann wieder Weingummis und weiter wichtige Gespräche. Aber wir reden über eines der schwierigsten und größten sozialpolitischen Themen, die nicht nur diese Stadt hat, sondern die ganze Republik. Dafür brauchen wir Zeit und dafür brauchen wir eine Breite in der Diskussion, die wir in den Anträgen ganz gut abbilden. Ich bedaure es sehr, dass das von der SPD auch nicht annähernd aufgenommen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Dr. Roland Heintze* und *Karl-Heinz Warnholz, beide CDU*)

Das Herauspicken des Antrags der LINKEN als einen, den man nicht zu überweisen braucht, obwohl er ein komplettes Konzept vorgibt, das wir nicht in Gänze mittragen, das aber alle Punkte enthält, die Teil dieser republikweit geführten Diskussion sind, ist fachlich überhaupt nicht nachvollziehbar. Dieser Antrag soll es nun nicht wert sein, mit überwiesen zu werden.

(Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

– Sicher, Herr Kienscherf, Sie hätten gleich alle ablehnen können. Vielleicht wäre das ehrlicher gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist fachlich überhaupt nicht nachvollziehbar. Wir haben in der Sozialwissenschaft, in der Stadtentwicklungspolitik und in der wissenschaftlichen Debatte zur Stadtentwicklung eine Diskussion darüber, wie die Unterbringung von Flüchtlingen anders gestaltet werden kann, als es im Moment in Hamburg passiert. Kreative Impulse werden gesucht, kreative Impulse werden entwickelt, und Teil der Debatte ist auch immer die Art und Weise der Unterbringung. Alle Landtage diskutieren im Übrigen dieses Thema. Die Flächenländer gehen ganz anders vor als die Stadtstaaten, und auf Bundesebene wird sich ausgetauscht. Wir in Hamburg schaffen es jedoch nicht, alles aufzunehmen, was sich die Fraktionen dazu überlegen, und das dann gemeinsam im Ausschuss zu diskutieren. Ich finde, das ist ein bitteres Ergebnis angesichts dieser momentanen Situation.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Die Frage ist doch nicht eine, die sich von selbst erledigt, das zumindest hat Herr Lohmann gesagt. Er hat gesagt, wir hätten dieses Thema schon oft diskutiert, und es ist tatsächlich nicht besser geworden, weil immer wieder Flüchtlinge kommen; es werden auch weiter Flüchtlinge kommen. Deswegen kann man auch nicht so tun, als hätten wir ein Erdbeben, eine Flutkatastrophe oder etwas Ähnliches gehabt und es gäbe eine Notsituation, um Menschen unterzubringen, und danach würde dann alles gut werden. Es hilft nicht, immer neue Zentrale Erstaufnahmen in dieser Stadt zu schaffen – jetzt steht die vierte, fünfte, möglicherweise die sechste an – und bei Notmaßnahmen zu bleiben, sondern es muss dezentral in kleineren Einheiten, die in die Nachbarschaften passen, weiter Wohnungsbau für Menschen, die sonst in der öffentlichen Unterbringung sind, geschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Das ist Teil des Antrags der LINKEN, das ist auch Teil des Antrags von Frau Föcking. Auch da würde ich wieder sagen, wir teilen längst nicht alles, was Sie an Vorschlägen haben. Aber ich will noch einmal auf Herrn Lohmann eingehen, denn es geht eben nicht nur darum, dass wir uns im Ausschuss informieren wollen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* So ist es!)

Sie haben, bezogen auf den Antrag der FDP zum Thema Gesundheitsversorgung, gesagt, er werde überwiesen, damit wir im Ausschuss informiert würden. Der Ausschuss hat, auch in diesem Parlament, viel größere Aufgaben, nämlich unter anderem die der ausführlichen Diskussion. Und es ist aufgrund des Umfangs all dieser Anträge überhaupt nicht möglich, in der Debatte heute – auch wenn wir vielleicht zwei oder drei Runden machen würden, und wir haben noch eine Menge Redezeit – auch nur annähernd alle Punkte anzusprechen und zu diskutieren.

Ich appelliere noch einmal an die SPD, sich doch noch zu entscheiden, den Antrag der LINKEN mit zu überweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir haben eine der großen Aufgaben, die es bei der öffentlichen Unterbringung nicht nur von Flüchtlingen, sondern von Menschen, die aus anderen Gründen obdachlos sind, nicht bewältigt, nämlich sie herauszubringen aus der Großunterbringung. Das versuchen alle Bundesländer inzwischen, und da braucht es stärkere Impulse auch in Hamburg. Wenn man aber nicht nur auf die ganz spezielle Form der Unterbringung eingeht, sondern sich insgesamt die Situation in der öffentlichen Unterbringung ansieht, dann kommen die Anträge, die es zusammengefasst zu diesem Tagesordnungspunkt noch gibt, natürlich in ihrer ganzen Brisanz noch einmal zum Tragen.

Wir haben einen Antrag zur Errichtung einer Kommission eingebracht. Sie können das auch anders nennen, es geht um eine niedrigschwellige, kurzwegige Ansprechbarkeit als Entlastung für das Unterkunftsmanagement, für das Sozialmanagement, auch für die eine oder andere behördliche Stelle und für die Flüchtlinge. Es gibt, gerade weil es noch so viele große Unterkünfte gibt, so etwas wie eine stille Post, die ganz schnell zu Panik, Ärger oder Angst führen kann. Und es fehlt an ansprechbaren Stellen und ansprechbaren Menschen. Das ist eine Unterstützung für diejenigen, die sich eh-

(Antje Möller)

renamtlich engagieren, und zum Glück sind es sehr viele in dieser Stadt. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es so viele sind.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Das ist aber auch eine Unterstützung der Arbeit der Behörden, weil natürlich durch Leute, die kompetent sind, viele Fragen schon beantwortet werden können und viele Ängste genommen werden können, weil Verfahren erklärt werden und Ähnliches. Im Übrigen ist das auch ganz einfach zu erreichen, wir wollen doch nichts Kompliziertes. Wir wollen es vor allem schnell, und wir wollen es als Versuch für ein Jahr und dann sieht man weiter; das ist auch nicht teuer.

Wie dringend das ist, macht der Antrag bezüglich der Situation der Registrierung der eingereisten Flüchtlinge, den wir vorhin schon einvernehmlich überwiesen haben, deutlich. Inzwischen entscheiden die Gerichte und ordnen Termine an, bei denen die Menschen zu ihren Papieren und damit auch zu ihrem Recht kommen müssen. Das ursprünglich nur – nur in Anführungszeichen – sechs Tage dauernde Warten auf die Chance der Registrierung ihres Anliegens hat sich inzwischen auf Wochen verlängert. Wenn man das letzte Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg sieht, dann bezieht es sich hier auf die Notwendigkeit eines Termins für eine schwangere Frau, der ein Termin Anfang Dezember gegeben werden sollte. Das Kind erwartet sie im Januar, und bis dahin wäre sie ohne jede gesundheitliche Versorgung. Das ist eine unerträgliche Situation.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

In dem Zusammenhang, wenn auch nicht vollständig hineinpassend, würde ich auch den Antrag der FDP diskutieren wollen. Hier ist mir ein bisschen zu sehr der Aspekt betont, dass man erst einmal den Flüchtlingen erklären müsse, wie der Umgang mit Behörden und der Sicherheit zu gestalten ist. Ich verstehe aber den Impuls. Es geht auch hier um Informationen, es geht auch hier darum, erst zu erklären, bevor Unstimmigkeiten, Unsicherheiten und Ängste entstehen, möglicherweise sogar strittige Auseinandersetzungen, die dann wirklich eskalieren könnten.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Richtig!)

Die Gesundheitsversorgung, die Sie ansprechen, findet verspätet und verschleppt statt. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Registrierung nicht erfolgt.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Nicht nur!)

– Es hat aber viel damit zu tun. – Dementsprechend ist dann auch der Arztbesuch fast unmöglich.

In dieser Antragsvielfalt, die wir heute diskutieren, fehlt die Frage nach dem Ermöglichen des Schulbesuchs in diesen großen Einrichtungen, nach der psychosozialen Betreuung, nach der allgemeinen Beratung, nach dem Sprachkurs und nach dem Orientierungskurs. Ich sage das nur, um das Bild ein bisschen kompletter zu machen, als es Ihnen vielleicht inzwischen erscheint. Wir brauchen immer wieder Debatten im Plenum, aber auch in den zuständigen Ausschüssen zu diesem Thema, denn nur, wenn wir als Parlament das Konzept der öffentlichen Unterbringung in seiner ganzen Vielfalt oder Buntheit mit der notwendigen Dringlichkeit versehen, wird es auch in den Bezirken leichter. Dort wird sich auch darauf verlassen, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen und die notwendigen Impulse geben. Ich wiederhole es noch einmal: Es ist mir unverständlich, dass Sie dem Antrag der LINKEN nicht die Chance geben, ihn im Ausschuss zu diskutieren. Sie könnten ihn doch im Ausschuss zerlegen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das können sie nicht!)

aber dann wäre es wenigstens aus fachlicher Sicht eine angemessene Befassung. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Özdemir, heute geht es in erster Linie um Flüchtlinge und nicht um Wohnungslosigkeit. Wie Sie wissen, hat die FDP einen Antrag eingebracht zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit, der morgen debattiert wird. Ihr Antrag gibt doch auch das Thema Flüchtlinge her, insofern war ich etwas verwundert über den Schwerpunkt Ihrer Rede.

Der Senat und die SPD-Fraktion denken sich: Schön, dass jetzt der Karren läuft, hat doch die Bürgerschaft einstimmig den zweiten Haushaltsnachtrag für die öffentliche Unterbringung mit einem Finanzierungsvolumen von knapp 148 Millionen Euro im September beschlossen. Es ist aber mitnichten so. Für die Oppositionsfraktionen reicht es eben nicht nur aus, das in der Tat notwendige Geld in die öffentliche Unterbringung und die Zentrale Erstaufnahme zu pumpen. Der Senat sollte sich auch endlich konzeptionell auf den Weg machen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Fraktion bringt angesichts des nach wie vor nicht nachlassenden Flüchtlingsstroms laufend Anträge mit wichtigen Forderungen ein. Die SPD-Fraktion lehnte jedes Mal diese Anträge ab, ob im Plenum oder dann später im Fachausschuss.

(Martina Kaesbach)

Auch heute gibt es wieder ein kleines Licht im Dunkeln, denn die SPD stimmt der Überweisung unserer Anträge an die Fachausschüsse zu. Ich sehe es aber ähnlich wie Frau Möller, es läuft nach dem Motto, schön, dass man einmal darüber geredet hat. Ich denke, ein wirklich fachlicher Austausch wird im Ausschuss nicht stattfinden, zumindest nicht ein Austausch, der seinen Namen verdient. Ich befürchte, die Anträge werden wiederum die Beerdigung zweiter Klasse im Ausschuss erleben und abgelehnt werden.

Das "Hamburg Journal" berichtete am 24. Oktober über die offensichtlich schleppende, auf jeden Fall nicht konsequente Kontrolle der medizinischen Eingangsuntersuchungen in der Zentralen Erstaufnahme, denn nach dem Infektionsschutzgesetz muss diese zügig durchgeführt werden. Ein O-Ton des Arztes Dr. Refmir Tadzic war, dass es Tage gab, an denen er mit drei Ärztinnen und sechs Helferinnen am Tag nur fünf Leute untersucht habe. Er könne nicht durch die Gegend laufen und die Leute selbst suchen; das kann er auch nicht, das kann man nicht von dem Arzt verlangen. Diese Leute, die er meinte, die Flüchtlinge, erhalten Laufzettel und sollen sich dadurch aufgefordert fühlen, den Arzt in der Zentralen Erstaufnahme aufzusuchen. Dass das aber nicht immer erfolgt und schon gar nicht so zügig, liegt auf der Hand. Dieser Zustand ist angesichts der Gefahr einer Ausbreitung von infektiösen Erkrankungen wie zum Beispiel Tuberkulose nicht akzeptabel. Wir fordern insofern den Senat auf, sicherzustellen, dass in den Zentralen Erstaufnahmen die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft in den ersten drei Tagen zur ärztlichen Eingangsuntersuchung begleitet werden und dass eine entsprechende Dokumentation und Kontrolle stattfindet.

(Beifall bei der FDP und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Nun zum Zusatzantrag der GRÜNEN zur Einrichtung einer unabhängigen Kommission. Nach Meinung meiner Fraktion ist es zielführender, die Flüchtlinge nach ihrer Ankunft mithilfe eines Infoblattes über ihre Rechte und auch Pflichten zu informieren. Die Informationen sollen natürlich sprachlich wie kognitiv verständlich gefasst werden. Auch fordern wir eine regelmäßig stattfindende Veranstaltung zur Einführung in die Rechte und Pflichten, die in der Herkunftssprache der jeweiligen Gruppe stattfinden soll. Bei polizeilichen Vorermittlungen sollen regelhaft Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden.

Herr Lohmann, Sie haben ein seltsames Demokratieverständnis, wenn Sie meinen, dass eine Aufklärung über die Rechte und Pflichten gleichzusetzen ist oder bedeutet, dass den Flüchtlingen suggeriert werden solle, dass sie gleich Misstrauen haben sollten gegenüber den Behörden.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Das beweist nur wieder, dass Sie nicht wirklich interessiert sind an einem guten Start der Flüchtlinge in Hamburg.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von *Uwe Lohmann SPD*)

– So ist es, Herr Lohmann, dazu können Sie sich gern noch einmal äußern, das würde mich interessieren.

Zum Antrag der CDU. Wir stimmen den Petiten zur Überprüfung des Königsteiner Schlüssels zu sowie der Unterbringung von Flüchtlingskontingenten in anderen Bundesländern. Hier hatten Sie, Herr Senator Scheele, im Sommer bereits entsprechende Vorstöße unternommen, allerdings gab es auf den Gegenwind einiger Bundesländer hin dann wieder eine große Rolle rückwärts.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Ihren Ansatz, der Ihrer Kritik entsprang, dass einerseits Flächenländer Wohnungsabbau betreiben und über leerstehende Kasernen verfügen, die Stadtstaaten andererseits sich aber über jeden freien Quadratmeter freuen, unterstützen wir auf jeden Fall. Meines Erachtens könnte man zumindest diese Petita hier gleich beschließen. Die Petita zu den Bedingungen der Unterkünfte in Hamburg wie Schaffung von festen Ansprechpartnern bei der Polizei, ähnlich wie die "Bünabes", die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Flüchtlingen, insbesondere bei der Aufnahme von Flüchtlingen durch Privatpersonen, hat meine Fraktion bereits mehrfach selbst eingefordert, genauso wie die immer wieder vorgebrachte Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung der öffentlichen Unterbringung über ganz Hamburg. Dieses Lied wird hier immer wieder und zu Recht von den Oppositionsfraktionen gesungen, weil das nach wie vor nicht stattfindet.

(Beifall bei der FDP)

Da reicht auch eine symbolische Belegung an den Sophienterrassen in Harvestehude, die zudem unerhört teuer ist, nicht aus. Die Einführung eines flexiblen Beschulungssystems für die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge, das sich mehr nach den individuellen Kompetenzen der Jugendlichen richtet, statt hier alle starr für ein oder zwei Jahre in separaten Klassen zu führen, halten wir auch für richtig. Was wir nicht unterstützen können, ist die nicht näher konkretisierte Forderung nach einer Erhöhung des Betreuerschlüssels in der öffentlichen Unterbringung. Für eine Erhöhung gerade in den Massenunterkünften wie in Sieversstücken oder Farmsen, wo es voraussichtlich leider auch zu einer Massenunterkunft kommt – womit die Anwohner überhaupt nicht einverstanden sind, das hier nur einmal am Rande –, wird es von uns keinen Blankoscheck geben. Aber Ihr Antrag wird noch

(Martina Kaesbach)

weiter im Innenausschuss diskutiert, und insofern freuen wir uns da auf den Austausch.

Zum Antrag der LINKEN: Die FDP-Fraktion wird einigen Forderungen, die dem Antrag der LINKEN zugrunde liegen, zustimmen. Das sind unter anderem die Punkte, die wir Liberalen bereits seit Langem gefordert haben und die von der LINKEN nun erfreulicherweise übernommen wurden wie die Forderung nach einer zielgruppenorientierten Unterbringung und die Forderung nach einer kleinteiligen, dezentralen Unterbringung. Beide identischen FDP-Forderungen – hören Sie bitte genau zu – sind im Übrigen erst vor zwei Monaten, am 10. September, hier im Plenum von Ihnen abgelehnt worden. Ich kann Ihnen auch gern die Drucksachennummer des FDP-Antrags nennen. Umso mehr freue ich mich, dass Sie jetzt unseren Vorschlägen nachkommen. Dem Ersuchen nach Stärkung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements wird von uns genauso wie beim CDU-Antrag zugestimmt; wir haben es selbst eingefordert. Auch dass SAGA GWG verstärkt auf dem sozialen Wohnungsmarkt tätig sein sollte, fordern wir. Schön und gut, wenn SAGA GWG ihrer Zielzahl in diesem Jahr zum ersten Mal nachgekommen ist, Herr Lohmann, aber das geschah natürlich erst auf großen Druck der Opposition hin. Damit es die nächsten Jahre so weiterläuft, muss die Opposition da auch am Ball bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Die Erhöhung der Quote für den sozialen Wohnungsbau auf 50 Prozent ist allerdings nicht zielführend, da muss ich Herrn Lohmann recht geben. Die Bevölkerungsmischung in den Stadtteilen ist natürlich wichtig. Des Weiteren sind wir der Ansicht, dass von der Schaffung von Unterkünften fernab von ÖPNV-Anbindung oder Einkaufsmöglichkeiten sowie – zur Konfliktvermeidung – von beengten Wohngelegenheiten auf Wohnschiffen möglichst abzusehen ist. Dies wird jedem integrationspolitischen Ansatz zuwiderlaufen. Der Forderung unter Punkt A.1 und A.2 zur Einführung von Mindeststandards für Notunterkünfte, die von der BAG Wohnungslosenhilfe entwickelt wurden, sowie der Forderung nach Einführung dieser Standards in den Hotels würden wir zustimmen, wenn dies als Prüfauftrag formuliert worden wäre. Aber Mindeststandards in dem geforderten Maße jetzt sofort einzuführen, ist aus Sicht meiner Fraktion abwegig.

Den Ruf nach mehr Personal in der öffentlichen Unterbringung lehnen wir aus den gleichen Gründen wie beim CDU-Antrag ab. Es ist zu unkonkret formuliert, und es gibt auch keine Gegenfinanzierung. Insofern sehen wir hier keinen Bedarf für eine personelle Aufstockung. Zum Thema Zwangsräumung in die Obdachlosigkeit möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Fachstellen im Vorfeld den Bürgern Darlehen und Beihilfen anbieten, die von Wohnungsverlust bedroht sind. Die Rechte von Vermietern auf Zwangsräumung dürfen hier nicht ausgehebelt werden. Den Prüfaufträgen unter Punkt B.1.a und 1.b wie der Leerstandsüberprüfung von öffentlichen Gebäuden, Büroflächen und seit Längerem leerstehendem privatem Eigentum werden wir zustimmen. Wiederum möchte ich hier ausdrücklich erwähnen, dass es zu keiner Zwangsunterbringung in das private Eigentum kommen darf. Vielmehr sollte der Senat endlich der FDP-Forderung aus der letzten Bürgerschaftssitzung nach einem öffentlichen Portal für private Wohnraumvermittlung nachkommen.

Nach Ermittlungen des Leerstandes bei privatem Eigentum und Büroflächen sollte dann auf ein solches Portal hingewiesen werden beziehungsweise mit den Eigentümern Kontakt hinsichtlich einer möglichen Unterbringung von Flüchtlingen über einen Träger aufgenommen werden. Noch einmal: Zwangsunterbringung in privates Eigentum darf niemals das Ziel sein. Deshalb lehnen wir auch die Forderung der LINKEN nach der Anwendung des Polizeirechts auf leerstehende Immobilien ab. – Es ist ein bisschen laut.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Frau Kaesbach hat das Wort und sonst niemand.

Martina Kaesbach FDP (fortfahrend): Keine Sorge, es dauert auch nicht mehr so lange.

Die Forderung nach einer Arbeitsgruppe Unterbringung ist grundsätzlich zu befürworten, schließlich fordert die FDP seit Längerem einen Flüchtlingsgipfel, an dem alle relevanten Akteure der Flüchtlingshilfe in Hamburg teilnehmen können, ähnlich dem, der aktuell auf Bundesebene durchgeführt wurde. Wir stehen jedoch dem Zusatz der LINKEN-Forderung nach einer Weisungsbefugnis einer Arbeitsgruppe kritisch gegenüber, sodass wir der Ziffer C. nicht zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Kaesbach. – Das Wort hat Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kaesbach, die Forderung hatte meine Fraktion schon, da saßen Sie noch nicht in der Bürgerschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Lohmann, Sie und Ihre Fraktion machen sich unglaubwürdig. – Ich finde es ein bisschen zu laut.

(Cansu Özdemir)

Umso lauter Sie sind, desto länger wird es dauern. Ich glaube, ich habe noch 30 Minuten Redezeit.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Frau Özdemir hat das Wort und sonst niemand. – Bitte, Frau Özdemir.

Cansu Özdemir DIE LINKE (fortfahrend): Sie machen sich unglaubwürdig, weil Sie uns in der letzten Zeit vorgeworfen haben, dass wir uns nicht eingebracht und keine Forderungen geltend gemacht hätten, obwohl wir und natürlich auch andere Oppositionsfraktionen in den letzten Jahren, in denen Ihr Senat regiert hat, viele Vorschläge gemacht und diese im Ausschuss auch diskutiert haben. Sie sprechen von einer konstruktiven Zusammenarbeit oder Debatte, aber ich weiß nicht, wovon Sie da sprechen, denn das hat leider nicht stattgefunden. Vielleicht haben Sie sich kurz mit unseren Forderungen befasst, haben sie aber im Endeffekt abgelehnt oder haben sie, wie ich schon einmal gesagt habe, abgeschrieben, das Label SPD draufgesetzt und dann als Ihren Antrag durchgehen lassen. Und das machen Sie jetzt schon wieder. Ich habe Ihnen eben gesagt, dass sich die Situation hier verschärfen wird. Auch Herr Scheele hat gesagt, es werden mehr Flüchtlinge in die Stadt kommen. Daher machen wir jetzt wieder Vorschläge, und Sie greifen wieder zum selben Prozedere, nämlich diese Forderung einfach abzulehnen und sich nicht einmal mit ihr zu befassen. Ich finde das einfach nur peinlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann verfahren Sie wieder so – und das meine ich mit selbst geschaffener Situation –, dass Sie sich nicht einmal anschauen, ob diese Forderungen richtig und vielleicht umsetzbar wären, und uns dann in der Notsituation die Wahl lassen zwischen Pest und Cholera – entweder werden die Flüchtlinge in Zelten untergebracht oder sie werden obdachlos. Das geht so gar nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie versuchen, uns Ihre Politik aufzureden, und wir sollen dann Ihre Politik mittragen. Das zeigt sich wieder bei Ihrer Reaktion, wenn Sie dies hier darstellen, als gebe es kein Problem. Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass die Flüchtlinge aus der Schnackenburgallee vor einigen Tagen demonstriert haben, weil sie die Zustände einfach unzumutbar finden.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ja, das wissen wir doch alles!)

– Das wissen Sie; dann hören Sie auf, die Situation zu ignorieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben wirklich nicht alles unter Kontrolle.

Jetzt noch einmal zum Kooperationsvertrag: Das Ziel der 1700 Wohnungen wurde vielleicht dieses Jahr erreicht, aber in den letzten Jahren, in denen Sie regiert haben, wurde das Ziel nicht erreicht. Stellen Sie sich doch einmal vor die Wohlfahrtsverbände hin und behaupten, dass das Ziel jedes Jahr erreicht wurde; die können Ihnen dann etwas erzählen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie wichtig der soziale Wohnungsbau ist, müsste ich Ihnen eigentlich nicht erzählen, weil in dieser Stadt fast jeder zweite Hamburger und jede zweite Hamburgerin einen Anspruch auf eine Sozialwohnung hat. Daher verstehe ich Ihre Kritik an unserer Forderung nicht, denn es kommt im Endeffekt doch auf die Planung des Wohnungsbaus an. Sie sagen, 6000 Wohnungen seien gebaut worden, aber davon waren gerade einmal knapp 600 Sozialwohnungen, und die Wohnungen, von denen Frau Sudmann gesprochen hat, waren einfach viel zu große Wohnungen von über 100 Quadratmetern, die sich erstens viele Menschen nicht leisten können, weil sie zu teuer sind, und zweitens braucht nicht jede Familie eine Wohnung von über 100 Quadratmetern.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß, dass Sie das total ärgert, deshalb wollen Sie unseren Antrag auch nicht überweisen, weil wir hier immer die Wahrheit sagen, und das passt Ihnen nicht.

(Beifall bei der LINKEN – *Ksenija Bekeris SPD:* Das hat andere Gründe! – Zurufe von der SPD)

– Beruhigen Sie sich doch. Ich weiß, dass Ihnen das nicht passt, aber das müssen Sie sich jetzt anhören.

Ich möchte noch einmal einen Punkt des FDP-Antrags ansprechen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Lass es doch sein!)

– Nein, Herr Ohlsen, ich werde es jetzt nicht sein lassen. Ich wünsche mir, dass Sie etwas stiller sind, weil Sie mich ein bisschen aus dem Konzept bringen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Bei Ihnen kann ich nicht still sein! – Zurufe aus dem Plenum)

– Dann müssen Sie leider hinausgehen. Hören Sie doch auf, hier so herumzupöbeln, das nervt jetzt wirklich. Machen Sie mal halblang.

(Zurufe aus dem Plenum – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wenn ich ein bisschen zur Beruhigung der Gemüter beitra-

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

gen dürfte, das dient dem Verlauf der Debatte. – Frau Özdemir, fahren Sie bitte fort.

Cansu Özdemir DIE LINKE (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich möchte noch auf einen letzten Punkt des FDP-Antrags eingehen, in dem gefordert wird, den Flüchtlingen zu erklären, wie sie zum Beispiel eine Anzeige erstatten oder sich an bestimmte Stellen wenden können. Ich finde das gar nicht so falsch vor dem Hintergrund, dass wir auch in Hamburg Fälle hatten, wo das Sicherheitspersonal die Flüchtlinge verprügelt hat, also leider eine Gewaltanwendung vorgekommen ist. Sie kennen es auch aus NRW, dort war es natürlich noch schlimmer. Insofern finde ich diesen Punkt gar nicht so falsch, und wir sollten im Ausschuss auf jeden Fall noch einmal darüber sprechen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Özdemir. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung. Es wird kompliziert, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Wer möchte zunächst die Drucksache 20/13161 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt worden.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 20/13275 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen worden.

Wer stimmt dann einer Überweisung der Drucksache 20/13535 an den Innenausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/13536 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig.

Wer möchte schließlich einer Überweisung der Drucksache 20/13365 ebenfalls an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig beschlossen worden.

Dann haben wir abschließend noch über den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 20/13161 in der Sache abzustimmen. Hierzu haben die Fraktionen der CDU, der GRÜNEN und der FDP ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte zunächst Punkt A.1 des Antrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer schließt sich Punkt A.2 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte Punkt A.3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer stimmt den Punkten A.4 und A.6 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte Punkt A.5 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte dann Punkt A.7 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte Punkt A.8 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte sodann unter B. die Punkte 1a, 1b und 1e annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer schließt sich unter B. dem Punkt 1c an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte unter B. dem Punkt 1d folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte Punkt B.2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte unter B. dem Punkt 3a seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt worden.

Wer stimmt unter B. dem Punkt 3b zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt worden.

Wer möchte Punkt B.4 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt worden.

Wer möchte dann noch B.5 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wer möchte schließlich dem Punkt C seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen dann zu den Tagesordnungspunkten 11 und 20, das sind die Drucksachen 20/13271 und 20/13246, Senatsantrag: Haushaltplan 2013/2014, Haushaltsjahr 2014, Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010", 1.000 Bäume für die Stadt: Bereitstellung von Mitteln zur Aufstockung des Programms "Mein Baum – Meine Stadt", Einzelplan 9.2 'Allgemeine Finanzverwal-

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)

tung', Einrichtung des neuen Titels 9810.971.03 "Zentral veranschlagte Mittel für Baumpflanzungen" sowie Unterrichtung durch die Präsidentin: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. Juli 2014: "Bäume – ein Geschenk für die Stadt! Möglichkeiten für eine Aufstockung des erfolgreichen Programms 'Mein Baum – meine Stadt' prüfen".

[Senatsantrag:
Haushaltplan 2013/2014, Haushaltsjahr 2014 Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010" (SIP)
1.000 Bäume für die Stadt: Bereitstellung von Mitteln zur Aufstockung des Programms "Mein Baum – Meine Stadt" Einzelplan 9.2 'Allgemeine Finanzverwaltung'
Einrichtung des neuen Titels 9810.971.03 "Zentral veranschlagte Mittel für Baumpflanzungen"
– Drs 20/13271 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Bürgerschaftliches Ersuchen vom 3. Juli 2014: "Bäume – ein Geschenk für die Stadt! Möglichkeiten für eine Aufstockung des erfolgreichen Programms 'Mein Baum – meine Stadt' prüfen" – Drs. 20/12329
– Drs 20/13246 –]

Meine Damen und Herren! Die Fraktionen haben vereinbart, hierzu auf die Debatte zu verzichten. Wir kommen damit direkt zur Abstimmung.

Wer möchte zunächst dem Senatsantrag aus der Drucksache 20/13271 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will dann den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls mit großer Mehrheit beschlossen worden und damit endgültig.

Anschließend stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Unterrichtung aus der Drucksache 20/13246 Kenntnis genommen hat.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Sitzung, ich wünsche eine schöne Heimreise.

Ende: 20.19 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dennis Gladiator, Christoph de Vries und Katharina Wolff

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl von acht Beisitzenden und deren Stellvertretungen für den Landeswahlausschuss für die Wahl zur Bürgerschaft am 15. Februar 2015
– Drucksache 20/13200 –

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Beisitzende					
Annika Pape	109	105	2	1	1
Manuela Fendt	109	104	2	1	2
Knuth Janshen	109	105	1	1	2
Adrian Krampen	109	105	1	1	2
b) Stellvertretungen					
Kerstin Wilmes	109	104	2	1	2
Anke Schwerin	109	104	2	1	2
Dr. Oliver Trede	109	105	1	1	2
Dominik Vogeler	109	102	2	1	4
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Beisitzende					
Ursula Hänsch	109	104	1	2	2
Dr. Jan Drees Kuhnen	109	104	1	2	2
b) Stellvertretungen					
Martin Rodewald	109	104	2	1	2
Birgit Stadermann	109	103	2	1	3
Vorschlag der GRÜNEN Fraktion:					
a) Beisitzende					
Ulrike Eggers	109	103	3	1	2
b) Stellvertretungen					
Christina Prasch	109	103	2	2	2
Vorschlag der FDP-Fraktion:					
a) Beisitzende					
Gregor von Rosen	109	103	1	3	2
b) Stellvertretungen					
Martin Kirchner	109	100	3	4	2

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 3

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drucksache 20/13364 –

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Urs Tabbert	112	99	8	5	

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 3a

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drucksache 20/13498 –

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Hendrikje Blandow-Schlegel	110	97	7	6	